N/0012/016/001
ANDREAS WISCHNER
PRINZREGENTENSTR.46
D-1000 BERLIN 31
002

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Nr. 12 / Jahrgang 2 September '85 3.

Eine Zeitung werden ist nicht schwer - Zeitung sein dagegen sehr

Die Taz veröffentlicht schon lange Berichte zu ihrer inneren Situation. Dem wollen wir nicht nachstehen und setzen Euch, liebe Leser, einige CONTRASTE-Internas vor die Nase. Brennende Fragen werden beantwortet, z.B. warum es keine Zentralredaktion gibt. Anderes bleibt dagegen im Dunkeln, wie z.B. die Höhe des Bierkonsums beim Satz und Layout. Mehr Licht in diese Abgründe werden spätere Ausgaben werfen, einstweilen genießt die Seite 2

In dieser Ausgabe:

Gelder aus grünen Kreisen
Über den Ökofonds der Grünen wurde in dieser Zeitung noch wenig berichtet, ungeachtet der Tatsache, daß dorthin bisher immerhin über 2,2 Millionen DM zur Verteilung flossen. Der Ökofonds ist auf Länderebene organisiert. Wo das Geld herkommt und nach welchen Kriterien es verteilt wird, haben wir uns von einem erzählen lassen, der es wissen muß, dem Geschäftsführer des Ökofonds NRW auf **Seite 10**

Alternativbock zum Gärtner machen?
Nicht nur im Saarland, sondern auch in Niedersachsen machen sich die Sozis (hier aus der Opposition) Gedanken über selbstverwaltete Wirtschaftsunternehmen. Uns liegt ein Thesenpapier des Bezirksvorstandes Hannover vor, das kritisch kommentiert wird von einem Mitglied der AG Staatsknete. Wohin zielt das Selbstverwaltungsengagement der SPD? Worin unterscheiden sie sich vom CDU-Traum „Neuer Mittelstand"? **Seite 11**

Sozialdemokratie und Selbstverwaltung
Alle wissen's: im Saarland droht die Arbeitslosenkatastrophe. Neben der Rettung des sinkenden Arbed-Konzerns beschäftigen sich die frisch an die Macht gekommenen Sozialdemokraten mit der „alternativen" Arbeitsplatzschaffung. Arbeiterselbsthilfe und Genossenschaften sollen gefördert werden. Die Selbstverwaltungs-Szene an der Saar wittert das große Geld, überall entstehen neue Projekte. Was ist von den Anstrengungen der Genossen Oskar & Co. zu halten? Wie steht die SPD zu Selbstverwaltung und Autonomie? Ein ausführlicher Artikel auf **Seite 12**

Der Ausbruch aus unseren Kerkern...
Knaste sind tabu in unserer Gesellschaft. Dorthin werden die Kriminellen abgeschoben. Strafe für gesellschaftliches Fehlverhalten ist kein Thema bei den meisten Selbstverwaltern. Wie werden in der neuen Gesellschaft, die den Kollektiven mehr oder weniger klar vorschwebt, die Knaste aussehen? Selbstverwaltetes Justizpersonal?? „Sanfter" Strafvollzug? Die Abolitionisten sind eine Gruppe, die schon lange für die Abschaffung der Knäste und Unterdrückung kämpft, und dazu Überlegungen entwickelt, die für jeden sich progressiv haltenden Menschen lesenswert sind. **Seiten 14,15**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Branchenseite Graphische Betriebe
Was Sie schon immer über Ihre alternative Giftmülldeponie hätten wissen sollen, zu fragen stets zu faul waren und auch jetzt nicht berücksichtigen werden – wir sagen es Ihnen trotzdem auf den **Seiten 8,9**

Tischlerinnentreffen
Knapp 30 entschiedene Tischlerinnen kamen zum ersten bundesweiten Treffen im Juni im Hunsrück. Der Bericht zur Tagung kommt zwar reichlich spät in diese Zeitung. Trotzdem bleibt das Thema wichtig und immer wieder aktuell. wie behaupten sich Frauen in sogenannten Männer-Berufen? **Seite 15**

Schriftverkehr:

BVR-Ökobank:

Wie bereits bekannt (CONTRASTE berichtete) hat der Ökobank-Verein den Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) mit zwei Schreiben (11.4. und 20.6.85) um einen Gesprächstermin gebeten. Erörtert werden sollten grundsätzliche Fragen bezüglich der Aufnahmebedingungen in den Bundesverband, speziell in dessen Sicherungseinrichtungen. Diesen Gesprächswunsch hatte der BVR abgelehnt und sich auf ein Schreiben an den Berliner Verein bezogen, in welchem er dem Ökobank-Projekt «politische Ziele» nachsagte und daher die Wahl einer anderen Rechtsform vorschlug. Dieser Negativbescheid erstreckte sich ebenfalls auf die Zusendung von Informationsmaterial, im besonderen das Statut der Sicherungseinrichtung. Das Statut mußte sich der Verein auf Umwegen besorgen.

Fortsetzung auf Seite 4

Wird der VORWÄRTS selbstverwaltet?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

... hieß eine Frage, die wir in der letzten Ausgabe stellten. Damals wie heute ist sie – leider noch – nicht eindeutig zu beantworten. Einiges ist jedoch in der Zwischenzeit passiert, beispielsweise der Eklat um den Wischnewski-Rücktritt, sowie diverse Gespräche in verschiedenen Gremien. Zwei – zugegebenermaßen sehr unterschiedliche – Beiträge zum Thema finden Sie auf Seite 13.

Liebe Leserinnen un

Das war leider doch gegriffen im letzten rer Doppelnummer ... diesen elf ersten Ausgaben sind die turbulenten Anfangszeiten vorbei..." Von wegen, diese September-Ausgabe beweist das Gegenteil: der Redaktionsschluß mußte schnell um zwei Wochen verschoben werden, dann fehlten gleich mehrere Beiträge, der Drucktermin platzte und noch dazu gab es böses Blut um das Schwerpunktthema...

Und jetzt haben wir gleich zwei Schwerpunktthemen: die Auseinandersetzung der Sozialdemokraten mit der Selbstverwaltung auf den Seiten 11, 12, 13. Zum gleichen Schwerpunkt gehören auch die Glossierung des Wischnewski-Rücktritts und eine Einschätzung über die Auswirkungen des Rücktritts für das SPD-Traditionsblatt VORWÄRTS.

Zweites Schwerpunktthema: Die neuesten Berichte über die Ökobank. Im Konflikt zwischen dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) gab es doch einige öffentliche Resonanz von Befürwortern der Öko-Bank. Wir dokumentieren zwei Briefe von Lukas Beckmann (DIE GRÜNEN) und Hans-Ulrich Klose an den BVR auf den Seiten 4 und 5.

Dazu ein Bericht von der einwöchigen Tagung in Achberg. Diese Woche brachte viele konstruktive Diskussionen, deren Ergebnisse wir zusammenfassen auf Seite 3.

Die finanzielle Basis dieser Zeitung muß sich verbessern; Ein Bericht der Abteilung Finanzen verdeutlicht den Kreditbedarf von über 20.000 DM. Dafür haben wir uns etwas besonderes ausgedacht: Jeder Leser, der CONTRASTE 200 DM leiht, erhält die Zeitung für ein Jahr umsonst. Näheres dazu auf der Seite 2.

Unsere „Aktion Gelbe Seiten" hat, einem Chamäleon gleich, den Namen und die Farbe gewechselt. Sie heißen jetzt: BUNTE SEITEN. Und da es noch einige Fragen nach dem Zweck dieser Aktion gab, wird sie nochmal ausführlicher erklärt auf Seite 13.

Nein, was ... Abonnement!

An alle schon Abonnierten:

Das erste CONTRASTE-Jahr ist voll, wenn ihr nicht rechtzeitig vor Ablauf Eures Abos („Wann war das bloß...?") neu bestellt, müssen wir den Versand an Euch leider einstellen. Und das würde doch beiden Seiten leidtun, oder nicht? Schließlich bringt Euch die CONTRASTE exklusiv alles zum Thema Selbstverwaltung jeden Monat frisch auf den Tisch. Und so soll es bleiben. Eine Bitte noch: auf Eurem Adressaufkleber befindet sich eine Vertriebsnummer. Wenn Ihr diese bei der Überweisung angebt, haben wir weniger Arbeit bei der Aboverlängerung.
Also nochmals unser Rat: rechtzeitig neu bestellen befördert die CONTRASTE ein Jahr länger von uns zu Euch und damit maximale Zufriedenheit für beide.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: .....

Adresse: .....

Gruppe/Betrieb/Beruf: .....

Abo DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler/ sonst DM 36,– (incl. Versand)
Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87-607 (J. Gelbrich) überweisen!

Eine Zeitung werden ist nicht schwer - Zeitung sein dagegen sehr

Eine etwas launige Überschrift für einen doch sehr ernst gemeinten Artikel. Aber sie trifft ungefähr unser Gefühl bei der ganzen Zeitungsmacherei! Für den/die Leser/in erscheint es vielleicht recht einfach, jeden Monat ein doch (wir sind garnicht eingebildet – nur ehrlich) hervorragendes Zeitungsprodukt in den Händen zu halten. Vielleicht denkt auch mal eine/r, „Naja, dieses Mal haben sie sich aber besonders viel Arbeit gemacht". Aber was da eigentlich so alles dran hängt, wissen wohl die wenigsten.

Das wollen wir ändern. Unsre Freuden und Sorgen sollen dem/der geneigten Leser/in nicht mehr länger vorenthalten werden.

Während der Projektmesse '84 wurde der Einsicht in die Notwendigkeit einer eigenen Publikation für Selbstverwaltung Rechnung getragen. Ziel einer solchen Zeitung sollte die Information und Kommunikation zwischen den selbstverwalteten Betrieben und Initiativen sein und den Zusammenhalt und die Entwicklungsmöglichkeiten der Szene voranzutreiben. So wurde beschlossen, direkt anschließend an die Messe die erste Nummer des (damals noch) WANDELSBLATTs herauszugeben.

Statuten

Welches Organisationsmodell paßt nun zu einer Zeitung, die nicht über, sondern aus der Szene berichten will?

Eine zentrale Redaktion mit bezahlten Schreiberlingen barg die Gefahr in sich, zu journalistisch und eventuell von Karrieristen beherrscht zu werden. Die Zeitung würde dann die einiger weniger werden und nach einiger Zeit wieder wegsterben (wie viele ähnliche Zeitungsprojekte in der Vergangenheit). Erfahrungsgemäß bedarf es allerdings für die Koordination, und damit der Kontinuität einer festen verantwortlichen Stelle.

Aus diesen Überlegungen heraus, haben wir folgendes Modell entwikkelt:

- verschiedene dezentrale Redaktionen, die in regionalen Strukturen verankert sind und eigenverantwortlich einen festgelegten Umfang der Zeitung betreuen. (D.h., nicht nur selbst Artikel schreiben, sondern andere ansprechen, Kontaktadresse für die Leser/innen der Region zu sein.) Alle Redaktionen entscheiden gleichberechtigt über die Inhalte und Aufmachung der Zeitung.
- eine zentrale Vertriebsstelle, die auch die Organisation für die technische Erstellung der Zeitung übernimmt. Das beinhaltet neben der Adressenverwaltung auch die Buchhaltung, ein Infobüro für alle Fragen zur Selbstverwaltung usw.

Hinter diesem Modell stand die Erwartung, daß sich immer mehr Menschen um CONTRASTE gruppieren, die ihre Diskussionen und Ideen in der Zeitung darstellen, mit dieser Zeitung in ihrem Umfeld arbeiten und werben, so daß eine interessante und relevante Zeitung von mind. 2.000 Abonnenten innerhalb kürzester Zeit entsteht.

Vorlauf-Kosten

Klar war, daß die vorläufigen Produktionskosten irgendwie vorgestreckt werden müssen und Personalkosten vorläufig nicht bezahlt werden können. Frankfurt bot sich als Standort für den Druck und den Vertrieb an, da es hier einige Betriebe gibt, die es sich leisten wollten, das WANDELSBLATT/CONTRASTE zu unterstützen. So macht uns Caro-Druck einen absoluten Sonderpreis. Die SOVA stellt für den Vertrieb kostenlos ihren Computer zur Verfügung und die Krebsmühle hat eine Person für die Vertriebsstelle finanziert (incl. solcher Kleinigkeiten wie Telefon und Bürokleinkram).

Jede/r hat erwartet, daß sich die Zeitung nach ungefähr einem Jahr selber tragen müßte. Was sie voraussichtlich auch so tut, allerdings ohne Schreiberlinge und Personalkosten. Eine sehr kurze Frist für eine neue Zeitung, aber wir waren von der Notwendigkeit sehr überzeugt und daß die Resonanz entsprechend sei.

Was ist eingetroffen?

Nach der 11. Ausgabe ist das Resumee durchaus ermutigend. Die inhaltliche Konzeption ist so ziemlich aufgegangen. CONTRASTE ist die Zeitung für Selbstverwaltung. Wer etwas über die Szene wissen will oder den Diskussionsstand erfahren und mitreden will, kommt nicht umhin, CONTRASTE zu lesen. Der Informationsgehalt und die inhaltliche Qualität der Zeitung ist unumstritten. Nicht zuletzt durch viele Artikel und Informationen, die uns von außerhalb des Redaktionskreises zugesandt werden. Eine sehr erfreuliche Entwicklung, die unsere Einschätzung bestätigt und Mut zum Weitermachen gibt. Aber eine Zeitung braucht nicht nur Mut und inhaltlich Qualität, sie braucht auch Geld. Und da ist unser Konzept nicht aufgegangen. Wir hatten gedacht, daß zumindest alle selbstverwalteten Betriebe für alle ihre Mitglieder die Zeitung abonnieren und darüber hinaus noch ein paar mehr, die sie an Freunde und Kunden weiterverkaufen. Wir hatten auch gedacht, daß bei einem Preis von 2,– DM pro Stück, kein Kollektiv von seinen finanziellen Möglichkeiten her überfordert wäre (bei 5 Exemplaren im Monat wären dies 10,– DM). Einige Betriebe haben unsere Erwartungen nicht enttäuscht – sie sind aber die Ausnahme. Ebenso die Leser/innen, die offensiv Werbung für CONTRASTE machen.

So verkaufen wir jetzt nur 1200 Zeitungen monatlich an Abonnenten, etwa 2000 Exemplare durchschnittlich an Großabnehmer wie Ökobank, Netzwerke und Aktion Dritter Weg.

Die Kosten- und Erlössituation

Zur Zeit klafft kalkulatorisch eine Lücke von knapp 23 000 DM, die real nur ungefähr halb so groß ist, da Abonnenten bekanntlich für ein Jahr im Voraus bezahlen (wenn sie bezahlen). Die Zeitung hat mit den letzten Ausgaben ein monatliches Defizit von knapp über 2 000 DM „erwirtschaftet". Dies wird auch in den nächsten Monaten nur allmählich weniger werden. Bei Fortschreibung der bisherigen Entwicklung (relativ konstante Kosten, Abosteigerung je 100 „normale" und 100 Ökobank-Abos, bzw. andere Großabnehmer), dürfte im Mai nächsten Jahres die Kostendeckung erreicht werden, wobei sich bis dahin ein Defizit von ca. 32 000 DM ergibt. Die reale Liquiditätslücke dürfte dann knapp 20 000 DM betragen, d.h. unter Berücksichtigung der von den Abonnenten geleisteten Vorauszahlungen.

Für unsere weiteren Planungen bedeutet das, daß wir diese Lücke zwischenfinanzieren müssen. Dafür suchen wir nun viele, viele Kreditgeber, die 200-DM-Anteile übernehmen (siehe oberer Kasten), aber auch Kreditgeber, die 1 000 bis 5 000 DM „anlegen" wollen und können (Bedingungen handeln wir individuell aus).

Abonnenten, Abonnenten

Natürlich besteht unser Ziel nicht darin, die bisherige Entwicklung fortzuschreiben, sondern wir wollen besser werden und mehr Leute erreichen. Das „besser-werden" kostet Geld, Stichwort: „Professionalisierung" und das wiederum kann nur durch mehr Abonnenten aufgefangen werden. D.h., wir müssen mehr Abonnentenwerbung machen. Daher starten wir mit dieser Nummer eine Abo-Werbe-Aktion (siehe unterer Kasten).

Schließlich steigen wir jetzt auch noch in das Anzeigengeschäft ein. Alle interessierten Kollektive können ab sofort die Anzeigenpreisliste anfordern.

Jutta

Kontaktadressen:

für Abos, Anzeigen:
CONTRASTE c/o ASH
z.H. Jutta
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
für Kredite:
STATTwerke
z.H. Michael
Paul-Linke-Ufer 44a
1000 Berlin 36

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 42 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

- O Umweltfreundliches Schreibset von Blätterwald eG
- O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,– DM (statt 14,– DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
- O Unser Geldrausch – neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
- O HICK-HACK, Zeitschrift für eine alternative Arbeitsmoral

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Als typisches Alternativprojekt (viel Chaos, viel Idealismus, wenig Geld) ist jetzt auch bei uns der Zeitpunkt gekommen, wo wir G E L D brauchen. Keine Spenden natürlich, sondern nur leihweise, als Kredit. Das Projekt hat zwar eine glänzende Zukunft, wie jeder leicht einsehen wird (es kann nur noch besser werden), steht zur Zeit jedoch noch etwas auf tönernen Füßen. Deshlab wollen wir möglichst kleine und viele Kreditbeträge. Und damit das mit den Zinszahlungen nicht so umständlich wird, wollen wir anstelle von Zinsen die CONTRASTE kostenlos anbieten. Bezogen auf 200 DM bedeutet die kostenlose Überlassung der CONTRASTE eine 12%ige Verzinsung im Jahr (= 24 DM eingespart). Dabei denken wir an 2-4jährige Laufzeiten – solange gibt es dann auch die CONTRASTE umsonst (für schon bestehende Abos gibt es eine entsprechende Aboverlängerung).
Und für die ersten Kreditgeber gibt es noch was dazu:
SOLANGE DER VORRAT REICHT KÖNNEN ALTE CONTRASTE-NUMMERN - EBENFALLS KOSTENLOS - NACHBESTELLT WERDEN!
Sicherheiten gibt es keine – d.h. die 200 DM sind echtes Risikokapital.
Also: Noch heute den Darlehensvertrag anfordern!

.....

Hiermit möchte ich Euch einen 200-DM-Kredit anbieten und bekomme dafür die CONTRASTE während der Laufzeit des Kredits umsonst.

Ich habe schon abonniert.
Meine Adressaufkleber-Nr. .....

.....
Name, Adresse

Datum, Unterschrift: .....

Die Utopie der vernetzten Alternativszene
– oder doch nur wieder Männerphantasien?

Auf der Projektmesse 1983 wurde die Parole ausgegeben „Verbände gründen" und es wurde gegründet bzw. sich formiert. In Hessen und Bremen und auch in lokalen Zusammenhängen, vor allem dort, wo es um Staatsknete geht. Die Berliner Wintertage brachten die Branchen näher. Und wenn sich auch nicht alle Branchen institutionell vernetzt haben, wie die Fahrradläden, so gibt es immerhin ein Drucker-Info, regelmäßige Schreiner- und Bauleutetreffen u.a. mehr.

Der aktuelle Stand der Vernetzung ist, daß das Kollektiv XY in Posemuckel oder sonstwo weiß, was sich in der Region tut und vielleicht noch was in der Branche so abgeht. Was der Rest der Szene tut, erfährt man/frau durch die CONTRASTE oder durch Zufall. Seitdem es nun die CONTRASTE gibt, laufen die Infos etwas direkter. Auch wenn nicht alles so rüberkommt, wie es rüberkommen soll. Ohne das Eigenlob überziehen zu wollen, aber CONTRASTE gehört zum wichtigsten Informationsmedium der Selbstverwaltungsszene.

Doch damit wollen wir uns nicht schulterklopfend in unsere Sessel zurücklehnen. Vielmehr ist CONTRASTE erst der Anfang, ein Baustein zur Vernetzung. Denn: CONTRASTE kann nur wiedergeben, was es gibt und hier und da auch mal Initiativen starten. Die Zeitung allein kann nicht viel ausrichten. Anders ausgedrückt: CONTRASTE steht für etwas, was es noch gar nicht gibt. So kommt es, daß das, was den CONTRASTE-Schreibern so im Kopf vorschwebt, schon mal mit der Realität verwechselt werden kann. Also: Über CONTRASTE muß ein Prozeß in Gang gesetzt werden, der die Vernetzung der Netze (Verbände, Zusammenschlüsse, etc.) voranbringt, und damit das Fundament für eine „Zeitung für Selbstverwaltung" geschaffen wird. Erst wenn das gelingt, ist eine wesentliche Funktion der Zeitung erfüllt, da wird dann auch die journalistische Qualität zweitrangig. Diese Erkenntnis beherrschte dann auch das letzte Redaktionstreffen, und zwar bei einer Fragestellung, die damit gar nicht so viel zu tun hat: die Wahl der Rechstform.

Natürlich sind wir wieder auf einen Verein gekommen. Natürlich soll wieder ein Förderkreis aufgebaut werden. Natürlich soll der Verein mehr als nur eine Zeitung herausbringen. Kurzum: ein neuer Verein muß her. Muß her?

Abstrakt gesprochen, wird ein Forum gebraucht, indem ein Austausch möglich ist, ein Austausch über die Regional- und Branchengruppen hinweg. Ein Forum für Selbstverwaltung, dessen Medium, CONTRASTE, es bereits gibt.

Dazu muß natürlich kein neuer Verein gegründet werden. Entweder läßt sich eine bestehende Organisation in diese Richtung erweitern (denkbar wäre die AG SPAK oder der Ökobank-Verein) oder man bildet eine Arbeitsgemeinschaft aus den bestehenden Zusammenschlüssen ohne institutionellen Rahmen. Ersteres bedeutet eine intensive interne Diskussion in der entsprechenden Organisation, letzteres wird früher oder später in einen Verein münden. Doch das ist jetzt eher zweitrangig.

Was von größerem Interesse ist, ist die Notwendigkeit eines solchen Forums für Selbstverwaltung. Ein solches Forum ist notwendig, wenn der Erfahrungsaustausch über Selbstverwaltung und Alternative Ökonomie intensiviert werden soll, wenn das Voneinander-Lernen nicht auf die Branche oder die Region beschränkt bleiben soll. Ein solches Forum läßt gemeinsame Aktionen und Initiativen schneller und effektiver in Gang bringen. Und schließlich läßt sich daraus eine politische Power entwickeln. Klar, damit verbindet jede/r auch gleich: Funktionärskader, Vereinsmeierei und -mauschelei, Hick-Hack, Abstimmungsnervereien und und und.

Dementsprechend muß die Organisationsform so gestaltet werden, daß sich keine Bürokratie bildet, alle Arbeits- und Interessenbereiche autonom sind und bleiben.

Grob skizziert wird ein formaler Organisationsrahmen gebraucht, ein Büro als Informationsknotenpunkt und ein überschaubares Gremium, wo Aktivitäten besprochen und koordiniert werden. Ein pragmatisches Instrument also zur Interessenherausbildung und -durchsetzung. Kein Bock auf langatmige Programmdebatten, keine nichtssagenden Resolutionen, keine Kampfabstimmungen.

Michael von Hoffen und Bangen
Kollektiv für Utopieentwürfe

Neues in Sachen Ökobank

Nach dem Skandal im Verhalten des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) und dem entsprechenden Presserummel gleich rein in die Tagung am Bodensee, für die von „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen" der große Konflikt zwischen den beiden „Fraktionen" im Ökobankverein erwartet wurde - es war schon allerhand los im sogenannten „Sommerloch". Für die (im Urlaub) zurückgebliebenen („mir sagt ja keiner was...") im Folgenden eine kurze zusammenfassende Darstellung der Ereignisse und der Resultate von Achberg.*

Anlaß der ganzen Aufregung war ein Brief des BVR an den Ökobankverein, in dem dreist um «Verständnis dafür» gebeten wurde, daß «wir für das von Ihnen erbetene Gespräch keine Möglichkeit sehen». Auch halte man «eine Übersendung des neuen Statuts der Sicherungseinrichtung des BVR... nach Lage der Dinge nicht für angängig».
Schon allein die Sprache!

In Kreisen des Ökobank-Vereins schwankte die Reaktion zwischen Empörung und Verunsicherung. Was, wenn ausgerechnet jetzt, nachdem über eine dpa-Falschmeldung von Treugeldrückgang, Stagnation und möglichem Scheitern des Ökobank-Projekts die Rede war, die Berichte über die Haltung des BVR bei allen potentiellen Unterstützern der Ökobank endgültig den Eindruck erwecken, die Ökobank sei ein totgeborenes Kind?

Zum Glück überwog die Empörung. Der BVR-Brief wurde öffentlich gemacht und hat dem Ökobankverein neben einer Flut von Presseartikeln zwei offene Briefe beschert. Hans-Ulrich Klose, den CONTRASTE-Lesern mittlerweile bekannt als Vorsitzender des SPD-AK Genossenschaftswesen, und Lukas Beckmann vom Bundesvorstand der GRÜNEN, haben ihr Befremden deutlich zum Ausdruck gebracht (dokumentiert auf der nächsten Seite).
Vermutlich ist den Kollegen vom BVR darüber zum erstenmal bewußt geworden, daß garnicht so eindeutig ist, wer alles hinter der Ökobank steckt.

Jedenfalls ist man dabei, einzulenken. Ein Mißverständnis, bedauerlich ...

Wie gerüchteweise verlautet, werden unter Ökobankgegnern inzwischen Wetten gehandelt über die Höhe der Summe, die der Ökobankverein dem BVR für die freundliche Unterstützung hat zukommen lassen. So jung, und schon der erste Schmiergeld-Skandal?

Achberg dagegen brachte keineswegs die von vielen erwartete (erhoffte) Konfrontation. Im Gegenteil: über 70 Vereinsmitglieder der unterschiedlichsten Herkunft und Motivation tagten eine ganze Woche lang ausschließlich plenar und verabschiedeten mit Konsens Meinungsbilderzu so heiklen Themen wie Förderkriterien in Richtung Ökologie und Selbstverwaltung und zur Frage der Bankenmacht und der Strukturen von Verein und Bank.

Im Einzelnen:

Gefördert werden soll nach wie vor die Selbstverwaltung gleichrangig mit der Ökologie.
Es bestand aber weitgehender Konsens darüber, daß sich ökologische Prinzipien immer dort, wo sie mit Gewinnmaximierungsnotwendigkeiten kollidieren, auf Dauer nur unter selbstverwalteten Bedingungen durchsetzen lassen, dort also, wo von vorneherein das Betriebsziel nicht auf die ökonomische Ebene beschränkt bleibt.

Was will man von etwa einer Lackfabrik halten, die heute - weil es zum guten Ton gehört und sich ein Markt aufgetan hat - das 51. Produkt «umweltfreundlich» herstellt und sich dies mit dem «blauen Engel» quittieren läßt? Von selbst sind die Kollegen jahrzenhntelang nicht drauf gekommen, daß es ja auch «anders» geht, und sie halten dies bis heute für die ersten 5o Produkte nicht für notwendig, die ganz genau so wie früher hergestellt und vertrieben werden. Daß sowas anders geht zeigen Firmen wie **Livos** und **Auro**.
Soll aber die Ökobank dann eine solche Firma fördern (wohlgemerkt **fördern**, nicht einfach nur **kreditieren**, wo nichts gegen zu sagen wäre), von der angenommen werden muß, daß das ökologische «Bewußtsein» gerade so lange anhält, bis es auch wieder billiger geht, weil sich Gesetze oder die Marktlage geändert haben?

Die Versammlung in Achberg jedenfalls hatte damit Bauchschmerzen, verstärkt, nachdem **Rolf Schwendter** in seinem Vortrag über die **«Zukunft der alternativen Ökonomie»** das Bild einer kapitalistischen Krisenbewältigung aufgezeigt hatte, die den dazu notwendigen **Wachstumsschub gerade aus den ökologischen Bedürfnissen zieht. «Öko-Kapitalismus»**, die Wiederherstellung der Umwelt als gutes Geschäft und Quelle erweiterter Ausbeutung - und die Öko-Bank als Hilfsmotor dieser Entwicklung?
Solche Überlegungen waren in Achberg der Grund für eine Formulierung, die Förderung der Ökobank bei nicht-selbstverwalteten Betrieben nur dort zulassen will, wo entweder beispielhaft ökologisch und/oder sozial gearbeitet wird oder Selbstverwaltung auf lange Sicht nicht herstellbar ist (z.B. landwirtschaftliche Betriebe, die sich nun mal in Privat=Familienbesitz befinden).

Aber auch der Begriff «Selbstverwaltung» wurde sehr eng gefaßt. Mancher Betrieb ist falsch, oder mindestens unkonsequent angelegt und tendiert (gewollt oder ungewollt) zum «Neuen Unternehmertum». Ob aber ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen einem wohlmeinenden privaten Kapitalisten und solchen neu-unternehmerischen Kollektiv-Kapitalistenbleibt langfristig fragwürdig.

Man kann zwar - so die Formel- von einem sich neugründenden Kollektiv nicht erwarten, daß es gleich das Tollste vom Tollen auf die Matte legt und wird also in solchen Fällen fördern aufgrund von Absichtserklärungen - voller Vertrauen und durchaus guter Hoffnung.
Man wird aber die Förderung zurücknehmen, z.B. den zinsbegünstigten Kredit in einen normal verzinsten umwandeln, wenn über Jahre die anfänglichen Versprechungen nicht eingelöst werden.

Von vorneherein sollen diejenigen selbstverwalteten Betriebe begünstigt werden, die über die Tatsache hinaus, daß man/frau zusammen arbeitet
- zu fortschrittlichen (= gerechten) Einkommensregelungen finden,
- Kapitalneutralisierung durchführen,
- aus ihren Gewinnen soziale und kulturelle Projekte finanzieren,
- sich in Bezug auf Kapitalbesitz und -Verwertung vernetzen.

Was dabei «Begünstigung» heißt, ob z.B. eine Staffelung der Zinsbegünstigung (Zweistufen-System) eingeführt werden kann oder die Begünstigung in atypischer Kredithöhe und bevorzugter Antragsbearbeitung besteht, bleibt auch nach Achberg noch offen.

In Bezug auf die Struktur von Bank (Genossenschaft) und Verein ergab sich Folgendes:

a) für die Zeit bis zur Gründung der Bank (Genossenschaft) ging es und geht es um ein handhabbares Modell der Regionalisierung-/Dezentralisierung.

Im vergangenen Jahr war die Dezentralisierung grundsätzlich beschlossen worden. Damals galt das Modell der Landesverbände, die - sofern anerkannt (mind. 100 Mitglieder, mind. 50.000 DM Treugeld, keine relevante Gruppe ausgeschlossen) - 2 Mitglieder in den insgesamt 22-köpfigen Bundesvorstand schicken sollten. Dieser Bundesvorstand hätte einen mindestens zweiwöchentlich tagenden geschäftsführenden Vorstand (GV) zu wählen und sich ansonsten wie der derzeitige alle 2 Monate zu treffen.
Das Modell sollte inkrafttreten bei mindestens 7 existierenden Landesverbänden durch automatischen Rücktritt des derzeitigen Vorstands.

In Achberg hat sich ein anderes Bild ergeben. Gegen eine solche Organisation auf Landesebene spricht:
- Proporzdenken schadet nur, wenn es um die Sache geht
- der GV, das Gremium, das kontinuierlich arbeiten muß, sollte nicht aus solchem Proporz, sondern aus Kompetenz und Sachverstand zustandekommen, und
- das Denken in Ländergrenzen wird der tatsächlichen Situation, vor allem in Flächenstaaten, nicht gerecht.

Wenn - wie z.B. in Hessen mit Kassel, Marburg-Gießen, Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden mindestens 5 - autonome Entwicklungszentren existieren, die nach unterschiedlichen Bedürfnissen eigenständig diskutieren, dann ist es nicht nur wichtig, sondern unabdingbar, daß solche Zentren in die Diskussion um die Ökobank unmittelbar eingeschaltet sind.

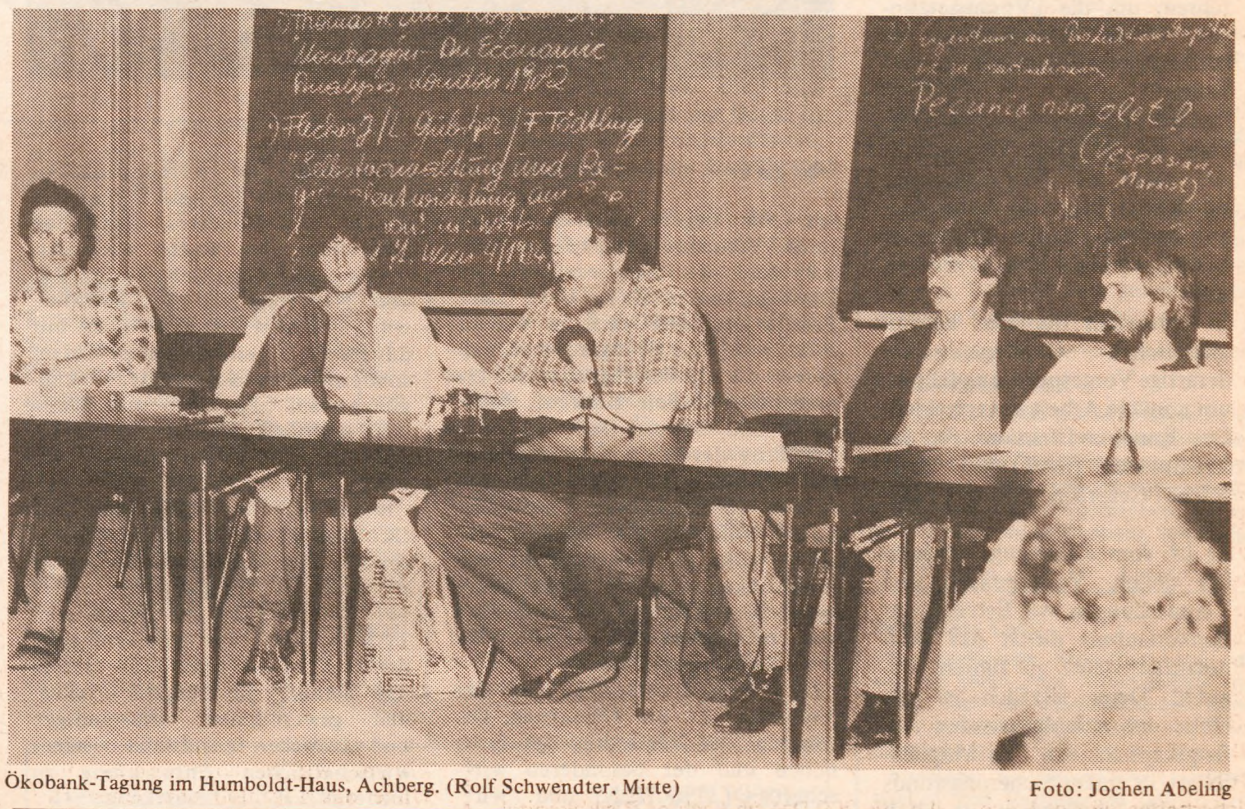
Das neue Modell sieht daher nur noch drei Stufen vor:
die unmittelbar vor Ort aktive Regionalgruppe entsendet eine Vertreterin in den Bundesdelegiertenrat (BDR), der zweimonatlich tagt und den nach Kompetenz gewählten geschäftsführenden Vorstand unmittelbar kontrolliert.

b) nach der Bankgründung
Einigkeit besteht darüber, daß der Verein nach der Bankgründung weiterbestehen soll.
Seine eigentliche Funktion geht sowieso weit über das Geldsammeln hinaus, heißt schon jetzt Regionalanalyse und Regionalentwicklung, heißt die dazu notwendigen Informationen sammeln und Kompetenzen erwerben, heißt die Bedürfnisse feststellen und vorhandene Produktideen zu verwirklichen, heißt beratend und entwickelnd tätig zu werden.
Solcherart Entwicklungspolitik benötigt eine Bank. Umgekehrt aber soll dieser nicht die Macht zukommen, über Entwicklungen zu entscheiden.

Es wird der - dann personell wesentlich erweiterte - Verein sein, dem diese Aufgabe zufällt. Und die in Achberg diskutierte Reorganisation schafft gleichzeitig ein handhabbares Verhältnis zwischen Verein und Bank (Genossenschaft):

Kreditanträge werden nach Bankgründung auf der untersten Ebene, dem Kreditvergabebeirat der Regionalgruppe des Vereins, politisch entschieden, befürwortet oder abgelehnt. Nur die positiven Entscheidungen werden an die Bank weitergeleitet, die dann quasi als «Bankomat» arbeitet, d.h. nur noch nach banktechnischen Kriterien prüfen darf: ist der Kredit «sicher» oder ist er dies nicht.
Im ersten Fall **muß der Kredit gewährt werden**, im zweiten Fall ist an der Basis zu überlegen, wie (etwa durch solidarische Übernahme von Bürgschaften seitens der vernetzten Betriebe) der Kredit KWG-gerecht abgesichert werden kann.
Daß dies vom Bankvorstand auch so ausgeführt wird, darüber wacht der Aufsichtsrat (der Bank bzw der Genossenschaft), der von der Vertreterversammlung der Ökobank-Genossenschaft gewählt wird – nach einer Vorschlagsliste, die regionale und politische Interessen berücksichtigen soll und deshalb von der Bundesdelegiertenversammlung **des Vereins** erstellt wird.

Das waren die wichtigsten Ergebnisse der Tagung in Achberg.
Die Mitgliederversammlung des Ökobank-Vereins wird sich am 28.September in Oberursel mit den entsprechenden Anträgen beschäftigen müssen.



Ökobank-Tagung im Humboldt-Haus, Achberg. (Rolf Schwendter, Mitte) Foto: Jochen Abeling

«...ist es aufgrund der Tendenzen der letzten 200 Jahre möglich, Aussagen zur Zukunft der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie zu machen. Bisher war es ausnahmslos so, daß nach einem längeren, 2 bis 3 Jahrzehnte dauernden Aufschwung eine Überproduktionskrise eintrat, die eine ebensolange Stagnationsphase nach sich zog, gekennzeichnet u.a. von Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, oft genug Kriegen als probate Mittel zur Vernichtung der überschüssigen Produktion. Bis ein neuer Schub der Akkumulation des Kapitals einsetzte, bislang ausnahmslos auf der Grundlage einer Serie neuer Erfindungen, neuer Arbeitsverfahren und neuer Maschinen, um diese Neuerfindungen so rentabel wie möglich produzieren zu können. ... Ich sehe unter der Annahme gleichbleibender gesamtgesellschaftlicher Bedingungen wenig Gründe dafür, daß sich dies ändern wird. ... Es ist abzusehen, daß nach etwa einem weiteren Jahrzehnt Strukturkrise das, was bei Oskar Lafontaine «ökologische Modernisierung» heißt, im Verbund mit einer zunehmend EDV-gestützten Dienstleistungsindustrie die Grundlage des nächsten Aufschwungs abgeben wird können. Die Diskussionen über Katalysatoren, über das Waldsterben, über alternative Energieformen, um nur Einiges zu nennen, weisen darauf hin. Auch wenn es dann sicher viele Publikationen geben wird, die vom diesmal ökologischen Garten Eden tönen werden, ist schon jetzt vorauszusagen, daß 30 Jahre später die nächste Überproduktionskrise sicher kommt: es werden dann halt die Katalysatorautos, Windmühlen, Solarzellen und Hydrolysewasserstoffkanister sein, die auf Halde liegen. Um in der Folge die nächsten Arbeitslosenmengen, Reallohnsenkungen etc zu erleben, die sicher wieder etwas Schönes hervorbringen werden: eine Großverwertung der Genmanipulation etwa, im Verbund mit «Schöner Wohnen auf dem Meeresgrund» vielleicht, oder mit der Raumfahrt...»

Rolf Schwendter

***es wird eine ausführliche Berichterstattung in einer CONTRASTE-Sondernummer geben, die in ca 3 Wochen erscheint, automatisch aber nur an die Ökobank-Vereinsmitglieder ausgeliefert wird. CONTRASTE-Abonnenten, die diese Sondernummer haben möchten, bestellen beim «Verein Freunde und Förderer der Ökobank, Krebsmühle, 637 Oberursel 5. Preis 2 DM + 1.10 DM Porto.**

Nur ein Mißverständnis?

BVR-Ökobank: Schriftverkehr

Das «Mißverständnis»

Nachdem H.-U. Klose (SPD) und Lukas Beckmann (GRÜNE) – beide Treugeber der Ökobank – gegenüber dem BVR* und der Presse ihr Befremden über diese Vorgehensweise des Verbandes zum Ausdruck gebracht hatten, zog sich dieser auf eine formale Position zurück. Die ganze „Aufregung" sei unverständlich und basiere auf einem „Mißverständnis". Man sei sich nicht im klaren darüber, ob den Initiatoren des Projektes bewußt sei, daß im Bankgeschäft „mit fremdem Geld" gearbeitet werde, man habe „bankwirtschaftliche Zweifel". Es bedürfe zunächst einer klaren schriftlichen Konzeption, der Erlaubnis durch das Bundesaufsichtsamt in Berlin und der Aufnahme in den zuständigen genossenschaftlichen Prüfungsverband. Dann erst „stehe eine Aufnahme in den BVR zur Debatte". Zum jetzigen Zeitpunkt seien Gespräche zu früh.

*siehe auch die Dokumentation der Briefe H.-U. Klose und L. Beckmann auf dieser Seite.

Ungereimheiten bleiben

1. Warum erfährt der Verein diese formalen Gründe erst aus der Presse und nicht aus dem Ablehnungsschreiben selbst?
   Sprachlich hatte dieses erste Schreiben eine klare Aussage: politische Ziele, andere Rechtsform, daher keine Gespräche und keine Unterlagen.
2. Warum schlägt der zuständige regionale Prüfungsverband dem Ökobank-Verein vor, vorab „Verhandlungen" mit dem BVR zu führen, um die „Voraussetzungen für die Aufnahme in die Sicherungseinrichtungen zu erfahren"?
   Der Berliner Genossenschaftsverband hat derartige Verhandlungen sogar als „Vorbedingung" bezeichnet, bevor ein Aufnahmeantrag bei einem regionalen Prüfungsverband gestellt werden kann.
3. Es entspricht durchaus kaufmännischen Gepflogenheiten, derartige Vorgespräche zu führen, um unnütze Arbeit zu vermeiden. Das Bundesaufsichtamt für das Kreditwesen (BAK) z.B. führt solche Gespräche ohne Vorbehalt.
4. Es ist vom Zulassungsverfahren her üblich, Vorgespräche und Verhandlungen **vor** Erteilen der Bankerlaubnis durch das Bundesaufsichtsamt zu führen. Logisch! Denn letztlich ist die Höhe des aufzubringenden Anfangskapitals von der Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds abhängig. Außerdem ist nach § 32 (3) Kreditwesengesetz vor der Erteilung der Erlaubnis zum Betreiben des Einlagengeschäfts „der für das Kreditinstitut infrage kommende Verband zu hören". Wie aber soll dieser eine Aussage machen, wenn er sich nie mit den Antragstellern unterhalten hat?
5. Der BVR wirft dem Verein zwar vor, bisher kein Konzept vorgestellt zu haben, bezieht sich aber andererseits auf bekanntgewordene Konzepte und meldet daran seine „bankwirtschaftlichen Zweifel" an. Es sei zweifelhaft, ob „eine Ökobank in der geplanten Form überhaupt gegründet werden könne" und ob die Ökobankiers angesichts ihrer bisher bekanntgewordenen Zielsetzungen die Zulassung vom BAK erhalten werden. In jeder Verlautbarung des Vereins hatte dieser bisher vehement darauf hingewiesen, daß auf eine bankübliche Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers **keinesfalls** verzichtet werden könne.
   Diese fundamentale Aussage aus den bekanntgewordenen Zielsetzungen findet man nirgends.

Jetzt doch Gesprächsbereitschaft?

Alles in allem entsteht der Eindruck, daß sie der BVR mit seiner vorschnellen Aktion der politisch begründeten Ablehnung vergaloppiert hat und sich nun nachträglich auf eine formale Position zurückzieht. Wenn dem wirklich so ist, scheint die Tür doch wieder eine Spalt breit offen. Oder – wie BVR-Sprecher Axel Kehl gegenüber der Presse formulierte: „wenn der Laden läuft, können wir immer noch über den Eintritt in den BVR reden".

Wir nehmen ihn beim Wort.

T.T., Sept. '85

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sehr geehrte Herren,

mit ist eine Kopie Ihres Briefes vom 3. Juli dieses Jahres an die Rechtsanwälte Heinrich & Partner, Mittelweg 3, 6000 Frankfurt/M. 1, zugegangen. In diesem Brief verweisen Sie auf ein weiteres Schreiben an die Freunde und Förderer der Öko-Bank in Berlin vom 19.3.85. Auch diesen Brief habe ich gelesen.

In dem Brief vom 19.3.85 schreiben Sie unter anderem: „Unabhängig davon halten wir die Überlegung, für Ihre Bank die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft zu wählen, nicht für sachgerecht. Die genossenschaftlichen Kreditinstitute erfüllen nach Gesetz und Satzung die Aufgabe, den selbständigen gewerblichen und ländlichen Mittelstand in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern. Schon die Gründungsväter der genossenschaftlichen Banken, Raiffeisen und Schultze-Delitzsch, hielten die Erfüllung dieser Aufgabe wegen ihrer Komplexität für unvereinbar mit dem gleichzeitigen Einsatz für völlig andere, u.a. auch politische Ziele."

Wie soll man diese Passage verstehen? Die wirtschaftliche Förderung des selbständigen, gewerblichen und ländlichen Mittelstandes ist – zugegeben – eine wichtige Aufgabe aus ökonomischen und politischen Gründen, wie Ihnen die Interessenvertretungen der Mittelständler (gewerblich und landwirtschaftlich) sofort bestätigen werden. Der ökonomische Zweck und das dahinter sichtbar werdende politische Ziel können bei Ihrem Wirken gar nicht übersehen werden.

Was unterscheidet sie dann aber von den alternativ-ökonomischen Betrieben, um die es hier geht. Diese Betriebe, deren Interessen die Öko-Bank wahrnehmen soll, sind ebenfalls mittelständische Betriebe, die sich darüberhinaus bemühen, an die genossenschaftlichen Ideen der Selbsthilfe und Selbstverwaltung anzuknüpfen – Ideen, die doch auch Ihnen nicht fremd sein können; obwohl man sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren kann, daß die traditionellen Genossenschaften ihre ursprünglichen Ideale „hinter sich gelassen haben".

Das alles ist Ihnen sicher bekannt. Wenn es Ihnen aber nicht bekannt sein sollte, warum haben Sie dann schon die Bitte nach einem Gespräch abschlägig beschieden. Es ist doch die normalste Vorstellung für Menschen, die sich dem Genossenschaftsgedanken nahe fühlen, mit denen sprechen zu wollen, die in einer Genossenschaft arbeiten. Sie aber lehnen dieses Gespräch ab, einfach so, als wären die Freunde und Förderer der Öko-Bank Aussätzige oder Verrückte, jedenfalls Leute, mit denen man nichts zu tun haben will. Daraus kann ich nur folgern, daß Sie bei Ihrer Verbandspolitik politische Ziele verfolgen, die so edel und billigenswert nicht sind, wie Sie es immer vorgeben.

Ich möchte im übrigen darauf hinweisen, daß ich selbst Anteile an der künftigen Öko-Bank gezeichnet habe, weil ich diese Initiative ökonomisch und politisch für gut und unterstützenswert halte. Deshalb fühle ich mich durch Ihre Ablehnung, mit den Freunden der Öko-Bank auch nur zu sprechen, auch persönlich getroffen.

Erklären kann ich mir Ihre Ablehnung nur aus der Angst, daß hier etwas Neues entsteht, initiiert von Leuten, denen man ohnehin – aus welchen Gründen auch immer – mißtraut, die man nicht haben will, und die man sich, da es sie nun einmal gibt, jedenfalls vom Leibe halten muß. Es ist dies – wenn ich so sagen darf – die bekannte deutsche Intoleranz, die eines der bittersten Probleme unserer politischen und gesellschaftlichen (Un-) Kultur ist.

Ich schreibe Ihnen dies, obwohl ich mir keine Illusionen mache, über meine Fähigkeit, zu überzeugen, und Ihre, sich überzeugen zu lassen. Ich will einfach nicht schweigen – das ist alles.

Hochachtungsvoll
Hans-Ulrich Klose

Sehr geehrter Herr Dr. Kessel,

vor mir liegen zwei Schreiben Ihres Verbandes vom 19.3. und 3.7. d.J. bzgl. der Mitgliedschaft der Ökobank beim BVR. Herr (oder Frau?) Lehnhoff weist in seinem Brief vom 19.3.85 darauf hin, daß bereits die „Gründungsväter der genossenschaftlichen Banken, Raiffeisen und Schulze-Delitzsch" die Erfüllung der Aufgaben „unvereinbar" hielten mit dem gleichzeitigen Einsatz für „politische Ziele". Ein kurzer Blick in die Satzung der BVR wirkt im Vergleich zu den Äußerungen von Herrn Lehnhoff geradezu erfrischend, ist doch dort von politischen Intentionen des BVR nachdrücklich die Rede.

In § 4 (1) heißt es: „Zweck des Verbandes ist die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftsPOLITISCHEN und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder...."

§ 4 (2): „Im Rahmen von Absatz 1 hat der Verband insbesondere folgende Aufgaben: ... b) die Wahrnehmung der wirtschaftsPOLITISCHEN, wirtschaftlichen, rechtsPOLITISCHEN und steuerPOLITISCHEN Belange der Mitglieder."

Formal mögen Sie einwenden, daß ja die Ökobank bisher kein Mitglied Ihres Verbandes ist. Ihr gewollter Anteil daran ist in beiden genannten Briefen nicht zu übersehen. § 1 Absatz 2 der Satzung verweist auf den Bundesverband als „eingetragener Verein". Das Grundrecht auf Vereinigunfsfreiheit stützt sich auf Artikel 9 Absatz 1 des Grundgesetzes, der allen Deutschen das Recht einräumt, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Nun folgt aus der Gewährleistung der Vereinsfreiheit nicht nur das Recht, Vereinigungen zu bilden, sondern auch das Recht der Vereinigungen auf „Enstehen und Bestehen" (BVerfG, Beschl.v.18.10.61 - 1 BvR 730/57-BVerfGE13/174, 175).

Ihnen sind die Unterlagen der Ökobank sicherlich bekannt, insbesondere die Absicht, sich als Genossenschaft zu organisieren. Herr Lehnhoff schreibt mit Datum vom 19.3.85, daß „die genossenschaftlichen Kreditinstitute nach Gesetz und Satzung die Aufgabe erfüllen, den gewerblichen, selbständigen und ländlichen Mittelstand in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern".

Es ist das satzungsgemäße Ziel der Ökobank, „vor allem ökologische und selbstverwaltete Betriebe zu fördern".

An dieser Stelle ein erstes Resümee:

1. Die schroffe Ablehnung einer Aufnahme der Ökobank in den BVR ist authentischer Ausdruck einer politisch motivierten Ansage, die weder mit dem Selbstverständnis Ihres Verbandes (nach der Satzung), noch mit dem erklärten Willen des Vereins der Freunde und Förderer der Ökobank e.V. zu rechtfertigen ist.
2. Ihrer Argumentation liegt tendenziell ein Kastendenken zugrunde, das dem Vereinsrecht i.S. des Grundgesetzes und dem Genossenschaftsverständnis i.S. von Raiffeisen zuwiderläuft.
3. Ihre Gesprächsverweigerung gegenüber der Ökobank als auch die nicht vorhandene Bereitschaft zur Übersendung des neuen Status der Sicherungseinrichtung des BVR ist politisch und rechtlich hochgradig skandalös, handelt es sich beim BVR doch um eine Einrichtung von öffentlichem Interesse, deren Aufgabe und Verpflichtung offenbar zugunsten spezifischer Interessen gekrümmt werden sollen.
4. Die Verweigerung der BVR, die Ökobank im Einlagensicherungsfonds aufzunehmen, kommt einem Versuch gleich, die rechtskräftige Gründung der Ökobank zu verhindern.

Erlauben Sie mir noch einige Anmerkungen zu den Auswirkungen der Ökobank-Politik Ihres Verbandes.

Es ist ja nun kein Geheimnis, daß die „Bonner Wende" die Wende im Bereich der Arbeitslosigkeit lediglich im negativen Sinne herbeigeführt hat. Umso begrüßenswerter müßte doch auch für Sie die Tatsache sein, daß sich in den letzten Jahren immer mehr Menschen bemühen, durch Eigeninitiative neue Arbeitsplätze und Arbeitszusammenhänge zu schaffen, die an den genossenschaftlichen Gedanken anknüpfen, ökologisch sinnvolle Arbeit fördern und sich vom Ansatz her der Selbstverwaltung verpflichtet fühlen.

Da es sich bei solchen Initiativen im Sinne von Alternativbetrieben schon vom Selbstverständnis her um klein- bzw. mittelständische Betriebe handelt, müßten Sie doch eigentlich vor Begeisterung bersten in der Möglichkeit, gerade jener Bank auf die Sprünge zu helfen, die sich der Genossenschaftsidee verpflichtet weiß und solchen Betrieben Unterstützung zukommen lassen möchte, deren Produktion ökologischen Kriterien im Sinne einer Gesellschaftsökologie versucht gerecht zu werden.

Der vor kurzem verstorbene Heinrich Böll hat in einem seiner letzten Interviews (s. DIE ZEIT) angemerkt, daß es Leute gibt, die behaupten, daß Arbeitslosigkeit ja durchaus systemfunktional sei. Da ich gerne davon ausgehe, daß Sie diese Auffassung nicht teilen, möchte ich Sie ausdrücklich bitten, Ihre Haltung gegenüber der Ökobank noch einmal zu überprüfen und den Vereinsvorstand zu einem Beratungsgespräch einzuladen.

Unabhängig davon bitte ich um einen Gesprächstermin mit Ihnen, an dem nach Möglichkeit auch ein Vertreter unserer Bundestagsfraktion teilnehmen wird.

Mit freundlichem Gruß
Lukas Beckmann

RICARDA BUCH

FRAUEN UND GELD

Was früher die Krone und der Purpurmantel bedeuteten, war Anfang des Jahrhunderts der Zylinder und der Frack. Der Bankier trug sie als Zeichen seiner Herrschaft, Frauen nur im Cabaret. Da hat sich auch heute nicht viel geändert, denn im Bankwesen gibt es immer noch keine Frauen in leitenden Funktionen. Auch in den Reihen der großen Philosophen und Ökonomen sucht frau sie vergeblich. Das ist kein Wunder, denn traditonsgemäß ist die Domäne der Frau eher der Haushalt und nicht die Universität.

Erstaunlich ist aber, daß sich auch heute nur ein kleiner Teil der Frauenbewegung für ökonomische Theorien zu interessieren scheint und wo wollte frau da in der modernen Industriegesellschaft anknüpfen? Bei vorstaatlichen matristischen Gemeinschaften, die primitive Formen des Ackerbaus betrieben oder noch früher bei den Sammlerinnen und Jägern, für die Besitz und Eigentum keine große Bedeutung hatten? Oder soll frau nicht einfach die Ökonomie als patriarchalische Wissenschaft abqualifizieren, mit der es sich nicht zu beschäftigen lohnt? Anders herum gefragt, kann es überhaupt eine Ökonomie geben, die spezifisch auf die Bedürfnisse von Frauen eingeht oder gibt es in unserer Konsumgesellschaft keinen Unterschied mehr hinsichtlich der Ausbeutung von Frauen gegenüber Männern? Kaufen sollen schließlich alle.

Geht frau davon aus, daß Geld Macht bedeutet und wer reich ist auch mehr Einfluß nehmen kann, dann hat sie nur geringen Anteil daran, denn durchschnittlich besitzen und Verdienen Frauen weniger Geld als Männer. Zwar mag es seit der Verbreitung des römischen Rechts einigen Frauen durch Erbschaft gelungen sein, großen Reichtum in Form von Grundbesitz, Geld oder Juwelen anzuhäufen, aber oft überlassen sie die Verwaltung ihres Besitzes den entsprechenden männlichen Familienangehörigen, Freunden oder Sachverständigen und wenn sie heiraten, schenken sie häufig ihren Besitz zugleich mit ihrem Namen ihren Männern. Umgekehrt selten!

Die zweite Möglichkeit des Gelderwerbs ist der Betrug. Ob Frauen mehr oder weniger betrügen als Männer, läßt sich nicht sicher klären. Sicher ist nur, daß sie meistens nicht die gleichen Ausgangschancen haben. Frauen mögen wohl eher das Haushaltsgeld unterschlagen, als daß sie in Spendenaffären und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe verwickelt wären. Dann schon eher einen kleinen Ladendiebstahl, um die täglichen Probleme zu kompensieren, seltener ein Banküberfall.

Die dritte Form des Gelderwerbs ist die eigene Arbeit. Leider leisten viele Frauen aber unbezahlte Arbeit im Haushalt und bei der Kindererziehung und selbst wenn eine Frau einen lukrativen Job in der Industrie findet, so wird sie doch höchst selten in deren Spitzenpositionen anzutreffen sein. Das mag einerseits daran liegen, daß man Frauen Charaktereigenschaften wie Durchsetzungsvermögen, Entschlossenheit und andere „Führungsqualitäten", die vom Manager erwartet werden, weniger zutraut, andererseits daran, daß Frauen solche Eigenschaften aufgrund ihrer rollenspezifischen Erziehung auch weniger stark entwickeln. Zwar sollen auch die Frauen in den Industriestaaten konsumieren, d.h. sich alles einverleiben, aber sie sollen auch für Konsumentennachwuchs sorgen. Das können sie aber nur, wenn sie bereit sind zu teilen, zu geben und zu schenken. Der Altruismus vieler Frauen hängt zusammen mit ihrer biologischen Funktion als Nahrungsmittelspenderin, wird aber gleichzeitig als typisch weibliche Charaktereigenschaft von der Mutter an die Tochter weitergegeben und steht in diametralem Gegensatz zur Weltnorm Nummer 1 des Kapitalismus - zur Profitgier. Geldbesitz und Geldeinnahme rangieren weit höher in der gesellschaftlichen Werteskala als Verschenken.

Die Sucht nach Gewinn ist auch in unserem Geld versteckt. Denn neben seiner sichtbaren Eigenschaft als Zahlungsmittel besitzt es auch die unsichtbare Eigenschaft des Hortmittels, dann nämlich, wenn allein durch seinen Besitz noch mehr Geld angehäuft wird, indem es sich, angelegt auf der Bank, durch Zinsen, Dividenden, Kursgewinne u.ä. vermehrt und so seinem Besitzer ein arbeitsfreies Einkommen ermöglicht. Diejenigen, die über keine Geldanlagen verfügen, müssen dann umso mehr arbeiten, um ihre Schulden zu zahlen, z.B. Frauen in den Ländern der 3. Welt. Das staatliche Geldmonopol verbietet nicht nur die Selbsthilfe etwa durch den Aufbau autonomer Geldsysteme, es verhindert auch Tauschgerechtigkeit; und wenn gleichzeitig Frauen der Gelderwerb erschwert wird, sie in geringerem Umfang an seiner Nutznießung als „Hortmittel" beteiligt sind, dann ist dieses Geld Ausdruck eines patriarchalischen Herrschaftsverhältnisses.

Die Psychoanalyse erklärt das Verhältnis zum Geld aus dem frühkindlichen Verhältnis zum Kot, da dieser der erste Besitz des Kindes ist. E. Bornemann spricht sogar vom analen Zwangscharakter des Kapitalismus. Die Erfordernisse der Industriegesellschaft begünstigen eine zu frühzeitige und massenhafte Reinlichkeitsdressur, die zu schweren Charakterschäden wie Machtgier, Mißtrauen, Egoismus, Geiz, Neid und Besitzstreben führe. Gerade diese Eigenschaften werden durch ein Zahlungsmittel begünstigt, das zugleich Hortmittel ist. Es ist auch kein Zufall, daß mit der Etablierung eines solchen Geldsystems zur Zeit des Frühkapitalismus die Frauen aus einer Reihe von Berufen, insbesondere der Textilherstellung und -verarbeitung in den privaten Haushalt abgeschoben wurden, wo sie entweder für ihre Arbeit mit Zuwendung oder einem Almosen abgespeist wurden oder sich als Dienstmagd kümmerlich durchbringen mußten.

Natürlich entwickeln auch Frauen jene Eigenschaften des analen Zwangsneurotikers, aber erstaunlich ist doch, daß sie in Krisenzeiten, dann, wenn es ums Überleben geht, dann, wenn das reibungslose Funktionieren des staatlichen Geldmonopols nicht mehr gewährleistet ist, die alltägliche Organisation des Überlebens nicht nur aktiv gestalten, sondern auch auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe aufbauen. So räumten die Trümmerfrauen nach 1945 nicht nur den Schutt des 2. Weltkrieges weg, verteilten Lebensmittel, Wasser Wohnungen und Kleidung, während ihre Männer tot oder in Kriegsgefangenschaft waren, sondern sie bewiesen auch, daß Selbsthilfe ohne Solidarität nicht möglich ist. 1948 wurde diesem Treiben durch die Währungsreform ein Ende gesetzt. Die Schwarzmärkte verschwanden, die Männer kehrten zurück und mit ihnen die Geldwirtschaft.

Frauen in den ÖKOBANKVEREIN!

Für den Ökobank-Verein sind bisher – zumindest auf Bundesebene – nur Männer in Erscheinung getreten. Die Tagung in Achberg hat gezeigt, daß es Ansätze gibt, dies zu verändern. So waren relativ viele Frauen aus allen Regionen vertreten (ein Viertel aller Anwesenden) und in den Diskussionen kamen auch frauenpolitische Forderungen zum Tragen (wie Quotierung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen).

Damit es nicht nur bei schönen Worten bleibt und all die guten und wichtigen Ideen auch umgesetzt werden, ist es wichtig, daß Frauen sich auf allen Ebenen einmischen. So auch im Vorstand.

Da der bereits bestehende Verein „Freunde und Förderer der Ökobank" noch weiter regionalisiert werden soll und später nicht nur als Kontrollorgan für die Bank gedacht ist, sondern auch als Kontakt- und Beratungsinstanz für selbstverwaltete Betriebe und Initiativen, ist es wichtig, schon beim Aufbau der Strukturen dabei zu sein und Einfluß zu nehmen.

Um verschiedene Ansätze gemeinsam zu besprechen, treffen wir uns am Vorabend der MV, also 27.09.85, um 19.00 Uhr, in der Krebsmühle.

Interessierte Frauen melden sich bitte bei: Kerstin Schaper, In der Au 9, 6370 Oberursel. Falls Übernachtungsmöglichkeiten gebraucht werden, meldet Euch bitte im Ökobank-Büro. (Kosten pro Person 12,– DM).

FRAUEN IN DEN VORSTAND

Kommentar des Frankfurter Büros: Wir denken, wenn die Absicht, Frauen in den Vorstand zu delegieren, erfolgreich sein soll, dann kann es nicht bei einem einmaligen und auch noch kurz vor der MV angesetzten Termin bleiben. Nach unserer Auffassung ist es vielmehr notwendig, daß schon jetzt intensive Kontakte zwischen den regionalen Gruppen aufgenommen werden, um Klarheit darüber zu gewinnen, welche Frauen überhaupt gewillt und in der Lage sind, einen solchen Job zu übernehmen.

Treugeldstand p.3.9.85	2.537.305,74 DM
Vereinsmitglieder	1.630
Treugeldgeber	5.670

Mitgliederversammlung

28.9.85 Mitgliederversammlung der Freunde und Förderer der Ökobank

Am 28.9.85 findet eine Mitgliederversammlung des Ökobankvereins statt. Zentraler Tagesordungspunkt wird die „Regionalisierung des Ökobankvereins" sein. Die letzte Mitgliederversammlung hatte den Vorstand beauftragt, diese Regionalisierung des Vereins vorzubereiten. Eng damit verbunden ist die Frage nach den zukünftigen Aufgaben des Vereins und seinen künftigen Strukturen. Die Einladung zu dieser Mitgliederversammlung wird über eine Sondernummer von CONTRASTE erfolgen, um Raum für eine ausführliche Darstellung des aktuellen Diskussionsstandes zu diesem Thema zu haben, und alle Mitglieder ausgiebig über die zu erwartenden Anträge zu informieren.

KINDERBETREUUNG während der MV am 28.09.

In Achberg ist der Wunsch geäußert worden, während der MV am 28.09. für eine Betreuung der Kinder zu sorgen, damit auch wirklich alle an den Diskussionen und Entscheidungen teilnehmen könne.

Die Bitte des Frankfurter Büros an die regionalen Gruppen: Teilt bitte mit, wieviel Kinder Euch begleiten und ob Ihr jemanden mitbringt, der (stundenweise) die Betreuung übernehmen kann.

RÜCKTRITTE

Ihren Rücktritt von Ihren Vorstandsämtern haben aus privaten Gründen vollzogen:
Dieter Wallberg, Heidelberg
Andreas Rupp, Eningen
Gerhard Kern, Morbach

Kurz gemeldet :

Die Rechts- und Beratungsgruppe des Ökobank-Vereins hat am 13. September einen Gesprächstermin beim zuständigen Genossenschafts-Prüfungsverband in Neu-Isenburg.

Aus den Regionen

HESSEN

Thomas Maus, Vorstandsmitglied des Ökobankvereins, fordert zur Mitarbeit auf bei einem:

ÖB-Handbuch für Aktive

Das Projekt Ökobank ist keine Sache für „Macher". Die Gründung der Bank ist ein Anliegen der Bewegung.

Dennoch – wie sollte das anders sein?! – ein solches Projekt bedarf eines erheblichen Maßes an Koordinierung und zentralen Entscheidungen, damit alle Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden können!

Nur: Wie kommt man/frau an die Informationen darüber, was alles abläuft? Man/frau muß schließlich wissen, wie der Stand der Dinge ist und was alles schon abgelaufen ist, um selbst etwas für das Projekt tun zu können!...

Das Frankfurter ÖB-Büro ist personell einfach nicht in der Lage, eine solche Arbeit zu leisten. Daher der Vorschlag, diese Lücke durch ein **„Handbuch"** – als jederzeit auswechselbare Loseblattsammlung – zu füllen.

Darin sollen alle Informationen enthalten sein, die man braucht, um Rede und Antwort zur Ökobank zu stehen, um beispielsweise selbständig eine Veranstaltung durchzuführen oder eine Ökobank-Stand zu machen.

Konkret heißt das:
- ausführliche Materialien zur politischen Begründung der ÖB
- Geschichte und Aktivitäten des Vereins inkl. pol. Funktion des Vereins nach der Gründung der Bank
- Informationen zum Stand der Dinge bezüglich ÖB und anderer alternativer Finanzierungsinstrumente
- Unterlagen zum Widerstand „offizieller Stellen" gegen die Ökobank
- ausführliche Unterlagen zum Geschäftskonzept der Bank
- Werbestrategie und Werbemaßnahmen
- Kommunikationsstrukturen des Vereins und sonstige Informationen zum Stand des Projektes.

Das Handbuch wird also ausführliche Informationen für Insider enthalten.

Ein Teil des Handbuches soll bereits bis zur nächsten Mitgliederversammlung am 29.9.85 fertiggestellt sein.

Meldet Euch bitte bei mir (Thomas Maus, Wittelsbacherallee 25, 6000 Frankfurt 1), falls Ihr Anregungen, Beiträge oder sonstige Fragen zum Handbuch habt.

Schleswig-Holstein

Am 29. Juni 1985 wurde in Neumünster der Landesverband Schleswig-Holstein gegründet. Der Verein führt den Namen: Verein zur Förderung selbstverwalteten und ökologischen Wirtschaftens, Freunde und Förderer der Ökobank, Schleswig-Holstein.

Bergisches Land

Die Lokalgruppe Bergisches Land hat sich als einen ihrer Schwerpunkte die Frage nach der Zusammenarbeit bzw. dem Verhältnis Gewerkschaft und Ökobank gesetzt.

Kontakte zur Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung (HBV) sind geknüpft. Es wird darum gebeten, Information und schon erarbeitete Papiere zu diesem Zweck an:
Freunde und Förderer der Ökobank NRW e.V., Bergisches Land, Guido Mengelberg, Liegnitzer Str. 76, 5600 Wuppertal 2, zu schicken.

zu: Protokoll der Bundesversammlung der Netzwerke in der Ausgabe 7/8-85 der CONTRASTE

Leserbriefe

Bezogen auf die Steno-Berichte „Situation in den Netzwerken" ist aus Düsseldorfer Sicht etwas **zu ergänzen bzw. geradezurücken.**

A) Nicht „Da ein Netzwerk-Aktivist als Grüner in den Liegenschaftsausschuß der Stadt D'dorf kam" wie es in dem Protokoll vom Bundestreffen schwatzverdächtig heißt, ist bedeutsam, sondern: die Bewilligung eines Zuschusses von 60.000,– DM an das Netzwerk D'dorf zur Förderung von „kollektiven Wirtschaftsbetrieben" ist die Folge einer kommunalpolitischen (ja, vielleicht) Grundsatzentscheidung. Eine knappe „SPD und die Grünen-Mehrheit" im Rat hat bewußt ein Krümchen vom Haushaltstisch fallen lassen. Die Zweckgebundenheit für die Vergabe des Zuschusses ist im Vertrag mit dem „Werbe- u. Wirtschaftsförderungsamt der Stadt D'dorf" festgelegt. Dort heißt es unter insgesamt vier Punkten:

1. „Der Zuschuß darf ausschließlich zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und selbständigen beruflichen Tätigkeiten in kollektiven Wirtschaftsbetrieben verwandt werden.
2. Über die zweckbestimmte Verwendung des Zuschusses ist ein Nachweis zu führen.
3. Der Stadt D'dorf wird das Recht eingeräumt, die Einhaltung der unter Ziffer 1. und 2. genannten Bedingungen zu überprüfen und zu diesem Zweck alle erforderlichen Unterlagen einzusehen.
4. Bei zweckfremder Verwendung des Zuschusses ist Netzwerk e.V. zur Rückzahlung verpflichtet."

B) Seit dem 1.6.85 hat das Netzwerk D'dorf eine 30-Stunden-Stelle. Diese Stelle wurde von der Ausländergruppe Bilk (AGB) beantragt und weil die Aktivitäten der Gruppe als gemeinnützig anerkannt sind, bewilligt. Finanziert wird diese Stelle u.a. aus dem NRW-Landesprogramm zur Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern. Diese 30-Stunden-Stelle für 1 Jahr (dann 20 Stunden für ein weiteres Jahr) wird nach BAT 5b bezahlt.

Manfred Trinkl

Lieber Franz-Josef, lieber Michael,

Ihr schreibt in Eurer Zusammenfassung von einer von vielen Teilnehmer/innen empfundenen „Ratlosigkeit, welche politische Funktion und Perspektive die Netzwerkarbeit, abgesehen von der Geldvergabe, eigentlich noch hat" (CONTRASTE Nr. 10, S. 12). Das trifft sicherlich zu, doch darf dabei die zweifellos ebenfalls vorhandene „Aufbruchstimmung" nicht unerwähnt bleiben, die bei nahezu der Hälfte der anwesenden Netzwerke feststellbar war.

Mir scheint, Ihr übertragt da zuviel von Eurer spezifischen Berliner Situation – gebeutelt zwischen der fraglosen Vernetzungsinstanz STATTwerke und den fragwürdigen Beschlüssen der Mitgliederversammlung (Nulltarif).

Bei Eurer (und unserer) Suche nach einer neuen (alten?) politischen Identität dürfte aber insbesondere die Tatsache bemerkenswert sein, daß der „neue Schwung" eher bei den kleinen und/oder provinziellen Netzwerken (Ausnahme: Bremen) zu verzeichnen ist. Die notwendige Berücksichtigung dieser „Ungleichzeitigkeiten" zwischen Metropole und Provinz in identitätsstiftenden, gemeinsamen Lernprozessen mag hoffentlich angesichts des 100. Geburtstags von Ernst Bloch uns allen leichter fallen. Ignoranz ist hierbei jedoch fehl am Platze – wofür leider gerade das Protokoll ein Musterbeispiel lieferte:

1. Erfahrungsgemäß stoßen Protokolle von überregionalen Treffen von der Suche nach Protokollanten/innen bis zur schnellen Verteilung an die Teilnehmer auf größte Schwierigkeiten. Da es mir außerdem unklar blieb, ob für Bremen überhaupt ein Protokoll existiert, habe ich mein eigenes an die CONTRASTE-Redaktion geschickt.
2. In der Juni-Ausgabe (CONTRASTE Nr. 9) darf ich dann auf der ersten Seite als redaktionelle Bitte lesen, künftig sollten keine Protokolle mehr geschickt, sondern Berichte geschrieben werden.
3. In der Juli/August-Ausgabe (CONTRASTE Nr. 10) wird nun doch das Protokoll wortwörtlich abgedruckt, mit einem „CONTRASTE"- und „Staatsknete"-Nachtrag versehen und mit „Franz-Josef Bartsch, Michael Wielage" unterzeichnet.

Ein „Versehen", oder was soll das? Mit vielleicht für Euch kleinlichen, aber auf alle Fälle ärgerlichen Grüßen aus der südlichsten Provinz

Elmar Sing, Netzwerk Selbsthilfe Bodensee/Oberschwaben

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Senatsknete in Hamburg

Red. Bremen **In der CONTRASTE wurde schon viel über Staatsknete, auch die Hamburger Variante, berichtet. Forderndes, hoffnungsvolles und kritisches. Und nun auch noch was trauriges?**

In CONTRASTE (Februar 85, S. 5) berichteten wir, daß in Hamburg vom Senat 10 Mio für den gesamten Alternativsektor (Betriebe und andere Projekte) in autonomer Vergabe (Verein als Vorbereitungs- und Entscheidungsgremium mit Sperrminorität der Behörden) gefordert wurden. Im letzten Jahr liefen dann Verhandlungen mit Vertretern der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturbehörde, an deren Ende diese Vertreter die Vorstellungen gut fanden und sie in ihren Behörden vertraten. Dort haben sie dann nach möglichen Geldern (Titeln) gesucht – und keine gefunden.

Doch noch waren wir nicht am Ende: Der Sozialsenator (unser sich links aufführender Senator) hat Anfang dieses Jahres unseren Alternativtopf für den nächsten Wahlkampf ausgebuddelt und einen Antrag in seinem Haushaltsentwurf untergebracht. Sein politisches Ziel war es wohl, wenigstens ein Blatt im Unternehmen – Hamburg – Salat für die linksliberalen SPD-Wähler vorweisen zu können.

Aber bei den Haushaltsberatungen im Senat kam es für alles, was mit alternativ, sozial usw. zu tun hat, schlimm, denn weder die Aufstockung der ABM-Plätze, die Etablierung neuer Frauenprojekte noch der Alternativtopf hatten eine Chance gegen die restriktive Sparpolitik des Finanzsenators, der sich vom Bürgermeister und dem Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen gestärkt fühlte: Haushaltskonsolidierung um wirklich jeden Preis.

Nun werden wir also doch nicht das erste Bundesland, in dem Projekte flächendeckend autonom gefördert werden. Obwohl, die große Trauer will nicht aufkommen. Wieso nicht?

Wir sind froh, daß besser nichts gekommen ist, als so etwas wie in Berlin oder Bremen. Und, was wäre passiert, wenn das Geld kommt? 10 Mio können ganz schön erdrücken, vor allem, wenn die Szene, wie in Hamburg, derart ohne Zusammenhalt vor sich hinwurschtelt und der politische Aspekt zumindest bei Neugründungen von Selbstverwaltungsbetrieben immer stärker in den Hintergrund tritt. Da verkommt die eigentlich politische, gegen die etablierten Strukturen gerichtete Senatsknete-Forderung zu einer modifizierten Wirtschaftsförderung.

So entstand dann leicht die Idee: Kein Bock auf Senatsknete (CONTRASTE März 85, S. 12). Und unser Hamburger Ergebnis wird damit zumindest auch zum Spiegel des Zustandes des Szene.

Aber das kann doch nicht alles gewesen sein?

Genau deshalb sind einige Leute am überlegen, in Hamburg zunächst einen lockeren Klön (Diskussions-) Treff zu machen, um Möglichkeiten und Wege zu suchen und auszuprobieren, um den politischen Charakter der Szene stärker in den Vordergrund zu rücken, um vielleicht mal zu einem politischen Faktor zu werden. Wir denken da vor allem auch an die Betriebe. Das bedeutet nicht die schreckliche Gründung eines Verbundes, sondern wirklich erst mal die Diskussion von Ideen.

Matthias Neuling

Wen das, in Hamburg, interessiert, der mag sich an Matthias (Tel. 410 37 31) wenden.

Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/691 30 72

Netzwerk Selbsthilfe
Hamburg e.V.
Medienhaus im Werkhof
Gausstr. 17
2000 Hamburg 50
Tel. 040/39 51 51

Netzwerk Selbsthilfe
Lübeck und Schleswig
c/o Magazin Verlag
Königsweg 7
2300 Kiel 1

Netzwerk Lübeck
c/o Kinderland
Lachswehrallee 1b
2400 Lübeck

Netzwerk
Bremen-Nordniedersachsen
Fehrfeld 60
2800 Bremen 1
Tel. 0421/704 581

Netzwerk Selbsthilfe Oldenburg
Projekt- und Betriebsberatung
Lindenallee 4
2900 Oldenburg
Tel. 0441/766 36

Netzwerk Selbsthilfe
Kontaktstelle Ostfriesland/
nördliches Emsland
Rhauderwieke 69
2963 Rhauderfehn-Rhaudermoor
Tel. 04952/7809

Selbsthilfe Netzwerk Hannover e.V.
im UJZ Kornstraße
Kornstr. 28/30
3000 Hannover 1
Tel. 0511/701 17 13
Postanschrift:
Selbsthilfe Netzwerk Hannover e.V.
c/o W. Westermann KG
Postfach 6405
3000 Hannover 1

Netzwerk Selbsthilfe
Südniedersachsen e.V.
Lange Geißmarstr. 3
3400 Göttingen

Netzwerk Selbsthilfe
Nordhessen e.V.
c/o Umweltmagazin
Elfbuchenstr. 80
3500 Kassel
Tel. 0561/780 235 od. 283 286

Netzwerk Düsseldorf
c/o AGB
Kronprinzenstr. 113
4000 Düsseldorf
Tel. 0211/395 852

Netzwerk Selbsthilfe
Münsterland e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 125
4400 Münster
Tel. 0251/795 655

Netzwerk Emsland
c/o Th. Klatt
Hannoverstr. 10
4460 Nordhorn

Netzwerk Osnabrück
c/o Autonomiebuchladen
Martinistr. 9
4500 Osnabrück

Netzwerk Selbsthilfe
Ruhrgebiet Ost
Lange Str. 79 1/2
4600 Dortmund
Tel. 0231/143 123
und
Netzwerk Selbsthilfe
Ruhrgebiet Ost
Röhlingshauser Str. 32
4630 Bochum 1

Netzwerk Ostwestfalen
Uhlandstr. 17
4900 Herford
Tel. 05221/506 07

Netzwerk Köln
c/o Theresia Wenzel
Heisterbachstr. 12
5000 Köln 41
Tel. 0221/410 919

Netzwerk Aachen
c/o Ökozentrum
Charlottenstr. 6
5100 Aachen
Tel. 0241/54 11 01

Netzwerk Bonn e.V.
Wolfstr. 10
5300 Bonn 1
Tel. 0228/63 48 80

Netzwerk Bergisch-Land
c/o Wolfgang Hespel
Eichenstr. 16
5600 Wuppertal 2

Netzwerk Sauerland
c/o Jochen Dräger
Burgstr. 42
5760 Arnsberg 1
Tel. 02935/743

Netzwerk Rhein-Main
Leibnizstr. 5
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/560 23 98
Susanne Grosmann

Netzwerk Selbsthilfe
Main-Kinzig
c/o Bücherstube Dieter Dausien
Hospitalstr. 4
6450 Hanau 1

Netzwerk Saar
Alte Feuerwache
Landwehrplatz
6600 Saarbrücken 3
Tel. 0681/390 55 38

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Nordbaden
c/o Kulturfenster
Kleinschmidtstr. 9
6900 Heidelberg

Netzwerk Stuttgart
Neckarstr. 178
7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/264 250

Netzwerk Stuttgart
Neckar-Alb e.V.
c/o Alan
Albstr. 70
7410 Reutlingen

Netzwerk Dreyecksland
Habsburgerstr. 9
7800 Freiburg
Tel. 0761/55 12 80

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Bodensee-Oberschwaben
Untere Breite Str. 19
7980 Ravensburg
Tel. 0751/24 170

Netzwerk München
Kistlerstr. 1
8000 München
Tel. 089/698 033

Netzwerk-Regionalinitiative
Ingolstadt e.V.
Bei der Schleifmühle 6
8070 Ingolstadt
Tel. 0841/334 00

Netzwerk Franken
Selbsthilfe
c/o KOMM
Königstr. 93
8500 Nürnberg 1
und
Netzwerk Franken
Selbsthilfe
c/o Saftladen
Altstädter Kirchplatz 1
8520 Erlangen
Tel. 09131/26500

Netzwerk Unterfranken
Selbsthilfe e.V.
c/o Viele Wege Laden
Zinkhof 1
8700 Würzburg

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
c/o Papyrus
Vorderer Lech 9
8900 Augsburg
Tel. 0821/51 15 01

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Salzgasse 127
8910 Landsberg a.L.
Tel. 08191/471 78

Aktionstage '85

Einsteigen in eine andere Republik!

Krebsmühle Oberursel · 20. - 22.9.1985

Öffentliche Arbeitstagung der Aktion Dritter Weg

Unser Schritt in eine neue Richtung ist der Versuch, auch unter gegenwärtigen Bedingungen Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Neugestaltung von der Idee in die Praxis umzusetzen. Wesentliches ist bereits jetzt möglich, obwohl wir immer wieder an die Grenzen stoßen, die uns durch Machtstrukturen, kapitalistische Marktgegebenheiten und ein durch staatliche und wirtschaftliche Interessen geknebeltes Geistesleben gegeben sind.

Auf den Aktionstagen '85 möchten wir über den Fortgang unserer Arbeit berichten und darstellen, wie wir insbesondere mit dem Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg versuchen, Mitarbeiterselbstverwaltung auf der Basis eines gewandelten Arbeits- und Geldbegriffs zu praktizieren. Selbstverständlich war und ist es nicht einfach, ein solches Vorhaben zu realisieren, noch dazu in wirtschaftlich zunehmend schwieriger werdenden Zeiten; auch über die Dornen auf unserem Weg soll gesprochen werden.

In diesem Sinne wünschen wir uns einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch, insbesondere auch mit Menschen aus anderen selbstverwalteten Betrieben und Projekten.

Ein ausführliches Programm senden wir Ihnen gerne zu, schreiben Sie uns: Aktion Dritter Weg, Schwanenwik 32, 2 Hamburg 76, Tel.: 040/22 30 47. (Siehe auch CONTRASTE Juni 85, Seite 12.)

BITTE MELDEN SIE SICH MÖGLICHST SOFORT AN!

Aktion Dritter Weg

Zum 5. Mal laden wir zu den „Aktionstagen" ein. Auf dieser jährlichen öffentlichen Arbeitstagung sprechen Mitarbeiter der Aktion Dritter Weg über die Grundlagen dieser Initiative und berichten sowohl ausführlich über die Praxis der in unserem Unternehmensverband zusammengeschlossenen Betriebe, als auch über die von uns initiierten politischen Initiativen. Die Aktionstage wurden von einer reinen Vortragsveranstaltung immer mehr zu einem Gespräch mit den Teilnehmern. In diesem Jahr geht es vor allem um die Schwierigkeiten, denen sich selbstverwaltete Betriebe in einem kapitalistischen Umfeld zu stellen haben. Aber es geht auch um die Frage nach den Möglichkeiten einer engeren Vernetzung selbstverwalteter Betriebe. Nicht zuletzt deshalb freuen wir uns besonders, daß wir nach Freiburg, Kassel (documenta), Berlin (Forum Kreuzberg) und Hamburg (Rudolf-Steiner-Schule Wandsbek) in diesem Jahr zu Gast in Oberursel bei der ASH Krebsmühle sind.

Das Foto zeigt Joseph Beuys bei seinem Vortrag 1983 im Forum Kreuzberg. Foto: Jochen Abeling

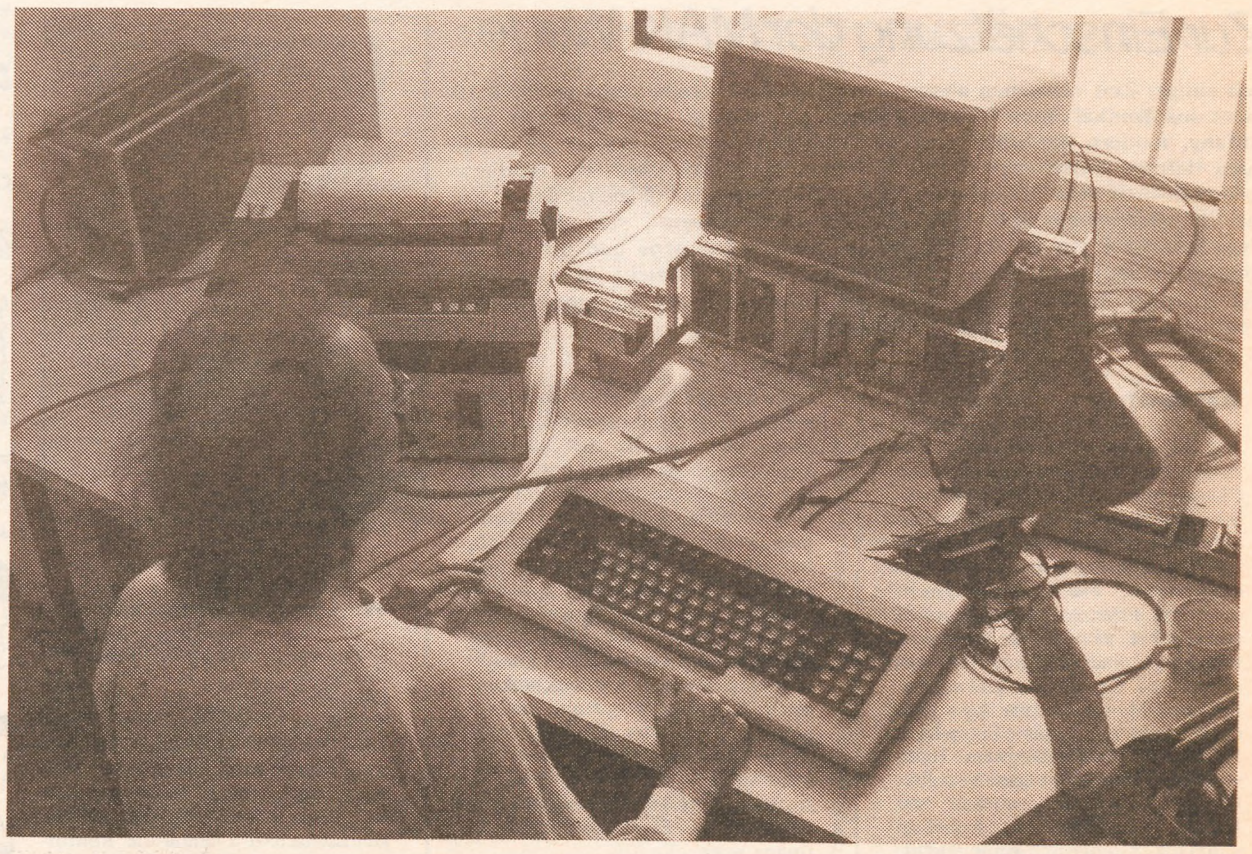


Foto: Jochen Abeling

CCS Mikrotechnik GmbH

Ein Mythos spielt mit

Hamburg (JAb) – **Wie ein roter Faden durchzog er die CONTRASTE ja schon: der „mythos" (Mikrotechnik-operating-system), das Mikrocomputersystem der CCS Mikrotechnik GmbH in Hamburg. Die Mikrotechnik GmbH ist eines der ersten Unternehmen, das aus dem Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg heraus gegründet wurde. Wie kam es dazu, was wird gemacht und wie ist das mit dem „mythos"?**

Ein spezieller Entwicklungsauftrag an die *CCS Compact Computer Systeme GmbH* wurde von Manfred Bergemann als freier Mitarbeiter bearbeitet. Da dieses Projekt ein neues Tätigkeitsfeld für CCS war, bot sich an, dafür eine eigene Firma zu gründen. Dies entsprach auch Manfreds unternehmerischer Initiative und so kam es 1979 zur Geburtsstunde der *CCS Mikrotechnik GmbH.*

Als 100%ige Tochter der CCS ist ihr Produktionskapital neutralisiert, da die *Stiftung der Interessengemeinschaft Dritter Weg e.V.* Eigentümerin von CCS ist. Damit gelten für die Mikrotechnik auch die anderen bekannten Grundlagen: Trennung von Leistung und Einkommen und die Mitarbeiterselbstverwaltung.

Manfred ist schon wieder einen Schritt weiter und hat die *HAUPT GmbH* gegründet, die sich um den Vertrieb von Mikrotechnik-Produkten kümmert, Textverarbeitungs-Dienstleistungen anbietet und EDV-Schulungen durchführt – über die HAUPT aber mehr in einer späteren CONTRASTE.

Unternehmen in Selbstverwaltung sucht Mitarbeiter/in für das Sekretariat

Unser Unternehmen CCS GmbH in Hamburg beschäftigt sich mit Datenverarbeitung (Systembau, -programmierung, -wartung und auch Beratung). Für unser Sekretariat suchen wir zum baldmöglichsten Eintritt eine/n Mitarbeiter/in.
Das Sekretariat ist das „Herz" des Unternehmens. Hier laufen die Fäden zusammen. Die Arbeitsaufgaben sind vielseitig und interessant. Erwünscht sind gute Englischkenntnisse.
CCS gehört dem Unternehmensverband der AKTION DRITTER WEG an. Daraus ergibt sich für die Mitarbeit die Anwendung der „Grundordnung" des Verbandes mit den folgenden wichtigen Regelungen:
Die Arbeitsaufgaben werden weitgehend autonom und eigenverantwortlich durchgeführt (projektorientierte Arbeit).
Das Einkommen ist bedarfsorientiert, es richtet sich *nicht* nach den Arbeitsaufgaben (Trennung von Leistung und Einkommen).
Jeder Mitarbeiter hat das Recht und die Pflicht in der Betriebsversammlung den Gesamtfortgang des Unternehmens mit zu gestalten und zu verantworten.
Schreibt und oder ruft uns an, falls Euch die Sache interessiert.

CCS
Compact Computer Systeme GmbH
Schwanenwik 32, 2000 Hamburg 76
Tel.: 040-220 20 58 oder 22 69 36

Compact Computer Systeme GmbH CCS

Die Mikrotechnik startete mit zwei Mitarbeitern, aber schon bald kam es zu einem wahren Einstellungsboom und so waren es nach anderthalb Jahren 20. Viele davon waren allerdings Studenten, die keine volle Woche mitarbeiteten. Dennoch war, so der heutige Geschäftsführer Klaus Westphalen, eine Gesundschrumpfung unvermeidlich. Heute besteht die Crew – recht konstant – aus 6 Personen, darunter ein Auszubildender zum Informationselektroniker.

Das oben erwähnte erste Produkt der Mikrotechnik ist das Kassettenterminal MDC, ein Massendatenspeicher, der – als ein wichtiges Einsatzgebiet – alte Lochstreifensteuerungen in Werkzeugmaschinen ersetzt, eine rein industrielle Anwendung also. Das Gerät wurde bis zur Serienreife entwickelt, jetzt wird die Grundversion jeweils an die speziellen Anforderungen der einzelnen Anwender angepaßt. Die Serienproduktion erfolgt bei der *CCS-Sommer GmbH* in Göppingen. Mikrotechnik erhält dann für jedes gefertigte Gerät eine Lizenzgebühr.

Das MDC ist nach wie vor der Renner der Mikrotechnik. Zusätzlich auf dem Markt ist das Floppy-Terminal MFT, das vielleicht einmal das MDC ganz ablösen wird.

Ein weiteres erwähnenswertes Produkt ist ein „intelligenter Hardware-Spooler", ein sehr nützliches Gerät, mit dem z.B. an einen Drucker mehrere Computer angeschlossen werden können. Oder an einen Computer mehrere Drucker. Und natürlich auch mehrere Computer an mehrere Drucker...

Brandneu ist ein Texterfassungs-Terminal mit Floppy-Speicher, mit dem Texte dezentral erfaßt werden können, z.B. im Satzbereich.

Zeitweilig wurden diese Entwicklungen über den VDI vom Bundesministerium für Forschung und Technologie „zur Förderung von Mikroelektronik" finanziell unterstützt.

Neben dieser Entwicklung eigener Produkte werden jetzt auch immer mehr Auftragsentwicklungen für Fremdfirmen ausgeführt.

Und wo bleibt da der „mythos"?

Wer sich unter diesem System einen Home-Computer vorstellt, an dem er allabendlich „Paceman" oder „Space Invaders" spielen kann, liegt falsch. Denn es handelt sich um ein *System*, das nicht in Serie produziert, sondern vorwiegend für die eigenen Entwicklungen eingesetzt wird. Es ist eine Art Laborsystem, das aber auch für spezielle Datenverarbeitungsaufgaben eingesetzt wird. So können z.B. die mit dem Erfassungsterminal erfassten Texte auf dem „mythos" bearbeitet und dann direkt – auf neudeutsch: online – in eine Fotosatzanlage geschickt werden. Für Standard-Aufgaben wird ein PC aus der Großserie eines Fremdherstellers eingesetzt.

Also: bei CCS Mikrotechnik spielt ein „mythos" mit, aber er spielt nicht die erste Geige.

Zur Einschätzung der MAK-Werte:

Seit einiger Zeit versuchen einige alternative Druckereibetriebe in der BRD Licht ins Dunkel ihres Chemie-Alltages zu bringen. Daß nicht nur aller Anfang, sondern vor allem auch das Weitermachen sehr schwer ist, wurde beim tieferen Einarbeiten in die Materie schnell klar. Objektive, fundierte Informationen sind Mangelware und selbst potentiell Gleichgesinnte wie die Berufsgenossenschaft oder das Umweltbundesamt, sind durch ihre Verquickungen mit der Lobby der chemischen Industrie und ihr wohlgesinnten (abhängigen) Wissenschaftlern mit großer Vorsicht zu behandeln. Ein trauriges Beisoiel hierfür liefert die Geschichte von Dr. med. Gerhard Lehnert, „Professor für Unbedenklichkeiten".

Was geschah

Am 17. November 1953 ereignete sich auf dem Werksgelände des Chemie-Multis BASF (auch Hersteller vieler Materialien für die Druckindustrie) in Ludwigshafen ein Unfall bei der Produktion von Trichlorphenol, einem Ausgangsprodukt des Pflanzenvernichtungsmittels 2,4,5 T. Nur die Geistesgegenwärtigkeit eines Hilfsmeisters bewahrte die Großstädte Ludwigshafen und Mannheim vor dem gleichen Schicksal, das Jahrzehnte später die norditalienische Industriestadt Seveso erleiden sollte. Über 50 Arbeiter wurden mit Dioxin vergiftet, ihr Schicksal jahrelang systematisch verheimlicht. Zuviel stand für die Chlorchemie auf dem Spiel, wenn sich der Krebs-Verdacht des Seveso-Dioxins bestätigen sollte.

So verwunderte es nicht, daß der damalige behandelnde Arzt des städtischen Krankenhauses, Dr. Thiess, am 1. Januar 1954 in den Konzern wechselte und dort zum Direktor des werksärztlichen Dienstes aufstieg. Die von ihm erstellten Krankenbilder der Dioxinopfer sollen heute nicht mehr auffindbar sein.

Vor allem dem englischen Autor Alistair Hay war es zu verdanken, daß spätere Studien von Thiess der breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden. Darin wurde eine erhöhte Krebshäufigkeit bei den Betroffenen festgestellt. Die Häufigkeit des Magenkrebses war „beträchtlich größer als erwartet und könne nicht als reines Zufallsprodukt abgetan werden..."

Was daraus gemacht wurde

1981 erhielten die beiden Hamburger Arbeitsmediziner Lehnert und Szadkowski von der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in Heidelberg den Auftrag, ein Gutachten über einen an Lungenkrebs erkrankten ehemaligen BASF-Arbeiter (Opfer des Unfalls von 1953) zu erstellen.

Im November 1984, also 3 Jahre nach Auftragserteilung, legten die beiden Mediziner endlich ihr Gutachten vor. Ergebnis: Es besteht kein Zusammenhang zwischen TCDD (Dioxin) und Krebs. Eine generelle Einstufung von TCDD als Berufskanzerogen könne beim gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse nicht begründet werden.

Um den in den Thiesschen Vorstudien eindeutig belegten Krebszusammenhang zu leugnen und die Einstufung von TCDD als krebserzeugender Stoff zu verhindern (was zu einer folgenschweren Klagelawine gegen die chemische Industrie hätte führen können), griffen die „Unbedenklichkeits-Professoren" zu statistischen Tricks. So wurde der Gruppe der 75 Arbeiter kurzerhand eine weitere von 78 Personen zugeschlagen, ohne dies zu begründen. Dann teilten sie die neue Gruppe nach einer angenommenen Explosionsintensität in Untergruppen auf. Da aber niemand die Intensität kennen konnte, mußte diese Unterteilung willkürlich sein. Weitere Mängel des Gutachtens waren einfache Rechenfehler oder fehlende Angaben, auf welchen Zeitraum sich die Studie bezog. Trotz aller Eingriffe gab es Untergruppen, die mit 95%iger Wahrscheinlichkeit auf einen Zusammenhang zwischen Krebserkrankungen und Dioxin-Vergiftung hindeuteten. Lehnert wies allerdings solch einen Zusammenhang mit den Hinweis zurück, daß bei anderer Aufteilung derselben Gruppe keine signifikanten Ergebnisse mehr zu finden seien.

Und noch eins drauf: Schon die Studien des Dr. Thiess waren geschönt. So wurden die an den Aufräumungsarbeiten beteiligten Fremdarbeiter schlichtweg gegen BASF-Mitarbeiter ausgetauscht und die Zahl der ursprünglich beim Unfall Beteiligten von 53 auf 75 erhöht.

Weitere Karrierebilder

1981 hatte der Werksleiter der Firma Böhringer (Chemie) über Lehnert notiert: „Auch bei der Verteidigung der Produkte Lindan und T-Säure hat Herr Lehnert stets wirkungsvoll auf unserer Seite gestanden". Eben dieser Lehnert soll jetzt im Auftrag der Berufsgenossenschaft Chemie die Böhringer-Arbeiter auf Erkrankungen und Krebshäufigkeit durch die dioxinverseuchten Produktionsprozesse von Lindan und T-Säure untersuchen. Na also.

Lehnert/Szadkowski waren auch die Kronzeugen bei der Dioxin-Anhörung im Bundestag im März dieses Jahres. Aufgrund ihrer manipulierten Gutachten stellten sie fest, daß eine kanzerogene Wirkung von TCDD beim Menschen nicht bestätigt worden wäre.

„Krebsrisiko ungeklärt" schallte es darauf durch den deutschen Medienwald.

Lehnert wurde jüngst zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin gewählt und hat seinen etwa 15 lukrativen Posten **(siehe Kasten)** einen weiteren hinzugefügt.

Er ist u.a. ein Vertreter in der MAK-Kommission, die die zulässige Arbeitsplatzkonzentration gefährlicher Arbeitsstoffe festlegt (mir wird ganz schlecht!).

Ein solches „Karrierebild" zeigt für die alternativen Druckereien die Notwendigkeit, eigene Labore einzurichten, unabhängige Chemiker zu finden und vor allem immer und jederzeit mißtrauisch zu sein.

tille, windhueter kollektiv

PS: Die Fakten entstammen der taz vom 27.6.85, die sich auf Recherchen des Rechtsanwaltes Dohmeier bezog, der einige überlebende BASF-Arbeiter vor Sozialgerichten vertritt.

Die Ämter des Dr. med. Gerhard Lehnert, „Professor für Unbedenklichkeiten"

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
- Ärztlicher Sachverständigenbeirat Sektion „Arbeitsmedizin"
- Ausschuß für gefährliche Arbeitsstoffe Repräsentant der Wissenschaft
- Untersuchungsausschuß der Arbeitsmedizin (Vorsitz)

WHO – Weltgesundheitsorganisation
- Temporary Adviser

Europäische Gemeinschaft
- Sachverständigentätigkeiten im Auftrage der Bundesregierung

Deutsche Forschungsgemeinschaft
- Senatskommission zur Prüfung gesundheitsgefährlicher Arbeitsstoffe
- Arbeitsgruppe „Aufstellung von Grenzwerten in biologischem Material"
- Fachgutachter für Sozial- und Arbeitsmedizin

Gesundheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
- Sachverständigenkommission für Umwelttoxikologie

Bundesärztekammer
- Arbeitskreis Gesundheitsschäden durch Umwelteinflüsse

Ärztekammer Hamburg
- Ausschuß Arbeitsmedizin

Deutsche Gesellschaft für Arbeitsmedizin e.V.
- Vorstandsmitglied
- Kommission für Fragen der Qualitätsicherung in der Arbeitsmedizin
- Ethik-Kommission

Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V.
- Arbeitsmedizinischer Beraterkreis

Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen
- Fachgruppe Arbeitsmedizin
- Fachgruppe Sozialmedizin

Akademie für Arbeitsmedizin Berlin
- Kuratorium

Forschungsgesellschaft Arbeitspsychologie und Arbeitsschutz e.V., Dortmund
- Kuratorium

Aus unserem beliebten Fortsetzungsroman:

Und immer, wenn du denkst, es geht nicht mehr...

geht es doch immer so weiter

Unterstützt den Rassismus: Kauft Waren aus Südafrika!

Oh mann, ist das wieder ätzend heute. Ausflockende Feuchtwalzen, Tonstreifen ungeklärter Herkunft und ein Passer wie im jugoslawischen Zeitungsdruck sind die Probleme, die die Welt am Mittags-

tisch bewegen. Alle wollen sie unser Bestes, aber das kriegen sie nicht.

Man will ja, doch doch, durchaus, was interessieren uns unsere Sprüche von gestern – aber sind wir doch mal ehrlich, wer kann das schon geben. Das Leben im Spätkapitalismus (hallo, tille) ist verzwickt und wir mit ihm:

A's letzte Therapiestunde eröffnete ihr einen schrecklichen Blick in gähnende Abgründe, das will erst mal aufgearbeitet sein im hier und jetzt,

B's Schwangerschaftsdepressionen sind vom ungeahnt scheußlichsten,

C's WG wünscht plötzlich wenigstens seine konzentriert aufmerksame Anwesenheit und weigert sich aus heiterem Himmel, auch noch am Wochenende seine Beziehungsprobleme mit der neuen Druckmaschine mitfühlend anzuhören,

D's permanente Unausgeschlafenheit infolge angeblich unverzichtbarer und nächtlicher politischer Betätigung gegen den weltweiten Imperialismus läßt ihm jeden Flächendruck zum Sternenhimmel geraten (schwere Identitätskrise, möcht' ich mal sagen),

E's – na und so weiter.

Haltet die Welt an, F. will aussteigen!

Jetzt reißt auch noch ein König, sorry, will sagen ein Kunde, die Tür auf und das in der Mittagspause! Gnade, soll das denn immer so weitergehen? Doch halt, was ist das, ist er nicht der G., Philosophiedozent an der Universität und hat

schon zu diesem und jenem hochinteressanten Thema... genau,

Mensch, da hab' ich doch neulich gelesen... nee nee, ganz falsch, das

war doch so und so... doch, ja, richtig... donnerwetter, ist ja echt

interessant, vielleicht hätt' ich doch an die Schule gehen sollen... Hach,

spannend, und wir sitzen hier zwischen unseren diversen Jungunter-

nehmerstühlen, und was war das doch damals, irgendwie, als wir noch auf der Straße und voll überzeugt und so... ach ja. Nee komm, laßt euch doch nicht so hängen, gibt einem doch echt Auftrieb, mal wieder paar anregende Gedanken...

Mensch der Kopf liegt echt brach hier... was, das liest du auch gerade... heh, wollen wir nicht mal ne prima Postkartenserie starten, mal

was eigenes... genau, wozu ham wir eigentlich die Produktionsmittel, sollte doch mal nen Anfang sein, nicht das Ende. Oh gähn, jetzt fängt

die damit schon wieder an... Hört mal, ich hab' da grade ne klasse Idee, echt produktiv, immer diese Fixierung auf Gedrucktes, liest doch eh keiner mehr was, also, wie wär's mit nem Druckerzirkus! Was bitte?

Na ja, so mit jonglieren und Zauberpipifax und Straßenfest, Kommunikativ, die Menschen einander näher undsoweiter..

ist mir zu gewollt, muß ich sagen, aber vielleicht ein kleines Fest, hm, mit den Verkäuferinnen vom Supermarkt gegenüber, die sind bestimmt voll drauf

und dabei... also ich wär ja dafür, endlich mal Flugblattvordrucke zu machen, so zum Ankreuzen... apro-

pos, da fällt mir grad noch was ganz anderes ein, da kam vorhin einer, so'n kleiner Elektriker aus Rohrbach, der will 10.000 Werbe-Flugis drucken lassen für seine Kabelfern-

sehanschlüsse, ich dacht mir halt, Sommerloch, und irgendwie, naja...

Nein, bit-te, Pauls erster vollständiger Satz ist jetzt echt nicht angesagt, auch wenn er erst 2 und überhaubt ganz prima ist! Eigentlich find ich

die Sache mit den Postkarten ziemlich vorwärtstreibend, wie wär's denn mit: Freiheit für alle Gefangenen, zusammenmontiert mit... Leu-

te, laßt uns doch für die nächste CONTRASTE-Nummer einfach ein Preisausschreiben machen...

Oh Gott, das Chaos hier ist wirklich zum Kinderkriegen! Na ist doch

dufte, du und deine moralinsauer dogmatische Weltverbesserer-Mentalität, das ist hier nicht die RAF, ver-

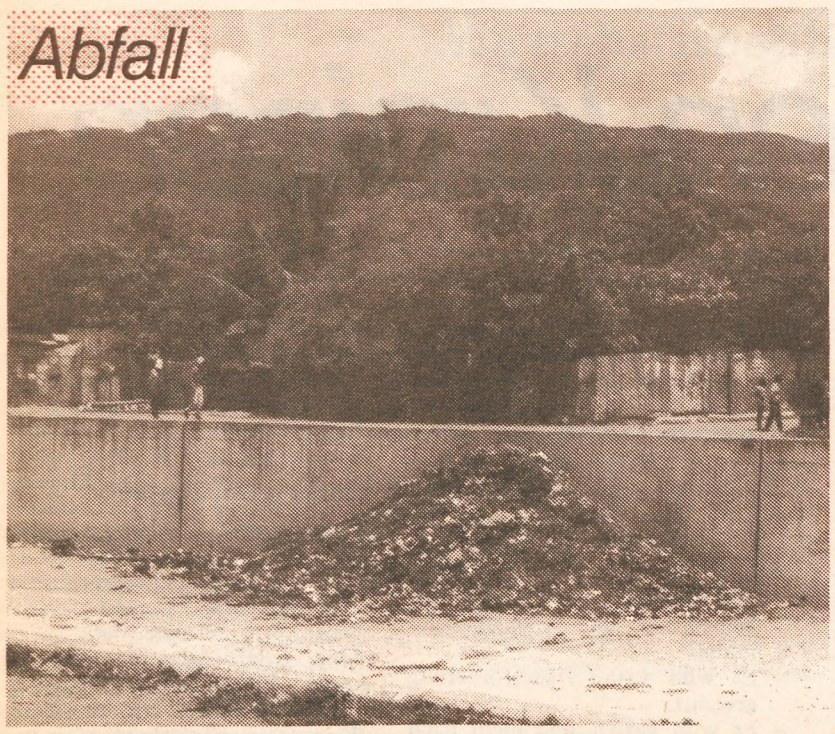
änder dich endlich mal! Mann, dein Schubladenwesen ist auch zum Kotzen... diverse Zweier- und Dreierdebattier-Clübchen haben sich eingeschossen –

Da öffnet sich die Tür erneut, die strukturellen Zwänge des Marktes betreten den Raum: Grüß Gott, ich will die Plakate für die Campingfreunde abholen... achgottdie müssenjanochgeschnittenwerden, himmel, ich hab das Waldsterben nicht gelüftet, achduscheiße, schon zwei, da kommt doch gleich der mit den Visitenkarten, nee, du, sagt H. grade am Telefon, Plakate zu Haftbedingungen drucken wir nicht mehr so gern, mußte schon verstehen, die ewigen Durchsuchungen von früher ... wie? Okay, wenn du bar bezahlst, na ja...

Der Philosoph lächelt die stehengebliebenen schmutzigen Teller an und sagt freundlich zu J.: Mit euch würd ich irgendwie gern tauschen. Ach weißt du, murmelt J. und macht sich dran, Vollstreckungsbescheide gegen die säumigen Kunden auszufüllen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Abfall



Viele Kläranlagen besitzen biologische Reinigungsstufen, in denen Bakterien den Abfall mit Sauerstoff umsetzen (oxidieren). „Biologisch abbaubar" bedeutet, daß die Bakterien einen Stoff verarbeiten können, ohne daran kaputt zu gehen. Das klappt nur, wenn

- genügend Sauerstoff da ist (Anreicherung mit Sauerstoff durch Einsprudeln)
- die Abfallmenge klein ist (geringe Konzentration)
- und der PH-Wert stimmt

Für uns bedeutet das: Vorausgesetzt, unser zuständiges Klärwerk hat eine biologische Reinigungsstufe (fragen!) und unser Produkt ist biologisch abbaubar (siehe Datenblatt!), können wir es in den Abfluß schütten – aber stark mit Wasser verdünnen, und der PH-Wert muß neutral sein (Meßstreifen aus Apotheke).

Wir können, müssen aber nicht. Am besten ist: so wenig wie möglich ins Abwasser!

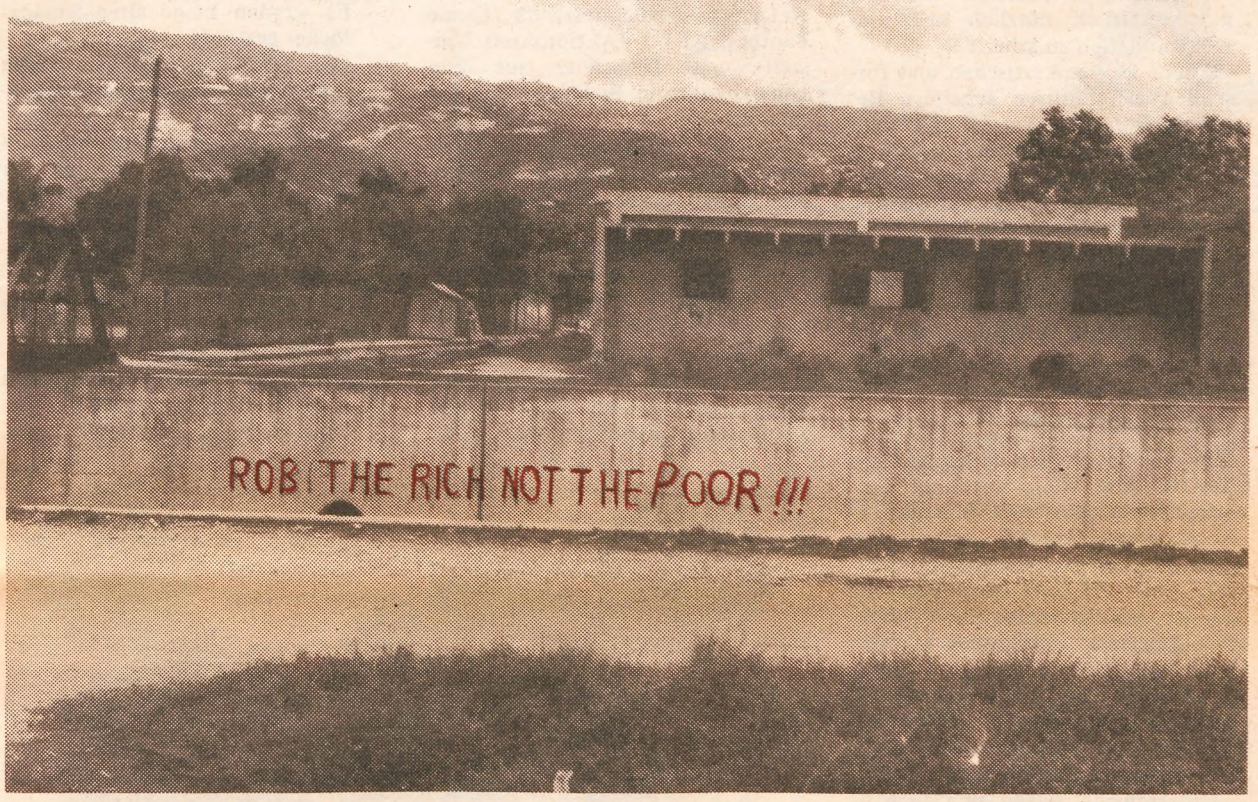
Nicht ins Abwasser dürfen:
- CKWs (PCB, Tri, Di)
- Schwermetalle,
- Abschwächer, Verstärker,
- Chromathaltige Schichten von Druckplatten
- Reiniger, Farben

Diese Stoffe zerstören die biologischen Reinigungsstufen.

und

- **CKWs** werden abgeschafft
- **Fixierer** und **Abschwächer** werden zu Entsorgungsfirmen gegeben. Dafür gibt's einen Entsorgungsnachweis mit Angaben zu Menge, Zusammensetzung, Vernichtungsart, Preis.
- **Reiniger** und **Farben** bleiben im Leichtstoffabscheider hängen. Alter Reiniger aus Rakelkästen wird mit den Putzlappen zur Reinigungsfirma gegeben. Hier werden die Stoffe nach dem Auswaschen meist chemisch ausgefällt. Erkundigt Euch, wo und wie das gemacht wird.
- **Alte Farben ohne** Lösungsmittel trocknen ein und kommen zum örtlichen Sondermüll.
- Nicht ins Wasser sollten **Entwickler** für Filme und Platten. Am besten sind hier Entwicklungsmaschinen, weil in denen der Entwickler optimal ausgenutzt und zudem abgequetscht wird. In Ba-Wü ist die Einleitung ins Wasser **noch** erlaubt (bis 1.000 ltr. pro Jahr), falls die biologische Stufe groß genug ist. Besser ist aber die Weitergabe an Entsorgungsfirmen.
- **Plattenentwickler** für Positiv Diazo-Platten (Taurus, Arheidt) enthält nach unseren Messungen kein Cadmium, er könnte nach Neutralisation (mit Essig) ins Abwasser. Wir geben ihn auch der Entsorgungsfirma. Pro ltr. Entwickler müssen wir z.Zt. ca. 1/10 dessen zahlen, was wir für 1 kg Altfilm bekommen. Für Platten empfiehlt sich auch Maschinen- bzw. Küretten-Entwicklung, bei der überschüssiger Entwickler abgerakelt oder abgequetscht wird.

Beseitigung



Wer dies liest, ist doof!

Lösungsmittel für Farben

Sie können in zwei Gruppen geteilt werden:
– solche auf der Basis von CKWs
– Petroleumbenzine

Zu den CKWs gibt's einen Extra-Artikel, hier also nur zu der 2. Gruppe: Das sind die gebräuchlichen Reiniger: Böttcherin blau + rot, Formenreiniger, Walzenwaschmittel, Hydroclean, Testbenzin usw.

Sie werden aus Petroleum durch Destillation gewonnen. Petroleum ist ein Gemisch aus vielen verschiedenen Kohlenwasserstoffen, wobei jeder Stoff eine bestimmte Siedetemperatur besitzt, z.B.: Benzol 80°C.

Bei dieser Temperatur geht alles Benzol aus der Flüssigkeit in Dampf über – der Dampf wird aufgefangen, abgekühlt, das Benzol wird flüssig: wir haben Benzol ausdestilliert, d.h., es ist in der ursprünglichen Flüssigkeit nicht mehr drin.

So wird das Gemisch Petroleum in einzelne Teile (Fraktionen) zerlegt, und ein Teil ist unser Reiniger. Er ist keine chemisch reine Fraktion mit einem Siedepunkt, sondern ein Gemisch verschiedener Stoffe mit einem Siedebereich. z.B.: Polas Hydroclean Siedebereich 180° – 220°C.
oder: Petroleumbenzin (Merck) Siedebereich 40° – 60°C.

Durch eine schlechte Destillation kann der Reiniger Benzol, Toluol (Siedepunkt 111°C), Xylol (Siedepunkt ca 140°C) oder CKWs enthalten. Benzin von der Tankstelle enthält diese Stoffe und sollte daher für nix anderes als fürs Auto gebraucht werden.

Ein guter Reiniger ist also richtig destilliert, enthält keine CKWs, PCBs, kein Benzol, Toluol und Xylol. Falls die Angaben auf den Sicherheitsdatenblättern fehlen, fragt gezielt nach diesen Stoffen.

Entsorgung

Die Dichte (das spezifische Gewicht) der Reiniger liegt zwischen 0,6 und 0,7 (gramm pro qcm). Er ist also leichter als Wasser (1 gr pro qcm), d.h. er schwimmt im **Leichtstoffabscheider** (siehe extra-Kasten) mit der Farbe oben und gelangt nicht ins Abwasser.

Gesundheitsgefahren und Sicherheitsratschläge

Es wird über Hauterkrankungen und Allergien berichtet. Nichts gibt es über Schäden durch Einatmen der Dämpfe. Wir sollten also so vorsichtig wie möglich sein und Gefahren vorbeugen. Zu empfehlen ist:
– „guter" Reiniger ohne Verunreinigungen (s.o.)
– Handschuhe tragen
– für gute Lüftung sorgen
– an der Maschine Spritzflaschen benutzen, die beim Umfallen nicht auslaufen
– für verschiedene Reiniger verschiedene Formen oder Größen von Spritzflaschen wählen
– bei offenen Behältern auf Standfestigkeit achten, nur solche mit Schutzgitter verwenden, die von der Berufsgenossenschaft empfohlen werden
– Lagerung der Großmengen und gebrauchten Putzlappen (Deckel drauf!) außerhalb der Arbeitsräume in feuerfesten Metallbehältern
– in den Arbeitsräumen nicht rauchen, oder muß wirklich erst einer in die Luft gehen, bevor wir das sein lassen
– in der August-Nummer von „Tag für Tag" steht noch einiges zu diesem Thema .

Chlorkohlenwasserstoffe (CKWs)

„Di" = Dichlormethan, „Tri" = Trichloräthylen, Gummifrisch, Farbfresser, Solvin K, Deglazing Solvent, Anchorwash R 228, Eurowash, DDT, PCBs, chlorierte Dioxine (Sevesogift), Lindan (Mottenkugeln), Agent Orange.

CKWs sind fettlöslich, werden zum Teil im Körperfett gespeichert (DDT), schädigen die Leber und das Nervensystem (Nerven sind mit Fettgewebe isoliert), sind krebserzeugend und erbgutverändernd.

Alle Mittel mit CKWs sollten abgeschafft werden.

Wer's trotzdem benutzen will, sollte beachten:
– Die Mittel für Druckereien haben einen recht hohen Dampfdruck – das meiste verdunstet also, und wir atmen es ein. Also nur bei guter Lüftung benutzen, auf alle Fälle Handschuhe tragen.
– Keine CKWs ins Abwasser. Sie gefährden die biologischen Klärstufen, indem sie die Bakterien abtöten, und da sie schlecht abgebaut werden, bleiben sie im Wasserkreislauf.
– Putzlappen mit CKWs gesondert aufbewahren und gekennzeichnet zur Reinigung geben. Allerdings – eine Reinigung ist eh kaum möglich, zur Beseitigung müßten die CKWs mit weit über 1200°C verbrannt werden, und die Firma möcht ich erst mal sehen, die das macht.
– Und den/die Druckkollektivisten möcht ich mal sehen, der unsere schlauen Ratschläge befolgt.

Farb- und Oelabscheider

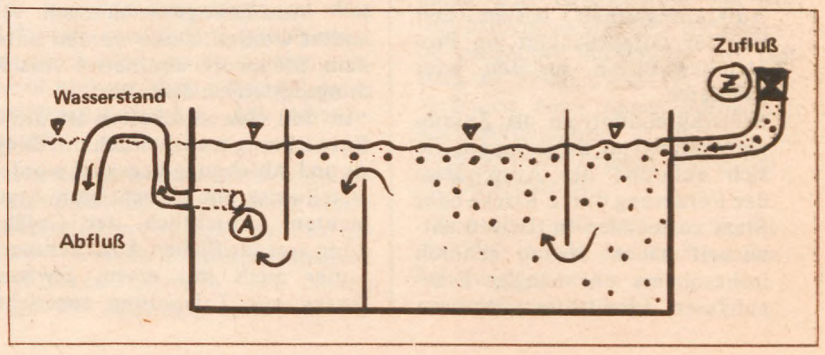
„Fett schwimmt oben" ist das Prinzip des Leichtstoffabscheiders, für uns wichtig beim Reinigen der Wischwalzen.

Das Farb-Wassergemisch durchfließt einen Tank (ca. 200 ltr), die Farbe nebst Reiniger sammelt sich an der Oberfläche (schwarze Punkte). Durch den Abflußkrümmer (links) wird der Wasserstand im Tank so festgelegt, daß das Abflußloch A immer **unterhalb** der Oberfläche und der Farbe liegt: sauberes Wasser fließt ab. Mit der Zeit bildet sich eine dicke Farbschicht, am besten mit einem Lochsieb abschöpfen und mit den sonstigen Farbresten entsorgen. Als Reinigungsmittel keine CKWs oder sonstige Kohlenwasserstoffe benutzen, möglichst solche auf Seifenbasis. Effektiv ist der Abscheider nur, wenn der Tank groß genug und die Zuflußmenge klein ist

..... Farb- und Oelabscheider

(Ventil Z regelt den Zufluß). Es gibt dann wenig Wirbelbildung und die Farbe kann in „aller Ruhe" aufsteigen. In der Kammer links über dem Abfluß sollte dann keine Farbe schwimmen. Eingebaut wird das ganze unter der Walzenwaschmachine oder dem Waschbecken.

Genaue Angaben über Größe, Bauart und Material haben wir noch nicht, daher die Bitte an alle, falls ihr einen Abscheider benutzt, schreibt uns Maße etc. (kleine Skizze), welche Reinigungsmittel ihr benutzt, wie das Ding arbeitet. Wir erkundigen uns bei Herstellerfirmen.



PREISVERLEIHUNG

wir gratulieren, herzlich und verschärft, den ebenso mutigen wie entschlossenen teilnehmern und rinnen des sommerpreisausschreibens. die wahrheitsfindung wurde in jeder einzelnen frage durch mehrheitsentscheidung herbeigeführt, was – wie im echten leben – zu teilweisen verschwommenheiten und ungeklärtheiten führte. immerhin wissen wir nun beispielsweise, daß „vup" zwar auch „very unbedeutend paper" ist, ebensowohl aber ein „völlig unbedeutendes preisausschreiben" als auch „viele unbekannte popel", oder ist es etwa „vagina und penis, ihr ferkel!"? nahezu einhellig abgelehnt wurde die herrschaftsform der monarchie, die frage der revolution jedoch wurde meist abschlägig beschieden als „ist eh out", im besten falle machbar mittels drucken von visitenkarten für linke anwälte. nun denn.

die preisgekrönte „frage aus leben" ist neben „wie lang soll das denn noch so weitergehen":
„muß liebe schön sein?"

verliehen werden an die sechs (in zahlen: 6) teilnehmer/innen:
- *eine packung jakobs krönung sowie eine tüte glitzernieten an petra s. aus heidelberg*
- *die gesammelten konkret-kolumnen von ulrike meinhof, eine zauberdruckmaschine mit löschtaste (marke klaus eigenbau) sowie eine schöne ansichtskarte aus dem italienurlaub an die druckwalze in heidelberg*
- *ein glas johannisbergelle an gerhard l. aus bonn*
- *ein geduldsspiel (marke klaus...) an johannes w. aus march-buchheim*
- *die von ihm gewünschte ebenrunde zuckerrohrschnaps mit uns allen im büro an einen nicht genannt werden wollenden drucker aus berlin*
- *sowie ebenfalls eine tüte glitzernieten + riesenluftballons an tille und die windhülters aus schorndorf, die unsere schwierigen fragen nicht beantworten mochten, dafür aber den artikel über die makmafia sandten.*

die jonglierbälle behalten wir, ätsch, jochen und heiner sind schon ziemlich fortgeschritten, annette bemüht sich, bei druckwalze wurden gar schon fliegende fackeln gesichtet – mutmaßlich wird die heidelberger fraktion das nächste druckertreffen mit einer zirkusnummer erheitern.

Alle Müllfotos aus dem Ghetto in Kingston/Jamaica
Alle Artikel außer Tilles von Klaus und oder Annette von Schwarzwurzeldruck
Alle Artikel ebenda hin:
Schwarzwurzeldruck GmbH
Rathausstr. 44
6900 Heidelberg
Tel.: (06221)373579

Gelder aus grünen Kreisen

Zahlreiche Pressevertreter (ausgenommen der Vertretung einer großen deutschen alternativen Tageszeitung) hatten sich zur Pressekonferenz der Grünen eingefunden. Die Veranstalter waren sichtlich erfreut über die umfangreiche Resonanz, warb doch H. Geißler gleichzeitig um Gehör bei der Presse.

Mit dem Versprechen, Abgeordnetendiäten nicht ausschließlich selber zu verbraten, führten die Grünen 1983 ihren Wahlkampf. Die Diskrepanz zwischen dem Durchschnittseinkommen eines Bundesbürgers und den Zuwendungen, die die Bundestagsabgeordneten erhalten (monatlich bis zu 17.362 Mark), ist beträchtlich, nach Ansicht der grünen Mandatsträger/innen erheblich zuviel.

Pressekonferenz der Grünen zur Thematik: Ökofonds.

Zudem sind die Grünen der Ansicht, daß ein unvergleichlich hohes Gehalt den Abgeordneten besticht, es fördert die materielle Abhängigkeit und macht sie unglaubwürdig. Deshalb haben die Grünen beschlossen, daß alle Abgeordneten ein monatliches Nettoeinkommen in Höhe von 1.800 DM erhalten (ausgerichtet am Facharbeiterlohn). Sonstige Zuschläge, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld werden pauschal mit monatlich 150 DM vergütet, so daß die monatliche Grunddiät 1.950 DM beträgt. Zusätzlich erhalten sie 500 DM je unterhaltspflichtige Person. Ein drittel der gezahlten Aufwandsentschädigung (zur Zeit 1.500 DM) verbleibt ohne Nachweis beim grünen Bundestagsabgeordneten. Die grünen Nachrücker/innen sind den offiziellen Mandatsträgern/innen gleichgestellt. Ein entsprechender Mehraufwand ist nur gegen Nachweis abrechenbar. Desweiteren haben sich die grünen Bundestagsabgeordneten zur jährlichen Offenlegung ihrer **Gesamteinkünfte** verpflichtet.

Die Anwendung oben aufgeführter Finanzregelung führt dazu, daß jede/r Abgeordnete/r monatlich ca. 5.000 DM spendet. Desweiteren erläuterte Axel Vogel (MdB und Treuhänder), daß die Grünen seit dem Eintritt in den Bundestag bereits 2,9 Mill. DM von ihren Diäten abgeführt haben. Der Großteil dieser Gelder (2,2 Mill.) wurde über die Länderökofonds weiterverteilt.

Die Ökofonds werden aber nicht nur aus der Abgabe der Diäten gespeist. Sie erhalten zusätzliche Einnahmen aus Parteigeldern der Grünen und Spenden der Landtagsabgeordneten, weil für diese die gleiche Regelung wie für die Bundestagsabgeordneten gilt. Ausgenommen hiervon sind nur die Feierabendparlamente (Bremen, Hamburg), die über geringere finanzielle Grundlagen verfügen.

Den reibungslosen Ablauf und die Durchführung der Spendenregelung gewährleisten 3 Treuhänder (Axel Vogel, Arnd Grewer und Birgit Meiners). Sie haben die Aufgabe, die gespendeten Beiträge gemäß eines Schlüssels an die jeweiligen Länderökofonds zu verteilen.

Die ÖKOFONDS-Ziele

Gertrud Ebbing und Heino Schomaker vom Ökofonds NRW (Geschäftsführerin) und Schleswig Holstein erläuterten die Ziele des Ökofonds. Unterstützt werden durch den Ökofonds der Grünen Projekte, *„die sich gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen einsetzen und Ansätze zu einer Neugestaltung unserer Gesellschaft entwickeln und aufzeigen wollen"*, so die Satzung des Ökofonds NRW.

In den Genuß dieser Förderung kommen insbesondere:

- Bürgerinitiativen, die wichtige Aufklärungsarbeit leisten und bei der Öffentlichkeit ein Problembewußtsein auslösen oder fundieren.
- Selbsthilfeinitiativen als Zusammenschluß von Betroffenen, die sich aufgrund des Ausschusses der Förderung durch Kirche oder Staat zu sozialen Initiativen entwickelt haben. Hierzu gehören insbesondere unabhängige Frauenhäuser, Arbeitsloseninitiativen und andere Projekte, bei denen die Betroffenen selbst bestimmen und nicht fremdbestimmt werden.

Desweiteren wurde deutlich gemacht, daß selbstbestimmte, nicht entfremdete Arbeit für die Grünen ein Programm der Zukunft darstellt. Dies schlägt sich ebenfalls nieder in dem Versuch vieler Menschen in sogenannten alternativen Betrieben gesellschaftlich nützlich und umweltfreundlich zu arbeiten.

Außer an bürokratischen und formellen Hemmnissen scheitern Betriebsgründungen von Kollektiven, selbstverwalteten Betrieben, Genossenschaften oder Betriebsübernahmen durch die Belegschaft häufig an fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten. Auch hier setzt die Förderung des Ökofonds ein, weil hier in Ansätzen vorgelebt wird, was die grün/alternative Bewegung bewirken will.

Zur Organisation

Mittlerweile existiert in jedem Bundesland ein völlig autonom entscheidender Ökofonds. Je nach Diskussionsstand ergeben sich in den Ländern unterschiedliche Strukturen und Förderungspräferenzen. Einige Fonds vergeben ausschließlich Zuschüsse (HH), andere vergeben satzungsgemäß überwiegend Kredite (NRW). NRW übernimmt beispielsweise keine Prozeßkostenzuschüsse, in Bayern ist dies jedoch durchaus praktikabel.

Unterschiede zeigen sich auch in der Struktur. Die meisten Ökofonds operieren landesweit. In Baden Württemberg werden 30 % der Gelder landesweit verteilt, während 70 % der Gelder über 4 Regionalbüros vergeben werden.

Bei Anträgen von bundesweiter Bedeutung arbeiten die Länderökofonds zusammen.

Die Entscheidung

In den Vergabeausschüssen ist ein breites Spektrum der grün/alternativen Bewegung vertreten. Die genaue Zusammensetzung ist von Land zu Land unterschiedlich. Gehört beispielsweise dem Ökofonds Berlin kein originär Grüner Vertreter/in an, beteiligt sich in Schleswig-Holstein ein Mitglied der Partei an den entsprechenden Beschlüssen, stellen die Grünen in NRW 50 % des Stimmenanteils. Die restlichen Stimmen teilen sich dort der BUND (Bund für Umweltschutz und Naturschutz Deutschland e.V. LV NRW), Netzwerk, Frauennetzwerk, Graue Panther, AKUT (Aktionskreis Umwelt- und Tierschutz aus dem Umweltzentrum Bielefeld) und das Bauernblatt.

Gertrud Ebbing und Heino Schomaker machten ebenfalls deutlich, daß es den Fonds nicht nur darauf ankomme, verantwortungsvoll die Gelder zu verteilen, sondern die Fonds leisten gleichzeitig ihren Beitrag für die Beratung und Vernetzung der Projekte.

Bei komplizierten Sachverhalten wendet sich der Ökofonds auch ratsuchend an erfahrene Projekte oder kompetente Einzelpersonen. Desweiteren wird eine enge Zusammenarbeit mit den regionalen Netzwerken angestrebt.

Gemeinsamkeiten

Obwohl die Vergabepraxis der einzelnen Ökofonds unterschiedlich ist, lassen sich eine Reihe Kriterien finden, die bei allen eine wesentliche Rolle spielen:

- Die Ökofonds leisten Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstbestimmung.
- Es wird keine Dauerförderung gewährt.
- Es wird gezielt und nicht nach dem „Gießkannenprinzip" gefördert.
- Die Projekte sollen Modellcharakter haben und in ihrem Bereich bzw. Region Initiativwirkung haben.
- Es werden keine alten Finanzlöcher gestopft.
- Die Ökofonds können keine staatlichen Aufgaben übernehmen.
- Die Projekte sollen in ihre Umwelt eingebunden sein, in der Regel werden keine Einzelpersonen gefördert.
- In den Gruppen sollen alle Beteiligten/Mitglieder über die gleichen Rechte verfügen bzw. selbstbestimmt arbeiten.
- Die Projekte müssen zur Kooperation mit anderen Projekten oder Initiativen bereit und an einer Vernetzung interessiert sein.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Brigitte Siegel, vom Verein für politische Frauenbildung, Aachen, erläuterte aus der Sicht einer Betroffenen die Notwendigkeit des Ökofonds.

Reaktionen, Zukunft

Nach diesen Darstellungen ergossen sich über die Vortragenden eine Flut von Fragen. Insbesondere war man neugierig über die formalen Dinge, d.h., Wieviel Mark spendet denn jede/r Abgeordnete/r ganz genau? Wieviel Geld haben die Ökofonds bundesweit zur Verfügung? Wieviel Arbeitsplätze wurden durch die Grünen Gelder eingerichtet? Wie hoch sind die Zuschüsse durchschnittlich? ... Darauf hatten sich die Veranstalter nicht so intensiv vorbereitet. Beantwortet werden konnte aber die Frage nach den Fraktionsgeldern (die fließen nicht in die Ökofonds) und ebenfalls wurde beantwortet, daß die von den Grünen gespendeten Beiträge im Rahmen der geltenden Steuergesetze einkommensmindernd angesetzt werden können.

Einige Dinge inhaltlicher Natur wurden problematisiert. So wurden die Beziehungen zum Netzwerk erläutert. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Ökofonds sich für ‚politischer' hält, wohl aber in jedem Ökofonds die Netzwerke Stimmrecht haben.

Die Ökobank wollen einige Ökofonds nicht unterstützen. Sie wird als interessante Ergänzung im alternativen Finanzspektrum angesehen. Favorisiert wird vom Ökofonds im Finanzierungsbereich die Direktkreditvermittlung, um deren Aufbau man sich in naher Zukunft verstärkt bemühen will.

Für die Zukunft wurde weiter angedeutet, daß der Modellhaftigkeit der Projekte mehr abverlangt wird. Die Förderung von einzelnen Projekten wird eingeschränkt zu gunsten von vernetzenden und über den projektinternen Tellerrand hinaus wichtigen Projekten (lt. Ökofonds-NRW).

Jupp Wiechers
(Geschäftsführer Ökofonds NRW)

Vor einer neuen Bildungskatastrophe?!

Die öffentliche Diskussion – auch in den Gewerkschaften – über die berufliche Bildung ist zu einer Frage der ausreichenden Ausbildungsplätze verkümmert.

Die eigentliche Bildungskatastrophe im Bereich der beruflichen Bildung steht uns aber erst noch bevor!

Dazu eine Problemskizze: Das System der beruflichen Bildung ist durch zwei Entwicklungslinien drastisch verändert, erstens findet eine zunehmende Abkopplung des Ausbildungs- vom Beschäftigungssystem statt, wie man an der Übernahmefrage deutlich sehen kann. Die Arbeitslosigkeit der 20 - 25 jährigen liegt bei ca. 14%. Hier liegen u.a. die Ursachen für die Entstehung eines zweiten Arbeitsmarktes.

Zweitens sind Formen und Inhalte der Berufsausbildung durch unterschiedliche Ansätze „experimenteller" Ausbildungsbemühungen verändert worden. Diese werden unter dem Stichwort alternative Ausbildungsinitiativen diskutiert.

In den Gewerkschaften ist dieser Entwicklung mehrheitlich mit Skepsis und Ablehnung begegnet worden – teilweise mit berechtigten Argumenten hinsichtlich der Gefährdung von tariflichen Absicherungen –aber auch mit einem gewissen Zwang zur Tolerierung angesichts massiver Ausbildungs- und Berufsnot. Eine solche halbherzige Haltung vergibt sich aber Chancen der Einflußnahme und der Veränderungsmöglichkeiten im Bereich der beruflichen Bildung.

In einigen DGB Kreisen haben sich Ausbildungsinitiativen entwikkelt, mit unterschiedlicher Beteiligung der Gewerkschaften. Hierin ist ein Ansatz zu sehen, die festgefahrene Situation zu verändern und Anregungen für die Berufsbildungsreform zu finden.

Was sind die Ursachen für diese Veränderung?

Technologische Basisveränderungen und eine starke Verschiebung der Beschäftigungsstruktur – weg vom produzierenden hin zum dienstleistenden Gewerbe – führen zur Auflösung bestehender Berufsbilder und den daran gekoppelten Beschäftigungsmöglichkeiten. Gerade im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien haben wir es mit einer Verallgemeinerung und Vereinheitlichung von Qualifikationen zu tun, die das bestehende Ausbildungssystem antiquiert erscheinen lassen. Zudem wandeln sich vor allem im Bereich der höher qualifizierten Beschäftigungsformen die Ansprüche an Arbeit und Beschäftigung.

Dieser Prozeß ist in den allgemeinen Trend des Wertewandels eingebunden, über dessen Ausgang nichts Definitives gesagt werden kann. Jedoch soviel: Die Arbeit selbst verändert sich und damit ihr Stellenwert für die Lebensplanung der Jugendlichen. Eine lebenslange festgefügte Berufs- und Arbeitsperspektive existiert nur noch für die allerwenigsten.

In dieser Umbruchsituation ist ein „zweiter Arbeitsmarkt" entstanden. Oberflächlich als Reaktion auf lang anhaltende Dauerarbeitslosigkeit, im Kern jedoch als eine nicht nur vorübergehende, sondern grundsätzliche Veränderung des gesamten Arbeits- und Beschäftigungssystems. Die Nahtstelle zur Berufsausbildung ist durch die sich seit 10 Jahren (!) verschärfende Frage der Übernahme gegeben.

Zugespitzt läßt sich sagen, daß hier eine gigantische Fehlqualifizierung anstelle einer Reform der beruflichen Bildung stattgefunden hat.

Werner Fiedler

FORUM: „Berufsausbildung und Entstehung eines zweiten Arbeitsmarktes" vom 02. 10. bis 04. 10. 85

Dieses Forum soll dazu dienen, die Diskussion um die Reform der beruflichen Bildung wiederzubeleben.

Angesichts von Ausbildungs- und Berufsnot der Jugendlichen hat sich die Frage der beruflichen Bildung auf die Frage nach ausreichenden Ausbildungsplätzen verkürzt. Andererseits ist absehbar, daß durch neue Technologien und gravierende Veränderungen am Arbeitsmarkt eine Reform dringend geboten ist.

Kritiker der beruflichen Bildung warnen gar vor einer neuen Bildungskatastrophe!

Das Forum bietet Gelegenheit, wichtige Veränderungen und notwendige Reformen mit Experten zu diskutieren. Dabei soll auf zwei Schwerpunkte eingegangen werden. Zum einen soll auf die zukünftigen Anforderungen und Qualifikationsentwicklungen eingegangen werden, die sich durch die neuen Technologien stellen und den damit zusammenhängenden Arbeitsmarktauswirkungen.

Zum anderen wollen wir uns auch mit „experimenteller Ausbildung" beschäftigen, wie sie in Ausbildungsinitiativen vorzufinden ist. Ausgehend von diesen Problembereichen wollen wir versuchen, Konsequenzen für die dringend anstehende Berufsbildungsreform zu ziehen.

Freistellungsregelungen liegen vor nach: Betr. VG § 37.7, BPersVG § 46.7; Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter; nach Bildungsurlaubsgesetz für Bremen, Berlin, NRW.

Anmeldung:
haus der gewerkschaftsjugend
Bundesjugendschule Oberursel
Königsteiner Straße 29
6370 Oberursel/Taunus
Telefon 06171/5 60 53 (54)

Wirtschaftspolitisches Programm der SPD Hannover

Alternativbock zum Gärtner machen?

Red. Bremen Während die AG-Staatsknete in Niedersachsen noch ums Grundsätzliche ringend den Generalangriff auf die Landtagsabgeordneten aller Parteien plante, beschloß der Heimatbezirks-Vorstand des SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder in Hannover zum Jahresende heimlich still und leise ein wirtschaftspolitisches Programm, das den Alternativ- und Selbsthilfeprojekten einen ungewohnt hervorragenden Platz einräumt.

Nur dem abgrundtiefen Mißtrauen der Projekte und ihrer Erfahrung beim Einrennen vermeintlich offener Türen ist es geschuldet, daß nicht mit Ovationen gedankt und wieder einmal der linke Flügel der SPD taktisch klug gestärkt wird. Es lohnt, sich an dem zweifellos progressiven Papiertiger abzuarbeiten, denn auch die Betonfabrik hat zum „Treffen der Gedanken-Gespräche mit Gerhard Schröder" am 22. Mai Thesen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vorgelegt. Darin ist von Selbsthilfeprojekten, lokalen Beschäftigungsinitiativen und selbstverwalteten Betrieben überhaupt nicht die Rede, wohl aber von Technologielücke, Mittelstandpolitik und vorausschauender Strukturpolitik für Großbetriebe. Wohin also will uns der Bezirk Hannover (und die dahinter steckende SPD-Schleswig-Holstein, Saarland, NRW, Bremen etc.) stecken?

Projekt im SPD-Programm ist wie Sahne im kalten Kaffee

Brav EG-terminologisch wird von „lokalen Beschäftigungsinitiativen" gesprochen. Sie sind nicht im Zielkatalog, wohl aber im Maßnahme-Köfferchen der SPD-Wirtschaftspolitik zu finden.

Was sagt das SPD-Wirtschaftsprogramm? Krisen-Check, schwarzer Peter

Die CDU hat an allem Schuld! Die SPD ist weit entfernt, aus ihren eigenen Fehlern zu lernen. Einige dieser Fehler haben die Reformruinen zur Heimstadt der neuen sozialen Bewegungen, d.h. auch der Alternativprojekte werden lassen. Wer über Projekte redet, muß über Sozialstaatsillusion, bürokratischen Zentralismus, Berufsverbotspraxis und wirtschaftstheoretische Ignoranz nachdenken und die Krise des Industrialismus bemerken. Vor allem müßte in der SPD an die Entstehungs- und Integrationsbedingungen ihrer eigenen Genossenschaften und „Vorgeldorganisationen" erinnert werden. Nichts davon! Sie hat ihre wirtschaftsdemokratischen Utopien noch verdrängt. Stattdessen wünscht sie sich mehr **Staatsintervention** anstatt CDU-Politik mit

- falscher Ansiedlungspolitik
- regionaler Fehlentwicklung
- mangelhafter Forschungs- und Technologiepolitik
- zunehmender Strukturschwäche
- Vernachlässigung natürlicher Ressourcen
- sinkende öffentliche Investitionen
- passive Beschäftigungs- und Sozialpolitik...

was im Prinzip ja auch alles stimmt. Aber was bringt's?

Neuorientierung der Strukturpolitik Arbeit und Umwelt – Jein binke!

Das neue Programmgemisch „Arbeit und Umwelt" wird in den alten Schlauch regionaler und sektoraler Strukturpolitik gegossen. Ganz trotzkistisch knöpft man sich dann die Schlüsselbereiche Energie, Verkehr und Technologiepolitik vor....

Es ist, als erfinde die SPD die Welt neu. Vor allem im Abschnitt „Umwelt- und Lebensbedingungen" wird die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft brutal vorangetrieben. Planungsgemeinschaften, Struktur- und Branchenräte, jede Menge Kommissionen und Beratungsstellen werden avisiert, aber keine einzige bestehende Institution der real existierenden Wirtschaft verändert. Wir werden somit keinen anderen, sondern einen vielfältigeren und vor allem mehr Staat bekommen, wenn, ja wenn die Rechnung der Programmstrategen aufgeht....

Gegenüber der langen und differenzierten Liste neuer Beschäftigungsfelder im öffentlichen Dienst beschleicht einen knurrige Skepsis. O.K. die 5000 Lehrer sollen eingestellt werden, aber was ist mit den Anpassungs- und Auswahlkriterien?

Arbeitsorientierte Wirtschaftsförderung = wirtschaftsorientierte Arbeitsförderung

Da tauchen die ‚Neuen Selbständigen, genossenschaftliche und kollektive Unternehmensgründungen' erstmalig in dem SPD-Papier auf. Es wird erwartet, daß sie „... neue Produkte und Dienstleistungen anbieten werden".

Sauber analysiert! Immerhin folgt daraus eine inhaltliche Festlegung des Wirtschaftförderungs-Fonds auf ökologische Modernisierungsvorhaben und die ausdrückliche Sicherung des Zugangs zu diesem Fonds für Projekte.

An dieser Stelle hätte die Erwähnung unseres gesonderten Projektförder-Fonds manch Mißtrauen zerstört.

Stattdessen wird der Gewerbeförderungs-Fonds, der bisher für Klein- und Mittelbetriebe unter 10 Mio DM (sic!) vorbehalten war, auch für Großbetriebe geöffnet. Ist das die wahre Chancengleichheit?

Für alle Größen gilt: Warum werden überhaupt Lohnarbeitsverhältnisse gefördert? Sie setzen doch die Kapitalförderung auf der anderen Seite voraus? Wer prüft deren Umwelt- und Sozialverträglichkeit?

Projektarbeit als „arbeitsmarktpolitische Maßnahme"

Nehmen wir Maß: Die Alternativprojekte als lokale Beschäftigungsinitiativen werden als ein gleichgewichtiger Faktor neben ABM-Maßnahmen, Aus-Weiterbildung sowie tariflichem „Arbeitsdienst" für Sozialhilfeempfänger beschrieben. Das ist zwar instrumentell gedacht, jedoch ein beachtlicher politischer Erfolg gegenüber der bisherigen Ignoranz. Aber: Alle 4 Maßnahmebündel werden parallel - und damit konkurrierend – entwickelt. Das hat zwar seinen praktischen Wert, wenn man die psycho-soziale Lage der wichtigsten Arbeitslosen-Fraktionen berücksichtigt. Aber die Gleichstellung führt nicht über den Teufelskreislauf von Lohnarbeit und Arbeitslosigkeit hinaus. ABM-, Umschulungs- und Arbeitsdienstmaßnahmen haben keine eigenständige ökonomische Moral, keine Perspektive jenseits gewerblicher Rationalisierung und Personalabbau im öffentlichen Dienst.

So drohen die im SPD-Bezirkspapier auf S. 38 vorgeschlagenen Korrekturen an „... der Phantasielosigkeit bei der Erfindung sinnvoller Arbeitsfelder", (z.B. kommunale Projektbank, ABM-Beratungsbüros, ABM-Landesprogramme etc.) sich zu einem undurchsichtigen Konkurrenzkuddelmuddel zwischen voll subventionierten d.h. institutionell abhängigen und den autonomen Selbsthilfeprojekten aufzumischen.

Zugegeben: Auf ABM-Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sind die Projekte heute angewiesen. Ein staatlich verordneter und bürokratisch verwalteter zweiter Arbeitsmarkt jedoch bedroht die Selbstverwaltungsprojekte mehr als daß er sie fördert. Es sei denn, den „bad jobs" wird soviel Autonomie zugestanden, daß sie sich ohne Sanktionen zu selbstverwalteten Projekten entwickeln können. Dies setzt allerdings Änderungen am Arbeitsförderungsgesetz, an der Verwaltungspraxis der Arbeitsämter und den Verzicht auf Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger voraus. Davon ist im SPD-Bezirkspapier keine Rede, wohl aber von „Landesförderungsprogrammen für kommunale Hoch- und Tiefbauarbeiten ... (die) mit der ABM-Förderung und zur finanziellen Entlastung ... der Kommunen gekoppelt werden." (S.38)

Vorberufliches Chaos: arbeiten und lernen im Sozio-Low-Tech-Bereich

Über den Status quo hinaus fällt der SPD hierzu nichts ein. Es ist unbegreiflich, warum die Hauptschulabschlußkurse nicht innerhalb des regulären Schulsystems geleistet werden können und warum die qualifikatiorischen Voraussetzungen für eine durchgreifende „ökologische Modernisierung der Produktion" nicht geschaffen werden. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Kindergarten zu verlagern ist ebenso unsinnig wie die „Low-Tech"-Philosophie bei der Ausstattung vorberuflicher Werkstätten. Voraussetzung für eine vollwertige Projektmitarbeit ist in aller Regel der Hauptschulabschluß und eine 3-jährige qualifizierte Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und natürlich möglichst unter genossenschaftlichen Arbeitsbedingungen.

Aus den Scherben des zusammenbrechenden Bildungssystems lauter „Behinderten-Projekte" auf niedrigstem technisch-organisatorischem Niveau zu zimmern, das lehnen sogar die Bildungsprojekte ab, die sich bisher auf diese Maßnahmen eingelassen haben.

Deshalb können auch die Forderungen der SPD nach einer Umlage-Finanzierung der Beruflichen Bildung voll unterstützt werden (S. 45 ff). Der Qualifikationsbedarf erfolgreicher Alternativprojekte dürfte flächendeckend auf Meister-Fachhochschulebene liegen. Dabei kommt es weniger auf die Zertifikate als auf die Bereitschaft – und die Möglichkeit! – zum politisch-fachlichen Lernen an.

Daß daraus einmal auch alternative Ausbildungsberufe entstehen können, zeigt sich bereits heute im ökologischen Landbau, in der Energietechnik, im Bio-Handel und in Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften, im Buchhandel und in Verlags-Druckereien, in Gaststätten und Beratungseinrichtungen.

Schließlich: Wo bleibt für die SPD die „ökologische Modernisierung der beruflichen Curricula, wo doch die mikroelektronische in vollem Gange ist?

Neue Unternehmertypen oder Projektgenossen?

Der Abschnitt über die Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen ist wegen seiner politischen Bedeutung ausgedruckt und mit einer alternativen Formulierungshilfe versehen. (Wahrscheinlich war's vergebene Liebesmühe!)

Wenig aufregend ist der terminologische Seiltanz zwischen den „technologie-orientierten Unternehmensgründern" der CDU/FDP und den „selbstverwalteten Wirtschaftsunternehmen" der SPD.

Der AK-Staatsknete in Niedersachsen hat von Anfang an Wert darauf gelegt, daß sich aufgrund unklarer Begriffe nichts mischt. Das schicksalhafte Abdriften so mancher Projektgenossen in kleinkapitalistische Gartenzwerg-Karrieren ist da Warnung genug. Er ist daher wild entschlossen, die Projekt-Prinzipien bei der Mittelvergabe möglichst vollständig zur Geltung zu bringen und die staatliche Aufzucht einer neuen autoritären Mittelstandsclique – und sei sie noch so technologisch und genial – zu hintertreiben.

Wer oder was hindert eigentlich die SPD daran, das auch so deutlich zu sagen?

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich
Redaktionsschluß
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Hass, Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag

Die Anzeigenpreisliste ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:
Harald Deerberg, Iske und Koll., Wulwestr. 25, 2800 Bremen
Tel.: 0421/ 7 20 93

Stattwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. 030/ 6 11 59 04

Blätterwald
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel
Tel.: 06171/7 80 12

Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg (Bremen), Jochen Reinalda, Karl Bergmann (Ffm), Peter Tejkl, Stefan Hackenthal, Dieter Poschen (Heidelberg), Hannelore Zimmermann (Ulm), Jochen Abeling (Seite Aktion Dritter Weg),

Herstellung
Zündsatz GdbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (06221) 1 34 02

Druck:
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 11

Vertrieb:
Jutta Gelbrich c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

Konto:
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr. 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning (Oktoberdruck), Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36
NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27
4010 Hilden
Rheinland-Pfalz:
Lebensgemeinschaft im Drohntal, Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merscheid
Baden-Württemberg:
Libellus-Verlag, Gerhard, Augustenstr. 82a, 7000 Stuttgart 1
Saarland:
Zukunftswerkstatt Saar e.V.
Alte Feuerwache, 2. OG.
Am Landwehrplatz
6600 Saarbrücken 3
Tel.: (06 81) 3 90 55 38
Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Sozialdemokratie und Selbstverwaltung

Sozialdemokratischer Hoffnungsfunke oder böses Irrlicht — Ein Bericht aus dem Saarland

Mit dem Regierungswechsel an der Saar glomm Hoffnung auf in den Reihen der Selbstverwalteten. Allerorten wird an Konzepten und Finanzierungsplänen gebastelt, werden neue Projekte geradezu aus dem Boden gestampft. Jetzt oder nie heißt die Devise, bald kommt der Tag, an dem im Saarland Milch und Honig fließen. Nun hat sich manch sozialdemokratischer Hoffnungsfunke schon als böses Irrlicht für die Linke erwiesen. Der folgende Beitrag nimmt unsere neuen Freunde mal etwas genauer unter die Lupe.

Optik
Wenn das Auge schlechter wird,
geht man näher heran,
um die Freunde zu erkennen.
Setzt eine Brille auf,
benutzt Kontaktgläser
und bemerkt
ganz nah
das Schwarze
unterm Fingernagel des Feindes.
Günther Eich

Zwei Einschätzungen zur Funktion der Sozialdemokratie

Gerade in ihrem Verhältnis zur Sozialdemokratie spaltet sich die deutsche Linke, wie so oft, in grob gesehen zwei Lager. Da gibt es die teils kommunistisch, teils anarchistisch sozialistischen Organisationen in der Nachfolge der antiautoritären Neuen Linken, die in der Sozialdemokratie im Allgemeinen die Inkarnation eines Verrats von welthistorischem Ausmaß sehen. Eine These übrigens, die sich sowohl im Weltmaßstab, als auch an der spezifisch deutschen Entwicklung von der Novemberrevolution über die Ostermarschbewegung bis hin zur Verabschiedung der Notstandsgesetze recht eindeutig belegen läßt. Diese Interpretation sozialdemokratischer Politik als ideologisches Intergrationsinstrument kapitalistischer Herrschaftsinteressen führt folgerichtig zu der Auffassung, daß der Kampf der Linken in erster Linie gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein muß. Auf der anderen Seite steht das Spektrum der DKP–KofAZ orientierten Gruppen, die die Sozialdemokratie zwar als objektive Agentur kapitalisitischer Interessen verstehen, auch die Integrationsmechanismen sozialdemokratischer Politik durchschauen, ihr aber keineswegs den „großen Verrat" vorwerfen. Das ist insofern verständlich, als dieses Spektrum, wenn es um die Niederschlagung libertärer, auf eine herrschaftslose Gesellschaft ausgerichtete Ansätze ging, oft genug gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie machte. Diese Gruppen unterstellen zumindest jenen linken Strömungen in der SPD, die sich als die sog. „dritte Kraft" bezeichnen, einen subjektiven Willen zu grundlegenden Reformen und versprechen sich von sozialdemokratischer Reformpolitik eine langsame Aushöhlung des kapitalistischen Systems bis zum Substanzverlust. Dem entsprechend eng ist auch die Bündnispolitik dieses Spektrums mit der SPD.

Im Arbeitskreis der selbstverwalteten Betriebe haben wir uns bisher erfolgreich um jede Auseinandersetzung zur Einschätzung sozialdemokratischer Politik gedrückt. Von der Erarbeitung gemeinsamer Positionen zum Thema SPD ganz zu schwiegen.

Die SPD – eine Partei mit zwei Gesichtern. Sozialdemokratische Reformpolitik.

So weit, so schlecht. Auch wenn der Arbeitskreis bisher politisch geradezu abstinent und manch ein Kollektivbetrieb nicht fähig oder willens ist, über den eigenen selbstverwalteten Müslitopf hinauszublikken, es dürfte Einigkeit darüber bestehen, daß ein kapitalistisches System, wenn es – etwa durch ein rapides Ansteigen der Arbeitslosigkiet – in Legitimationsschwierigkeiten gerät (s. Arbed Saarstahl), eine Erneuerung der Massenloyalität am ehesten durch die Sozialdemokratie, eine traditionelle Arbeitnehmerpartei, erreicht. Dabei gerät eine sozialdemokratische Regierung dann in die paradoxe Situation, den bestehenden kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen eine demokratische Massenlegitimation zu geben, indem sie sich gerade auf jene soziale Basis – die der Lohnabhängigen – stützt, deren Interessen den herrschenden Kapitalinteressen objektiv entgegenstehen. Die daraus resultierende

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Doppelgesichtigkeit der SPD hat ihren Ausdruck bereits in manch skurilem Reförmchen gefunden.

So stand etwa in den 70er Jahren das Thema „Vermögensumverteilung" im Mittelpunkt sozialdemokratischer Reformpolitik. Ein Abbau der Vermögenskonzentration sollte durch Sparförderung (624 DM Gesetz), Investivlohn und investive Gewinnbeteiligung angegangen werden. Das Resultat dieser „Vermögensumverteilung" bestand für Arbeiter und Angestellte in der Schaffung der Illusion, auf Kosten der Unternehmer an der Vermögensbildung beteiligt zu werden. Die Unternehmer erhielten dagegen auf dem Umweg über Banken, Sparkassen etc. durch Sparbeträge der Arbeitnehmer zusätzliches, weit gestreutes und deshalb leicht steuerbares Investitionskapital. Die Makrostruktur der Vermögensverteilung wurde auf diese Art also nicht einmal angetastet, geschweige denn aufgelöst. Sie wurde im Gegenteil durch die Illusion einer realen Umverteilung stabilisiert und im Sinn der herrschenden Kapitalinteressen ausgebaut. Als sich an der Basis leiser Unmut regte über diese Praxis der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand", appellierte übrigens die Gewerkschaftszeitung „das Mitbestimmungsgespräch" (Heft 2-3, 1971) in geradezu grotesker Weise an die vermögensbildnerische Geduld der Arbeitnehmerschaft: *„Auch die Krupps sind nicht von heute auf morgen zu Multimillionären geworden"*, heißt es da.

Beispiele für die traditionelle Kluft zwischen sozialdemokratischen Worten und Taten gibt es genug. So wurden die vor der Bundestagswahl 1969 gemachten Versprechungen, den Rüstungsetat langsam einzufrieren und zu senken, auf atomare Trägerwaffen zu verzichten, die gesamte Militärpolitik defensiv zu gestalten und Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa anzubahnen, nicht nur in keinem Punkt erfüllt. In der folgenden Periode einer SPD-FDP-Regierung wurde der Rüstungsetat im Staatshaushalt laufend erhöht, die ökonomische Machtstellung des Militärisch Industriellen Komplexes erst in dem Maße ausgebaut wie wir sie heute kennen, die Militärpolitik einer immer offener aggressiven NATO-Doktrin angepaßt.... Nie wurde in solch horrendem Maße aufgerüstet, wie in der Phase sozialdemokratischer „Entspannungspolitik" unter Willy Brandt.

Bringt Oskar uns den „anderen Fortschritt"?

Nun gut, was hat das alles mit dem Arbeitskreis selbstverwalteter Betriebe zu tun? Schließlich leben wir im Saarland und haben es hier nicht mit einem unüberschaubar monströsen Parteiapparat zu tun. Hier gibts (zumindest im Bewußtsein der „Alternativen") eigentlich gar keine SPD. Hier gibts Oskar. Und verhandelt wird nicht indirekt über irgendwelche Verwaltungsbürokraten mit dem Wirtschaftsministerium. Nein, verhandelt wird mit Hajo, den kennen manche noch aus der Mensa, oder mit Container Joe, den kennen wir noch nicht so gut. Dafür kennt und haßt der BBU ihn umsomehr.

Ja, er hat sich schon ein prima Image aufgebaut, unser neuer Landespapi. Das Wort Vater kommt einem bei diesem Wonneproppen wahrlich kaum über die Lippen. Nur einen Fehler hat er gemacht: er hat ein Buch geschrieben („Der andere Fortschritt", Hoffmann und Campe), bzw. wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, hat er es wohl eher schreiben lassen. Und das sollte man ihm zugutehalten. Auch wenn es ein übler faux pas ist, sich ausgerechnet bei einem Werk über Selbstverwaltung und die „Verantwortung des Menschen in seiner Arbeit" eines Ghostwriter zu bedienen.

Beim Lesen dieses Opus, das Günter Heipp in der Saarhexe (Mai 85) treffend als *„Konglomerat von einander ständig widersprechenden Zitaten irgendwelcher ‚Größen' der Weltgeschichte, die die SPD offenbar für sich in Anspruch nimmt."*, beschreibt, ging es mir ähnlich wie beim Verzehr von Zuckerwatte. Es schmeckt sehr süß, und wenn man richtig zubeißen will, hat sich die ganze Chose plötzlich in Nichts aufgelöst. Das Buch für sich allein gesehen, ist eines weiteren Kommentars nicht wert, ja es entzieht sich jeder ernstgemeinten Kritik durch seine unüberbietbare Phrasenhaftigkeit, ein Wortgeschwall, das nirgendwo Beziehung zur Realität herstellt und deshalb unangreifbar bleibt. Interessant wirds erst, wenn sich Gelegenheit bietet, Oskars literarische Ergüsse dem gegenüber zustellen, was er als Realpolitiker unter Genossen zum Thema „andere Arbeit" so zum Besten gibt. Auf dem SPD-Forum „Ausgrenzung in die neue Armut" Ende letzten Jahres sagte Oskar Lafontaine vor ca. 150 geladenen Gästen, meist Funktionären der SPD, der Kirchen, Arbeitsämter und Wohlfahrtsverbände, folgendes zum Thema Selbstverwaltung: *„In diesem Saarbrücker Beispiel* (gemeint ist die Saarbrücker Zukunftswerkstatt Saar) *kommen verschüttete Erfahrungen in Sicht, die zum ureigenen Beitrag der Sozialdemokratie gehören und die wir uns von der alternativ-ökologischen Szene nicht aus der Hand schlagen lassen dürfen."* und weiter *„Hier, in der Wiederbesinnung auf reiche sozialdemokratische Erfahrungen mit Arbeiterselbsthilfe und Genossenschaften wird das Unterscheidungsmerkmal zur alternativ-ökologischen Szene und zu den Grünen liegen."* (Wandersblatt, Jan. 85).

Wenn das mal keine klare Kampfansage an die Autonomie der Selbstverwalteten ist. Oder sollten wir auf der Suche nach Auswegen aus dem ökonomischen und sozialen Desaster dieses System etwa tatsächlich auf verschüttete Erfahrungen ureigenster sozialdemokratischer Konvenienz gestoßen sein und diese jetzt fälschlicherweise als unsere eigenen ausgeben? Ein Blick auf die Geschichte der Genossenschaften belehrt uns eines Besseren.

Die in der Mitte des letzten Jahrhunderts aus ökonomischer und politischer Not entstandenen proletarischen Produktiv- und Konsumgenossenschaften entwickelten sich parallel zu einer sozialdemokratischen Politik der Arbeiterorganisationen, die mit Selbsthilfe und Selbstverwaltung herzlich wenig im Sinn hatte. In der Regel wurden die Produktivgenossenschaften von der offiziellen Partei- und Gewerkschaftsführung nicht unterstützt oder standen sogar im Widerspruch zu ihr. Der Ansatz der Produktivgenossenschaften und damit die Selbstverwaltung wurde auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1910 entschieden abgelehnt. Lediglich zu einer Unterstützung der Konsumgenossenschaften hatten sich SPD und Gewerkschaften im Jahre 1905 durchgerungen, nachdem – entgegen der offiziellen Empfehlung – bereits ca. 1 Million Haushalte genossenschaftlich organisiert waren. Mit zunehmendem Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den Genossenschaften setzte dort eine Technologie- und Rationalisierungswelle ein, die selbst die kapitalistische Konkurrenz übertraf und auch vor sozialen Errungenschaften nicht halt machte. In den Produktivgenossenschaften mußte unter sozialdemokratischem Einfluß der Leitgedanke der Selbstverwaltung dem kapitalistischen Primat der Produktivitätssteigerung weichen. In den ursprünglich an Verbraucherinteressen des Proletariats orientierten Konsumgenossenschaften führte die spät einsetzende Unterstützung durch die Sozialdemokratie zur Erstellung der ersten Supermärkte. Kleinere Konsumvereine wurden diesen großen Zentralen als Filialen unterstellt. Nach 1945 haben DGB und SPD diese „dritte Säule der Arbeiterbewegung" schlicht und einfach vergessen. So finden sich auch im Godesberger Programm keinerlei Ansätze zur Wiederbelebung der Produktivgenossenschaften oder des Gedankens der Selbstverwaltung. Wiederbelebt wurden die genossenschaftlichen Prinzipien in Deutschland erst mit dem Entstehen der sog. „Alternativ Bewegung".

Tja, auch wenn es manchem Tränen in die Augen treibt – unser Oskar betreibt handfeste Geschichtsfälschung. Oder wer will da wem den Anspruch genossenschaftlichen Arbeitens und die Erfahrung kollektiver Produktion „aus der Hand schlagen"?

Fragt sich nur noch, warum er das macht, und was sich die saarländische SPD von dem jüngst begonnenen intensiven Flirt mit den Selbstverwalteten verspricht. Eine Antwort gibt uns Oskar selbst: *„‚Die selbstverwaltete Produktion' – so Andre Gorz –, wird sich überall dort entwickeln, wo der Gebrauchswert der Zeit sich als höher erweist als sein Tauschwert d.h., wo das, was man in einer bestimmten Zeit selbst machen kann, mehr Wert ist als das, was man sich kaufen könnte, wenn man dieselbe Zeit für Lohn arbeitete.' Damit wären die Grenzen der alternativen Genossenschaftsbewegung klar abgesteckt: In der Herstellung der allermeisten Gebrauchsgüter wird sie unser arbeitsteilig hochentwickeltes Wirtschaftssystem auch in Zukunft nicht ersetzen können."* Weiter bezieht er sich auf Claus Offe *„der eine praktische Dualwirtschaft gefordert* (hat), *in der die begrenzte Späre informeller Eigenarbeit institutionell anerkannt, gefördert, gesichert, ausgebaut und zumindest den gleichen Kriterien sozialer Gerechtigkeit unterstellt werden soll, die für den formellen Sektor der Wirtschaft gelten. Dem ist zuzustimmen. Wird auch der Beitrag der alternativen Produktionskollektive zur gesellschaftlichen Gesamtproduktion relativ gering bleiben, so ist doch die konkrete Utopie, die sie vorleben, von großer Bedeutung."* Wie schön für uns. Welches Konzept sich hinter dem Begriff der dualen Wirtschaft verbirgt, verrät er uns in seiner Rede auf bereits erwähntem SPD-Forum: Der sog. zweite Arbeitsmarkt (auch informeller Beschäftigungsektor genannt) wird *„noch eine unabsehbar lange Zeit"* **gebraucht**, und zwar zur *„Integration aller Arbeitslosen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht auf den formellen Sektor zurückfinden."* Er soll *„**Starthilfe** für den* **Übergang** *vom informellen in den formellen* (= traditioneller Arbeitsmarkt mit lohnabhängiger Arbeit) *sein."* Allerdings – so Lafontaine *„müssen wir dann auch diesen zweiten Arbeitsmarkt einer Reform unterziehen."* Und schließlich *„Die wirtschaftlichen Struk-*

Fortsetzung nächste Seite unten

Einige Vermutungen über die wahren Hintergründe des Wischnewski ~ Rücktritts

Eigentlich ist der Rücktritt eines hohen Parteifunktionärs, wie Wischnewski, kein Thema für CONTRASTE. Was interessieren uns die Machenschaften dieser Herren? Doch der Wischnewski-Rücktritt hat was mit dem „Fall Vorwärts" zu tun. Gab Wischnewski den „Vorwärts" als einen der Gründe für seinen Rücktritt an und war er doch schließlich Mitglied der Kommission, die die Wirtschaftlichkeit des „Vorwärts" begutachten sollte. Der „Vorwärts" wiederum führt seit Monaten eine Selbstverwaltungsdiskussion und die Belegschaft ist bereit, den Betrieb auf genossenschaftlicher Basis zu übernehmen. So läßt sich vermuten, daß der Wischnewski-Rücktritt auch im Zusammenhang mit den Selbstverwaltungsüberlegungen des „Vorwärts" steht, oder sogar mit der Renaissance genossenschaftlicher Ideen in der SPD.

Wir haben uns umgeschaut in den Gerüchte-Küchen und Klatsch- und Tratsch-Ecken der Republik und der Ablauf der Ereignisse stellt sich uns jetzt wie folgt dar:

Still und heimlich – fast unbeachtet von der Öffentlichkeit – sind im Frühjahr dieses Jahres die Mitarbeiter der SPD-Zeitung „Vorwärts" überfallen worden. Natürlich nicht gewaltsam, sondern mehr im übertragenen Sinne. Überfallen wurden sie von der Selbstverwaltungsidee. Obwohl jahrelang anständige Arbeitnehmer, reden inzwischen fast alle Vorwärtsangehörigen ständig von Selbstverwaltung und Genossenschaft. Dies mußte die SPD – und besonders deren Spitze als Angriff auf die sozialdemokratische Programmatik verstehen. Also wurde zugleich ein Krisenstab eingerichtet, unter Leitung des Überfall-Befreiungsspezialisten Wischnewski – viele kennen ihn sicherlich noch als „Ben Wisch".

In diesem Krisenstab sollten nun die Strategien zur Befreiung der Vorwärts-Leute von den Selbstverwaltungsdoktrinären ausgeklügelt werden. Keine einfache Aufgabe und Wischnewski's alte Mitstreiter sind für den Vorwärts-Einsatz völlig ungeeignet – sollte doch diesmal keiner freigeschossen werden. Doch ein altes Rezept konnte wieder hervorgekramt werden: die Konstituierung einer Spezialtruppe, der Anti-Selbstverwaltungsgruppe (ASG '85). Diese ist in der Öffentlichkeit als „Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen" bekannt geworden. In diesem Spezialteam sollten nun einzelne Befreiungsaktionen vorbereitet und durchgeführt werden. Ziel war, ohne öffentliches Aufsehen, die Vorwärts-Belegschaft aus den Klauen der Selbstverwalter zu befreien. Doch dieser Spezialgruppe fiel nichts rechtes ein, wie die Vorwärts-Leute wieder auf den richtigen sozialdemokratischen Weg geholt werden sollten.

Auf einem Geheimtreffen der SPD-Spitze im Juni, schlug Wischnewski – als under-cover-Strategie – vor, Kontakt mit Selbstverwaltern aufzunehmen, um herauszukriegen, worin die Belagerungstaktik besteht. Flankierend dazu, solle sich die SPD liberal-selbstverwaltungsbewußt geben, um exponierte Selbstverwalter auszuchecken und diese dann „einfangen". Dann würde man den Selbstverwaltern ein Tauschgeschäft vorschlagen.

„Ein genialer Streich", wie Willy Brandt meinte und ein erneuter Beweis, daß Wischnewski „unser Mann fürs Innenministerium sei" (Rau). Und Jochen Vogel ließ sich zu einem „sehr gut, sehr gut, Hans-Jürgen, setzen" hinreißen.

Also schickte man den inzwischen mit linkem Image behafteten Klose los, seine Fühler auszustrecken. Es gab die geplante Annäherung an die Selbstverwalter, überall in der SPD tönte der neue „Genossenschaftsruf" und Vogel wiederholte brav bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit, daß der „Genossenschafts-Gedanke neu belebt werden müsse". Einige Kanaler wurden auch schon unruhig, doch Wischnewski konnte sie beruhigen. Und dann geschah etwas Unvorhersehbares: Die Selbstverwalter – doch hinterlistiger als Ben Wisch dachte – überfielen mit ihren Selbstverwaltungsideen auch die ASG, damit war die Genossenschaftsgruppe ausgeschaltet.

Dieser Schlag war hart, aber Wischnewski ist von härterem Kaliber, als daß er aufgeben würde. Er hatte sich bereits einen neuen Coup überlegt. Über drei Ecken war ihm geflüstert worden, daß es inzwischen eine Zeitung für Selbstverwaltung, genannt „CONTRASTE", gibt. Es war ihm weiter gesteckt worden, daß CONTRASTE ebenfalls in einer finanziell mißlichen Lage ist und sehr SPD-freundlich berichtet. Er dachte nun daran, den „CONTRASTLERN" ein Sanierungsangebot zu machen (was weit billiger käme, als den „Vorwärts" wieder hochzupäppeln) und sie dann zur SPD-Zeitung zu machen. Ein leichtes, wenn die erstmal vom SPD-Geld abhängig sind, dachte er sich.

„Mein lieber Hans-Jürgen, ich wußte, Du bist nicht unterzukriegen", frohlockte Willy Brandt. Johannes Rau strahlte und versprach ihm das Presseamt. Fraktionsführer Vogel – inzwischen etwas vorsichtiger – ließ durch seinen Referenten mitteilen, daß er (Wischnewski) sich seine Hände nicht schmutzig machen sollte. Doch für Wischnewski lag das Problem ganz woanders. Wer ist eigentlich für „CONTRASTE" verantwortlich? Da scheint mal wieder ein typisch alternatives Chaos dahinterzustecken – muß er sich gedacht haben. Also rief er zunächst die Redaktionen durch. In Bremen meldete sich eine obskure Versicherungsvermittlung, in Berlin hatte er die Stadtwerke am Draht und erst in Frankfurt meldete sich tatsächlich jemand mit „CONTRASTE". Seine Frage, ob „CONTRASTE" eine Finanzspritze gebrauchen könnte, konnte jedoch dort auch nicht beantwortet werden. Für die Finanzen seien die Berliner zuständig. Und was die redaktionelle Linie anginge, so sei man immer noch auf der Suche – nach der Linie. Wenn er eine findet, soll er doch bitte Bescheid geben. Sichtlich frustriert warf Wischnewski das Handtuch. Denn - so sinnierte er – wo es keinen Chef gibt, gibt es keine Linie und wenn es keine Linie gibt, nützt auch kein Geld. Willy Brandt bekniete ihn, nur kein Wort von dem Sonderkommando zu erwähnen, im Gegenzug würde ihm die Partei einen ehrenvollen Abzug bereiten. Rau beruhigte ihn und versprach ihm die „ständige Vertretung" in Ost-Berlin (bei Regierungsübernahme der SPD) und Vogel ließ ihm ein „ich verzeihe Dir" übermitteln.

MIM

Wer diese Geschichte zu abenteuerlich findet, dem sei der untenstehende Bericht (Kasten) empfohlen.

VORWÄRTS - Es geht voran!

Mit seinem möglichen Rücktritt für den Fall, daß die Partei an ihrem Traditionsblatt festhält, hatte Hans-Jürgen Wischnewski schon vor Monaten gedroht. Ob seine Rechnung nun aufgeht und er wieder seinen Lieblingsjob als Feuerwehrmann und Vermittler in sämtlichen Krisengebieten gegen die langweiligen Ärmelschoner des Buchhalters eintauschen kann, bleibt dahingestellt.

Für die Zukunft des 'Vorwärts' kann sich Ben Wischs Rücktritt ersteinmal nur positiv auswirken, war er doch der Mann in der SPD-Kommission, die über die Zukunft des Blattes zu entscheiden hat, der den Plänen der Belegschaft am entschiedensten sein 'njet' zwischen die Beine warf. Die Fraktion, die an einem Fortbestand der Zeitung festhält, wird sich durchsetzen, zumal sich die Partei nach dem Wischnewski-Eklat nun keinen Rückzieher mehr erlauben kann.

Am 16. September werden die Gremien wieder zusammenkommen und ausführlich beraten. Nachdem die Belegschaft schon im August einen Finanzplan vorlegen konnte, der aufzeigt, wie sich der 'Vorwärts' tragen kann, wächst die Bereitschaft der Partei, ein kombiniertes Genossenschafts-/Stiftungsmodell zu akzeptieren, das auch der Belegschaft weitgehende Kompetenzen einräumt. Vorgesehen ist auch weiterhin eine – allerdings leicht reduzierte – Finanzspritze von jährlich 1 mio. Mark.

Zunächst soll der Laden jedoch saniert werden. Die Verlags- und Nebenaktivitäten (vgl. CONTRASTE, Nummer 10) werden größtenteils entfallen müssen, damit sich das Konzept der Belegschaft rechnet, sodaß die 'Vorwärts-Genossenschaft' erst nach Abschluß der Neustrukturierung ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen wird.

Man rechnet damit, daß bis Ende September diesbezüglich mehr Klarheit besteht und ein genauer Terminfahrplan erstellt werden kann. Momentan wird in der 'Vorwärts'-Redaktion über ein neues inhaltliches Konzept nachgedacht, was sich jedoch solange als schwierig gestaltet, wie die Zukunft des Blattes noch nicht endgültig gesichert ist.

Jochen Reinalda

Fortsetzung von Seite 12

Sozialdemokratie und Selbstverwaltung

turen genossenschaftlich geführter Kleinbetriebe werden sich sowohl der spontaneistischen, als auch einem teilweise als neue Selbständigkeit verklärten ökonomischen Egoismus auf Dauer überlegen zeigen."

Für alle, die's noch nicht gemerkt haben: Mit den „als neue Selbständigkeit verklärten" ökonomischen Egoisten und Spontaneisten, die einer „Reform" unterzogen werden müssen, bis sie in den, der Sozialdemokratie genehmen, „wirtschaftlichen Strukturen genossenschaftlich geführter Kleinbetriebe" funktionieren, sind **wir** gemeint. Und was Sozialdemokraten unter Genossenschaften verstehen, könnt ihr weiter oben noch mal nachlesen.

Fazit

Der Part, den wir im Konzept der dualen Wirtschaft spielen sollen, ist also klar. Während in der „ersten Wirtschaft" (dem formellen Sektor) die technologische Revolution trotz aller anderslautenden schönen Sprüche allein schon aus Zwängen weltwirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit durchzogen wird, maximale Profite eingestrichen und massenhaft Arbeitnehmer „freigesetzt" werden, soll die „zweite (alternative) Wirtschaft" (informeller Sektor) Arbeits- und Sozialämter entlasten, indem sie die gerade „Freigesetzten" wieder aufnimmt und sozialstaatliche Funktionen mit minimalem Kostenaufwand in „Selbsthilfe" übernimmt. Wir selbstverwalteten Betriebe verfügen zur Zeit weder im Saarland, noch bundesweit über irgendeine Infrastruktur, die es uns ermöglicht, gemeinsam mit dieser Situation fertig zu werden. Unsere ohnehin knappen Möglichkeiten, der Vereinnahmung durch die SPD zu entgehen und der verschärften Konkurrenzsituation auf einem enger werdenden Markt zu begegnen, bevor sich eine „alternative Wirtschaft" entwickelt, die in nichts mehr von der freien Marktwirtschaft zu unterscheiden ist, lassen sich nur durch gemeinsames **politisches** Handeln verwirklichen. Erste Ansätze solchen Handelns sind in überregionalen Branchen-Zusammenschlüssen selbstverwalteter Betriebe zu sehen. Oder in der Beratung von Arbeitsloseninitiativen, die sich um Projektgründungen bemühen und größtenteils von kirchlichen Organisationen oder der AWO „betreut" werden, deren Interesse mit Sicherheit nicht die Verbreitung der Selbstverwaltung ist.

Im regionalen Ausbau solcher Ansätze und im Versuch eine sowohl brancheninterne, als auch übergreifende Infrastruktur selbstverwalteter Betriebe zu schaffen, müßte der Arbeitsschwerpunkt des Arbeitskreises liegen und verdammt nochmal nicht nur im einvernehmlichen Warten auf die Staatsknete. Und wer jetzt bei der Erwähnung des Wortes Vernetzung noch ein ironisches Zucken im Mundwinkel verspürt, der sollte sich weiter allein verkaufen und zwar so lange, bis der Laden dicht ist oder sich in nichts mehr von Karstadt unterscheidet.

Martha

»Bunte Seiten«

Bodo M. im Westerwald will umziehen und braucht für die neue Wohnung einen Einbauschrank ...
Michael F. in Heidelberg hat da ein Problemchen mit seinem Auto ...
Marianne B. in Lüneburg ist an ihrem Fahrrad ein Lager kaputtgegangen ...
Das Schreinerkollektiv in Flensburg sucht Kontakt zu anderen Kollektiven in der Umgebung ...

Alle vier greifen zu den BUNTEN SEITEN. Dort sind Hunderte von Adressen von selbstverwalteten Betrieben und Projekten aufgeführt, übersichtlich nach Branchen und Regionen geordnet.

Schnell haben die vier eine Adresse in der Nähe gefunden, bei der man ihnen weiterhelfen wird.

Zukunftsmusik? Bald nicht mehr: Denn so oder ähnlich könnte man die Beilage nutzen, die mit der Dezemberausgabe der CONTRASTE erscheinen soll.

In dieser Beilage, BUNTE SEITEN genannt, können und sollen möglichst viele selbstverwaltete, „alternative" Betriebe und Projekte sich und ihre Arbeit vorstellen.

Einerseits ist das für die Betriebe eine (preiswerte) Werbung, andererseits erfahren die Leser der CONTRASTE in Stadt und Land mehr über die Betriebe in ihrer Nachbarschaft und über die Vielfalt der Arbeitsbereiche, in denen sich die Betriebe tummeln.

Zwar gibt es in einigen größeren Städten schon Wegweiser zu selbstverwalteten Betrieben und Projekten, doch viele Regionen und (Klein-)Städte in der BRD sind noch weiße Flecken auf der Selbstverwaltungslandkarte. Bundesweit existiert noch kein derartiges Verzeichnis.

Für die Anzeigen bieten wir die drei nachstehenden Größen an: 2-spaltig, Querformat (10,8 x 7 cm), 1-spaltig, Hochformat (5,2 x 14 cm) und die Kleine: 1-spaltig Hochformat (5,2 x 7 cm).

Die Anzeigen werden von uns nach Regionen und Städten geordnet. Zusätzlich wollen wir vermerken, ob der Betrieb schon Mitglied in einer regionalen Selbstverwaltungsorganisation ist. Bitte schickt diese Information mit der Anzeige. Als Preis haben wir DM 60,– für die Großen und DM 30,– für die Kleine festgelegt, eine Summe, die noch unter dem Selbstkostenpreis liegt. Um den Preis so niedrig anzusetzen, brauchen wir von Euch reproduktionsfähige Vorlagen, wenn wir Satz bzw. Gestaltung machen sollen, wird das extra in Rechnung gestellt. Wir können Eure Anzeige nur „verarbeiten", wenn Ihr mit der Druckvorlage einen Scheck schickt oder DM 60,– bzw. DM 30,– auf das Konto der Heidelberger Volksbank (BLZ 672 900 00) Kto.-Nr. 100 183 315 (Dieter Poschen/AG SPAK) überweist.

Für die interessierten Betriebe werden wir für Werbezwecke (Verteilen etc.) zusätzliche Exemplare drucken, die ihr zum (niedrigen) Selbstkostenpreis anfordern könnt.

Redaktionsschluß für die BUNTEN SEITEN ist der 15. Oktober 1985. Die reproduktionsfähigen Vorlagen schickt bitte pünktlich an: Zündsatz, Postfach 104 520, 6900 Heidelberg.

DER AUSBRUCH AUS UNSEREN KERKERN

oder

Die neuen Knäste unserer Utopie

„Die hier und heute bei uns in der Bundesrepublik Deutschland herrschende Strafvollzugspraxis hat Züge, die es erlauben, von einem ‚kollektiven Wahn' zu sprechen. Nach einer Definition von Volker Ellis Pilgrim (Der selbstbefriedigte Mensch, S. 78 f) ‚wissen die im Wahn Befangenen in der Regel nicht, daß sie von Wahn umnachtet sind. Der Wahn paßt nicht zu einzelnen Menschen, sondern zu einzelnen Zuständen des Systems. Im Wahn entschuldigen sich die Menschen immer, abstrakt Gutes zu wollen, um für das System konkret Gutes, aber für andere Menschen konkret Böses zu tun. Die Einsicht konkret Böses zu tun oder zu fördern, setzt bei allen Wahnen regelmäßig aus'." (Lothar Helm, Die Strafpraxis als Wahnsystem, in DAT Nr. 3 – 9/82).

Der unreflektierte Rückgriff auf das Strafrecht zur Erzwingung gesellschaftlicher Veränderung – auch bei linken und alternativen Gruppierungen – hat viel mit diesem Wahn gemein. Nach den Funktionen dieses Ordnungssystems, nach dem Welt- bzw. Menschenbild, das sich hinter dieser Strafideologie verbirgt, wird nicht gefragt. Solange wir unsere Utopien mit Zwangsmaßnahmen durchsetzen wollen, werden wir keine grundsätzliche Veränderung schaffen.

Der Abolitionismus

Der Abolitionismus ist für die Knastarbeit was die Ökologie-Bewegung für den Naturschutz ist: eine Neuorientierung aufgrund einer ganzheitlichen Betrachtungsweise. Die Abolitionisten (die Abschaffer) fordern die Beseitigung jeglicher Art von Strafe, Zwang und Kontrolle. Heute geht es insbesondere darum, die menschenverachtenden staatlichen Repressionsmittel (Knast, Polizei, Verdatung) abzuschaffen, aber auch jene verfeinerten Techniken, wie Zwangstherapie, Behandlungsstrafen etc. werden angegriffen; morgen geht es wahrscheinlich um unsere eigene Unfähigkeit, um unsere psychischen Strukturen, unsere Rachesucht, unsere irrwitzige Meinung, jemanden, wenn's denn sein muß, zu seinem Glück zu zwingen, oder seine Unterordnung erpressen zu wollen. Wir müssen (und wollen) neue Wege finden, mit Konflikten umzugehen oder/und wir müssen lernen, Konflikte besser zu ertragen, sie auszutragen – nicht wegschließen!

Weltkongreß in Amsterdam

Im Juni fand ein Weltkongreß der Abolitionisten in Amsterdam statt. Ausrichter dieses Kongresses war die ICOPA (International Conference of Prison Abolition). Vertreter aus Mexiko, USA, Canada, West- und Südeuropa trafen sich.

Die ICOPA erbrachte einige neue Ansätze, wieder in die Diskussion mit alternativen Gruppierungen einzusteigen. Und für die eigene Knastarbeit kritische Fragen, die zu einer Neuorientierung wieder hin zu radikaleren Abschaffungsforderungen führen. Ein Querschnitt durch die Veranstaltungen bietet sich an, um die Diskussion mit anderen Arbeitsbereichen wieder aufzunehmen. Die folgenden Blitzlichter können hoffentlich einen Anstoß geben.

Historischer Hintergrund des Abolitionismus:

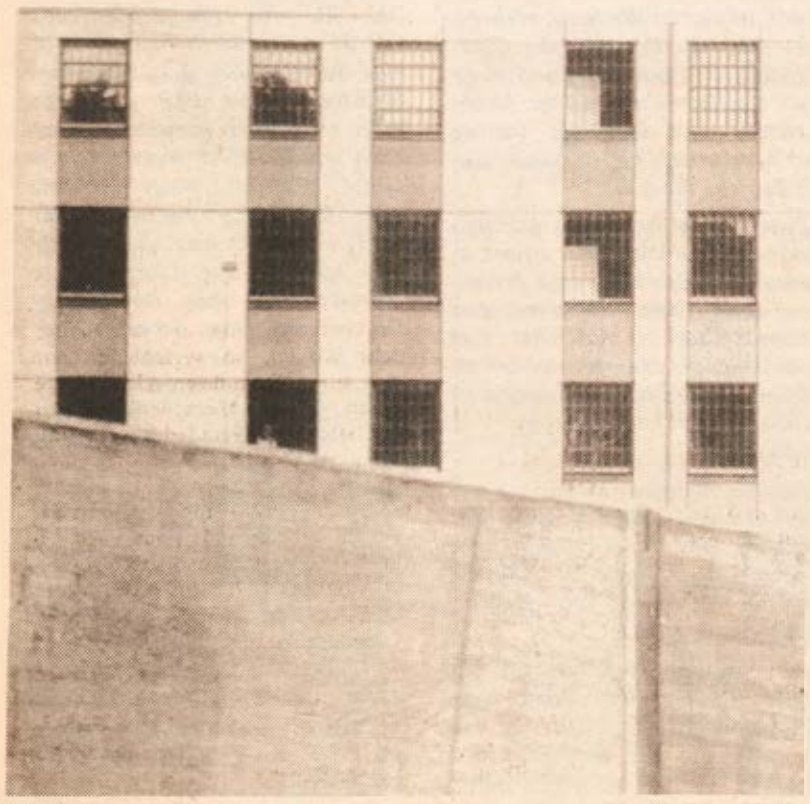
Geschichtlich zeigt sich der Abolitionismus als eine der einflußreichsten Kräfte sozialen und kulturellen Wandels. Mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen war immer mit einer Absage an die zuvor bestehenden Strukturen verbunden.

Ohne klares „Nein" zum Bestehenden, konnte sich das Alte – von geringen Umbaumaßnahmen abgesehen – erhalten.

Eine Wurzel des Abolitionismus ist die Aufhebung der Sklaverei. Ein Beispiel, das verdeutlicht, welche Gefahren in reiner Reformpolitik stecken:

Verschiedene Entwicklungen entzogen der Sklaverei, begründet auf der „naturgemäßen Ungleichheit der Menschen", ihre Legitimation. Die offensichtliche Ausbeutung konnte mit der bisherigen Rechtfertigung nicht länger aufrecht erhalten werden. Es entstanden viele Modelle, wie dieses Herrschaftsverhältnis menschlicher und gerechter gestaltet werden könnte, wie das Rechtsverhältnis zwischen dem Herren und dem Sklaven neu bestimmt werden könnte. Die Quäker traten zu dieser Zeit als Abolitionisten auf, mit der Argumentation, daß schon alleine die Bestimmung dieses Verhältnisses die Ungleichheit wieder festschreibt und alleine über die Abschaffung der Sklaverei mehr soziale Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Heute ist uns klar, daß jeder Umbau des Systems, nur eine Verfeinerung, nie aber eine Veränderung zustande gebracht hätte. Es hätte weiterhin Privilegierte und Unterprivilegierte gegeben, ja sie wären über eine rechtliche Regelung ihres Verhältnisses geradezu geschaffen worden. Nur die Abschaffung dieses Unrechtsverhältnisses war die adäquate Antwort auf die Mißstände.



Wir erkennen dies mindestens hinsichtlich des Beispiels, vor der Verallgemeinerung bei aktuellen Fragen schrecken wir dagegen oft zurück. Weil wir zum Heute keinen Abstand haben?

Strafrecht und (internationale) Herrschaft

Der Diskussionsbeitrag einer mexikanischen Gruppe stellte Herrschaftsideologie und Strafrecht in einen weiteren Zusammenhang. Das importierte Strafrechtssystem erscheint den Mexikanern – obwohl sicherlich schon in weiten Teilen internalisiert – als Abbild der pervertierten Herrschaftsstrukturen der sogenannten ersten Welt. Es spiegelt auf einer anderen Ebene das Machtverhältnis, die Ungerechtigkeiten und die Ausbeutung gegenüber der Dritten Welt wieder. Die Disziplinierung im Sinne der herrschenden Machtinteressen zieht sich von der internationalen „Zusammenarbeit" (sprich: Ausbeutung...) über das gesellschaftliche „Miteinander" (sprich: möglichst reibungslose Durchsetzung der Herrschaftsinteressen im eigenen Land = Legitimation) bis hin zur privaten „Fürsorge" (sprich: Bevormundung...). Je mehr wir uns auf das Angebot des Schutzes der eigenen Interessen einlassen, umso stärker machen wir uns abhängig vom „großen Bruder", umso weniger können wir unabhängig entscheiden und handeln. Das Angebot, unsere materielle, körperliche und moralische Integrität zu schützen, macht uns willig für diesen Handel. Unsere Angst vor den „Verbrechern", die von allen Seiten geschürt wird, treibt uns soweit, daß wir keine weiteren Sicherheiten über die Wirksamkeit dieses Schutzangebotes verlangen. Herrschaft hat sich im Individuum manifestiert und kann sich trotz vieler Widersprüche überall ausbreiten – wir akzeptieren sie, wenn auch nur als notwendiges Übel.

FEMINISMUS UND ABOLITISMUS

Die Kultivierung von Macht und Gewalt in patriarchalen Systemen

Die patriarchale Moral begründet den Kriegszustand in unserer Gesellschaft. Zentrales Ziel ist es, Macht, Gewalt über Menschen, Institutionen, Natur, Dinge,... zu gewinnen und zu halten. Es geht überall und immer um Herrschaft, Besitz, Kontrolle, Wohlstand .... Das Leben besteht aus einem ständigen, rastlosen und brutalen Kampf, einem Kampf an die Spitze zu kommen, weiter zu kommen, schneller und besser als andere zu sein.

Ein sehr pessimistisches Menschenbild steht hinter dieser Ideologie, die unser gesamtes Leben vereinnahmt.

Patriarchische Strukturen sind hierarchisch; sie basieren auf einem komplexen Regelsystem, Versprechungen (Sicherheit, Erfolgsmöglichkeiten, Gesetzmäßigkeit) und Zwangsmechanismen (die zu Gehorsam, Konformität und Anpassung nötigen). Menschen (Brüder) werden lediglich als Instrumente der Machterhaltung betrachtet.

Diese Strukturen basieren auf Streit und Konflikten, die nicht ausgetragen werden und uns damit weiter bringen können, sondern die nach festen Regeln nur gewonnen oder verloren werden können. Diese Regeln sind patriarchalisch und dürfen nicht angetastet werden. Deutlichen Ausdruck findet diese Art der Konfliktregulierung im starren, hierarchisch aufgebauten und gewaltvollen System unserer Strafjustiz. Es werden nicht die Herren sein, die sich selbst entthronen!

Elemente einer weiblichen Vision:

Feministische Moral bedeutet Wachsen und Leben in vielerlei Hinsicht. Sie hat viel mit „Tragen" zu tun und dies nicht nur im Sinne von „Last" sondern auch „hochheben/auflesen", „weitertragen", „mitnehmen"...

Das feministische Menschenbild ist lebensbejahend, geht von positiven Eigenschaften der Menschen aus. Wir ähneln einander in unseren Bedürfnissen nach menschlicher Wärme, Nähe, wollen uns mitteilen und als Menschen vom anderen anerkannt werden. Eine feministische Ordnung stützt sich auf „Gemeinschaft" (im Gegensatz zu „Gesellschaft"). Sie verzichtet auf starre Ordnungsrichtlinien und ist von einer breiten Auseinandersetzung abhängig. Es muß versucht werden, auf einer breiten Ebene Konsens herzustellen, wobei dieser sicherlich nicht erzwungen werden muß, da Frauen wohl auch besser mit gegensätzlichen Standpunkten umgehen können, ohne alles gleich machen zu müssen. Wir können auch unsere Gegner akzeptieren, auf einer Ebene, die weitere Auseinandersetzungen ermöglicht. Entscheidung und Konfliktregulierung findet nicht punktuell, sondern prozeßhaft und ganzheitlich statt.

Feministisches Zusammenleben ist natürlicherweise gewaltfrei, was nicht gleichzusetzen ist mit Passivität, Ruhe und Akzeptanz der Dinge wie sie sind. Im Gegenteil, Feminismus ist notwendigerweise politisch und aktiv; wobei eine Verbindung vom Privaten und Politischen stattfinden wird.

Wir leben seit Jahrhunderten in einem Patriarchat und haben die Strukturen dieser Ordnung schon sehr weit verinnerlicht. Aus diesem Grunde fällt es schwer, die weibliche Vision des Zusammenlebens zu präzisieren. Zudem wird die weibliche Gemeinschaft auch keinen starren Ordnungsprinzipien folgen und wird wohl auch aus diesem Grunde schwer beschreibbar bleiben.

Vergewaltigung (auf allen Ebenen)

So verständlich unser Wunsch ist, vor Vergewaltigung beschützt zu werden, es ist nicht unser Weg, dies über einen Straftatbestand schaffen zu wollen. Und es ist Illusion, daß wir über diesen Weg wirklich etwas verändern.

In Canada, USA und Holland verweigern Frauen z.T. bewußt nach Vergewaltigungen Anzeige zu erstatten. Wie wichtig es für den Staat ist, daß wir an seiner Repression mitarbeiten, machten die Frauen aus Canada klar, dort werden inzwischen schon die Frauen inhaftiert, um eine Anzeige zu erzwingen.

SOZIALE BEWEGUNGEN UND ABOLITIONISMUS

Gewerkschaften und Strafvollzug

Die Arbeiterklasse ist im Vergleich zu anderen Schichten von der Repression und damit auch vom Strafrecht am stärksten bedroht, dennoch oder vielleicht gerade deshalb kann von solidarischem Verhalten zwischen Arbeitern und Gefangenen nicht die Rede sein. Auch die Gewerkschaften haben sich immer gegen eine Organisierung der Gefangenen-Arbeitnehmer in ihrem Rahmen gesträubt.

Gruppen aus England erhoffen sich, daß sich dieses Verhalten durch die Bergarbeiter-Streiks verändern wird. Viele Arbeiter wurden inhaftiert, eine Bewußtseinsveränderung müßte stattgefunden haben – so hoffen sie.

Friedensbewegung und Strafvollzug

Ähnliches könnte sich auch innerhalb der Friedensbewegung hier und auch in England ereignen – in Deutschland u.a. über die Verweigerung der Geldstrafen und den Antritt von Ersatzfreiheitsstrafen.

Ich persönlich habe allerdings wenig Hoffnung, daß sich hierüber ein stärkeres Bewußtsein für das Unrecht im Strafvollzug entwickeln wird. Ich denke, daß die neuen Eliten in der Knasthierarchie die ihnen widerfahrene Ungerechtigkeit wohl eher über ihre „Behandlung wie Verbrecher" anklagen werden und es nicht zu einer Solidarisierung kommen wird.

Das Warten auf die Signale aus den Knästen:

Abolitionisten haben z.T. ein gespaltenes Verhältnis zu den Gefangenen. Sie haben Probleme den ‚Komrot' innerhalb der Mauern zu heben, was im Interesse der Gefangenen ist. Andererseits sind nur wenig Gefangene für die Forderung ‚Abschaffung der Knäste' zu aktivieren.

Der Ansatz, Gefangene politisieren zu wollen, erscheint hoffnungslos. Man kämpft nicht um zu verlieren und die Waffenverteilung ist sehr einseitig. Bei den Zielen, das Überleben in den Knästen zu sichern

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 14

und Gefangene herauszubringen, treffen sich die Interessen beider Gruppen.

Für mich persönlich hat sich mit dem abolitionistischen Ansatz etwas verändert: Der Kampf gegen die Knäste ist nicht mehr Stellvertreterpolitik für die Gefangenen, sondern mein Kampf gegen die alte Ordnung, der erste Schritt hin zu meiner Utopie. Ich fände es toll, zusammen mit den Gefangenen zu kämpfen, aber ihre Erlaubnis brauche ich nicht!

Abolitionistische Irrwege

Das bloße ‚Nein-Sagen' ist ein harter Weg. Im Zuge der Kritik ist die Verführung groß, Gegenvorschläge zu machen. So haben wir uns im Laufe der Zeit Gedanken darüber gemacht, wie Konflikte zukünftig besser gelöst werden können (Täter-Opfer-Ausgleich, bzw. Konfrontation, Integration statt Isolation, Nachbarschaftsgerichte, gemeindenaher Strafvollzug u.v.a.m.). Es ging dabei immer darum, Probleme im direkten Umfeld zu lösen, einen Bezug zwischen Tat und Strafe herzustellen, Fremdbestimmungen zurückzudrängen und den Ausgleich zu verbessern. Auch diese Themen wurden bei der ICOPA diskutiert. Die Darstellung der „Alternativen Konfliktregulierungen" erweckte allerdings Horrorvisionen bei mir:

- Angefangen beim Vorschlag einer Exillösung: eine Gesellschaft besteht aufgrund eines Staatsvertrages, wer gegen ihn verstößt, kann von ihr ausgeschlossen werden. Es wurde nicht über Sibirien geredet, sondern über eine schöne Südseeinsel! Letztendlich soll aber alles beim Alten bleiben, Konflikte werden ausgegrenzt, die gegebenen Gesellschaftstrukturen sind nicht veränderungsbedürftig.
- über Vorschläge zur Konfliktregulierung in Familien und Nachbarschaften, die verdeutlichten, welche Willkür, Rechtsunsicherheiten (Racheakte) ... hier wieder ermöglicht würden. Nebenbei übernehmen wir die ganzen Lasten dieses Systems, wobei sein Gewaltmonopol unberührt bleibt, denn für ganz schlimme Fälle brauchen wir immer noch den ‚starken Mann'.
- bis hin zu Vorschlägen, in deren Mittelpunkt die ‚Behandlung' steht ... und es wird behandelt bis sich bald hoffentlich nichts mehr rührt. Der Mensch wird nicht ernst genommen – andere Lebensweisen und Einstellungen als krankhaft disqualifiziert und letztendlich die bestehende Ordnung glorifiziert.
- auch die Vorschläge, die Freiheitsstrafen über Wiedergutmachung und Geld- bzw. Dienstleistungsstrafen abschaffen wollen, greifen zu kurz. Die Unterdrückung der heute vom Knast bedrohten Personen bekommt nur andere Formen. Die Strafe wird noch etwas perverser, denn es wird vom Täter abverlangt, was er aufgrund seiner sozialen Stellung ohnehin nicht besitzt (z.B. Geld, Arbeit etc.). Diese ungerechte Verteilung wird aber nicht angegangen.

Was bleibt ist ein klares „Nein" zu Strafsystemen aller Art. Wir müssen aus dem Wahn dieser Ordnung aussteigen, und dürfen „das Neue" nicht auf deren Fundamenten aufbauen.

Hannelore Zimmermann

Hannelore Zimmermann arbeitet mit:
- bei der AG SPAK, schwerpunktmäßig im KRAK (Kriminalpolitischen AK)
- bei den Grünen in BaWü (AK Kriminalpolitik und Strafvollzug)
- bei den BundesGRÜNEN in der BAG Demokratie und Recht

außerdem arbeitet sie in der Publikationsstelle AG SPAK. Die Publikationsstelle bringt in nächster Zeit wichtige Bücher zu diesem Thema heraus:
- gerade erschienen GESELLSCHAFT OHNE GITTER
- im Herbst MACHT UND GEGENMACHT

beim nächsten Treffen des KRAK steht die Frage an, ob wir einen Reader zur ICOPA herausbringen sollen. Es wäre wichtig, Rückmeldungen zu erhalten, ob ihr Interesse an einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit den hier angeschnittenen Fragen hättet.

Kontakt:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Hannelore Zimmermann
Kistlerstr. 1
8000 München 90

TISCHLERINNEN~TREFFEN

TISCHLERINNENTREFFEN AUF DER BURG WALDECK

Achtunzwanzig Tischlerinnen und ein Kind kamen vom 21.6.–23.6.85 zum ersten Tischlerinnentreffen auf der Burg Waldeck im Hunsrück zusammen. Schon in der Vorstellungsrunde wurde klar, daß es um unser Selbst-Verständnis geht. Das Wort Selbst-Verständnis beinhaltet für uns sämtliche Fragen und Schwierigkeiten, immer wieder auf's Neue Positionen zu beziehen:
- **gegen das gesellschaftliche Verständnis der fürsorglichen Mutterrolle – Selbstaufgabe für andere.**
- **zu unserer eigenen individuell unterschiedlichen Stärke; sie ernst zu nehmen, als Basis für unsere fachliche Kompetenz zu begreifen,**
- **zum Kampf, diesen Beruf als Lebensgrundlage auszuüben.**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Lernt eine Frau Tischlerin (Handwerkerin) wird sie immer gefragt: warum denn?, is ja toll, wie is'n das?, will'ste Innenarchitektin werden? ... Exotin ... trallala.

Es ist doch klar, daß wir immer zu einer bewußten Auseinandersetzung gezwungen sind, zu fragen, in welchen Strukturen sich so ein Handwerksberuf ausdrückt. Denn die Entscheidung, ob wir das wollen, oder inwieweit wir uns auf bestimmte Dinge einlassen müssen. Handwerkerin zu sein nach dem Motto: „ich werd's der Männerwelt schon zeigen, daß Frauen technisch genauso begabt sind wie Männer" ist wieder Missionarin sein für das Frauenbild der anderen. In der mütterlichen Nonnenkluft mit Hobel und Bibel im Rucksack auf die Walz gehen? Nein Danke!! Ich bin Tischlerin geworden, um anderen Menschen ihre lockeren Schrauben festzuziehen!

Wir sind uns unserer Vorbild- und Vorreiterinnenposition zwar bewußt und der Verantwortung, die diese Position für alle unsere Nachfolgerinnen bedeutet, aber im Alltag dürfen und müssen wir unsere Empfindungen der Wut, Trauer, der Frustration, des Alleinseins ernst nehmen, als richtig akzeptieren und nicht vor anderen unterdrücken. Nur das gibt uns Stärke weiterzumachen!

Unsere Isolation aufzubrechen und unseren fernen Kolleginnen näher zu kommen, hat jeder von uns gut getan. Im Mai 86 soll das nächste überregionale Tischlerinnentreffen stattfinden. Und überbrückt die Zeit bis dahin mit leckeren Bierchen beim regionalen Tischlerinnenstammtisch!!!

Gitta Inka Suse

Noch ein paar Worte zum inhaltlichen:

Der Sinn und die Motivation für dieses Treffen war ganz generell der, daß wir uns die Rücken stärken wollten.

In dem Versuch, einen roten Faden zu finden, haben wir uns Themen vorgenommen, die überhaupt erstmal ein Anfang sein sollen. Ein Anfang dafür, ganz selbstverständlich wir selber zu sein. AUCH in der Arbeit als Handwerkerinnen und uns nicht zu dieser beschissenen Lebens-Spaltung zwingen zu lassen, die Männer eigentlich von uns verlangen: Im Beruf männlich-hart, nach Feierabend weiblich-weich.

Der rote Faden:
1. Was ist männlich? was weiblich?
2. Was sind wir!? Was haben wir gemeinsam?
3. Motivationen zur Ergreifung dieses Berufes und Veränderungen nach dem Anfang.

Mit dem dritten Punkt haben wir angefangen. Da fiel das Stichwort TROTZ als erstes. Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom. Wir haben alle eine gewisse Kampflust, wollen in eine Männerdomäne eindringen und gucken, wie es sich so lebt darin. Einige von uns würden schon allein auf Trotz keinen typisch weiblichen Beruf machen.

Natürlich ist das nicht alles, weil ohne großes handwerkliches Interesse und Spaß an Technik würde wohl kaum eine überhaupt die Ausbildungszeit durchstehen. Ja – und etwas gelernt zu haben, was Spaß macht und Erfolgserlebnisse schafft, das schafft auch Selbstbewußtsein. Selbstbewußtsein – bei dem Wort wirds schwierig, da gehen die Empfindungen sehr weit auseinander und das fängt schon bei der Definition des Wortes ‚Selbst' an. Eine Frau in einem (noch) Männerberuf verändert sich zwangsläufig (selten, daß die Veränderung wechselseitig stattfindet.). Da sie aber mit den männlichen Kloppern (z.B. dummen Witzen, Kraftprotzerei und dem damit verbundenen aufgesetzten Selbstbewußtsein – um mal die Sachen zu nennen, die wohl kaum irgendeine Frau bringt), nix anfangen kann, muß sie sich selbst entweder spalten in Privatleben und Arbeit oder sie muß auch im Privatleben männliche Gestalt annehmen. Wir sind uns einig, daß wir beides nicht wollen, so verschieden wir auch sind. Wir müssen ALLE Wege finden, einen Menschenberuf zu praktizieren, in dem jeder weiß, daß er nicht alles weiß, in dem man Unsicherheiten zeigen darf, in dem jede/r Verantwortung zu tragen bereit ist, in dem jede/r empfänglich für Kritik und Selbstkritik ist und auch Bereitschaft mitbringt, zu problematisieren, was im argen liegt, Gefühle zu zeigen, muß erlaubt sein und Splitter ziehen kann doch wohl jeder – Fehler zuzugeben muß vielleicht schon eher geübt werden.

Macht was draus und laßt uns in diesem Sinne weitermachen.

Liebe Grüße Doris

Durch meinen Beruf als Schreinerin werde ich immer wieder dazu gezwungen, mich zu erklären. Schade, um die ganze Energie, die dabei in den Wind geht. Und wie lang ich diese Sisyphus-Situation noch aushalte, weiß ich nicht.

Aber was habe ich für eine Alternative? Die selbstverwaltete Werkstatt ist in dem Punkt keine. Da ist die Selbstverständlichkeit vorhanden, so lang die Tür zubleibt, im kleinsten vertrauten Kreis.

Aber der Kunde, der Vertreter, der Architekt, der Lieferant schlagen mir täglich mehrmals seit acht Jahren in den Magen:
- *Wo is dann dinge Chef –*
- *Mähste he en Lehr –*
- *Kannste dat och –*
- *Is dat nit zu schwer für dich –*
- *Komm, Mädche, nach dem 3. Kind haste dat ja doch wieder vergessen –*
- *Endlos .....*

Und wenn meine freundlichen Erklärungen in Schweigen oder Schreien übergehen, bleib ich zurück – verzweifelnd am Stillstand –. Ist nämlich Null mit der Veränderung vom Frauenbild. In meinem Leben ist das jedenfalls nicht mehr drin.

Ja, aber die ganz kleinen Veränderungen, die da stattfinden, sollte ich doch wenigstens bemerken, kann man jetzt sagen. Sag ich nur: Reicht mir nicht. Stehen in keinem Verhältnis zu meinem Energieeinsatz.

Und wie ich mich dann über Wasser halte? Bin gar nicht über Wasser. Und wenn das Wasser nicht so arschkalt wäre, würd ich nicht weiter nach meinem Weg suchen.

Suse Bayer

Tagungen... Seminare... Treffen

Projektmesse

zwischen Rhein, Nahe und Mosel und ein bißchen darüber hinaus!!!!!

Hiermit wollen wir uns nur nochmal in Erinnerung rufen, damit die Nation nicht vergißt, sich den Termin für das wichtigste Geschehen 1985 im Hunsrück zu merken und in der Zeit vom 1.–3.11.85 nach Kirchberg zu eilen.

Als das Ding noch WANDELSBLATT hieß, berichteten wir von dem regen Leben in der mit militärischen Stützpunkten (55 zählte Monitor) übersäten Provinz. Es trafen sich die underschiedlichsten Projekte (bzw. deren Vertreter) und Nicht-Projekte (Individualisten) bisher acht mal zur Vorbereitung und Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn dieser Messe. Sie sei sinnvoll, so die Gruppe derer, die bis heute dabei sind. Sie findet also statt und es soll ein Fest werden. Im Rahmengrogramm gibts nen Vortrag zum ökologischen Landbau, „Blues Express" erfreut die Musikfans, „Rotznasentheater" und „Spielmobil vom BDP" hat Kinderdienst, Diethelm Damm (Arbeitsplätze selber schaffen) verrät uns, wie man/frau Arbeitsplätze aus dem Ärmel zaubert und der Kulturkritiker Bertrand Stern läßt die normativen Kulturwände wackeln. Was es sonst noch gibt, wird erst bei der Ankündigung im Oktoberblättle verraten.

So long, Gerhard

Genossenschaften und Jugend

Die Veranstalter „Esparanto-Weltjugend" und der jugoslawische Esperanto-Jugendverband erwarten nach eigenen Angaben ca. 100 internationale Teilnehmer. Das ganze wird vom Europa-Rat unterstützt, daher auch recht billig: ca. 135 DM für Verpflegung und Unterkunft, bis zu 50 % Fahrtkostenerstattung sind möglich, der Verdienstausfall wird gegen Bescheinigung des Arbeitgebers erstattet.
Termin: 22.9.–28.9.1985
Ort: Tuzla, Jugoslawien
Anfragen: Ralph Ferschen, Ringstraße 11 6900 Heidelberg

dialog BILDUNGSWERK

Kreutzberger Str. 14
4901 Hiddenhausen 6
Tel.: 0 52 21/6 43 25

Auch im 2. Halbjahr 1985 bieten wir eine Reihe von Kursen und Seminaren zum Schwerpunkt „Genossenschaftsentwicklung" an. Das Interesse an der Idee einer „Ökonomie der Solidarität" ist in den vergangenen Jahren ständig gewachsen – die Kenntnis der Praxis genossenschaftlichen Arbeitens und Lebens jedoch blieb gering. Wir wollen mit unserem Bildungsangebot einen Beitrag dazu leisten, verschüttete Erfahrungen wieder auszugraben. Darüber hinaus ist es unser Interesse, Praktiker, Theoretiker, Initiativen und allgemein Interessierte hierüber ins Gespräch miteinander zu bringen.

Soziales und ökologisches Bauen und Wohnen steht in unserer Bildungsarbeit ebenfalls unter dem Vorzeichen genossenschaftlicher Trägerformen. Dazu bieten wir folgende Wochenendseminare an:
4. bis 6. Okt. 85: Sozialer Wohnungsbau I (Altbausubstanz)
22. bis 24. Nov. 85: Sozialer Wohungsbau II (Neubau)

Im Rahmen des **„Bildungsurlaubes"** bieten wir folgende Wochenendseminare an (s. dazu auch unser **Sonderprogramm** in Kooperation mit dem Forum Eltern und Schule, Dortmund, und der Humanistischen Union, Essen):
23. bis 27. Sept. 85: Mietermitbestimmung und Mietrecht.

Im November/Dezember veranstalten wir in Zusammenarbeit mit Genossenschaften **2 wohnortnahe Bildungsurlaubsseminare.** Mit den Methoden der Geschichts- und Zukunftswerkstatt werden 5 Tage lang die Möglichkeiten untersucht, den eigenen Lebensraum mitzugestalten. Das Thema des Seminarmodells:
Genossenschaftliches Arbeiten und Leben – zur Aktualität einer alten Idee.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Wochenendseminare – Bildungsurlaub
20.–22.9.85 **Windenergie**
30.9.–4.10.85 **Müll und Abfälle**
4.–6.10.85 **Wendezeit**
14.–18.10.85 **Auf den Spuren eines Gewässers**
21.–25.10.85 **Alltagsschritte in die Zukunft**
11.–13.10.85 **Wärme-Kraft-Koppelung**
25.–27.10.85 **Sinnliche Naturwahrnehmung**
28.10.–1.11.85 **Selbsthilfe in kleinen Gemeinschaften**
4.–8.11.85 **Zukunftswerkstatt**
18.–22.11.85 **Müll und Abfälle**

Anfragen: Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V., 3257 Springe-Eldagsen, Tel. 05044/380 (ausführliches Seminarprogramm für DM 1,30 in Briefmarken)

Bundestreffen der Staatsknetegruppen

EINLADUNG zum 2. Bundestreffen der Staatsknetegruppen

am: 13.–15. September 1985
im: Tagungshaus Drübberholz, 2819 Dörverden, Tel. 04234/25 38
Anreise: bis Freitag, 16.00 Uhr
Abreise: ca. 14.00 Uhr am Sonntag
Kosten: DM 30,– inclusive Unterkunft und Verpflegung
Anmeldung: Möglichst sofort an:
AG Projektförderung/
Staatsknete Niedersachsen
Am Hulsberg 136
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/49 03 57

Tagungen der AG SPAK

Arbeitsbereich Behinderte
Gentechnik und Behinderung
Ort: voraussichtlich Frankfurt/Main
Termin: 20.–22.9.1985
Anfragen: Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK, Anneliese Mayer, Kistlerstraße 1, 8000 München 90, Tel. 089/691 78 21

Projektbereich Stadtteilarbeit
Mietervereinstreffen
Termin: 4.–6.10.1985
Ort: Nürnberg
Anfragen: Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK, Sabine Geißler, s.o.

Sozio-kulturelle Zentren
Erfahrungsaustausch der Kulturinitiativen und -zentren in BaWü
Termin: 4.–6.10.1985
Ort: Tübingen, Clubhaus Wilhelmstraße
Anfragen und Anmeldung: LAKS BaWü, c/o Club Voltaire e.V., Haaggasse 26 B, 7400 Tübingen 1, Tel. 07071/5 15 24

Projektbereich Jugendzentren
Landestreffen der selbstverwalteten Jugendzentren BaWü
Termin: 11.–13.10.1985
Ort: Rudersberg/Rems-Murr-Kreis
Anfragen und Anmeldung:
JZ Dachverband Rems-Murr, Klaus Binder, Schulstraße 49, 7062 Rudersberg, Tel. 07183/22 10 (ab 18 Uhr)

Projektbereich Kriminalpolitik
Strafe, das kleinere Übel?, Der Versuch, die Freiheitsstrafe abzuschaffen und die Folgen. Regionaltagung Hessen
Termin: 27.–29.9.1985
Ort: Fronhausen/Marburg
Anfragen: ASTRA e.V., Marburger Straße 15, 3555 Fronhausen oder über AG SPAK

Treffen des kriminalpolitischen Arbeitskreises
Termin: 18.–20.10.1985
Ort: Fronhausen/Marburg
Anfragen: s.o.

Bildungswerk Leben und Umwelt

Arbeit als Emanzipation
04. – 06. 10. 85

Um uns in die Lage zu versetzen, industriekapitalistische Strukturen der Arbeitsmotivation erkennen und hinterfragen zu können, wollen wir uns kritisch mit den amerikanischen Management-Methoden befassen und auseinandersetzen. Dieses ERKENNEN soll uns befähigen, unsere Einstellung zu derartigen Methoden zu finden und Neue Formen der Arbeit (NFA) daraus zu entwickeln.

Anhand von Arbeitsunterlagen werden wir unsere Vorstellungen der „Neuen Form der Arbeit" zusammentragen, um daraus ein ganzheitliches psychobiologisches Modell des Menschen als Grundlage für persönliche und gesellschaftliche Befreiung zu erstellen.

Unsere täglichen Umweltsünden

Von Freitag, 25. Oktober bis Sonntag, 27. Oktober 1985; Beginn 18.00 Uhr, Ende 13.00 Uhr

Meldungen über schleichende Umweltgifte, über den Fortgang des Waldsterbens, der Gewässer-, Luft- und Bodenbelastung erreichen uns täglich.

Wo stehen wir als Verbraucherinnen und Verbraucher, wie reagieren wir auf die widersprüchliche Bewertung der „Lage der Umwelt"? Wo ändern wir unser alltägliches Konsumverhalten und welche Erfahrungen machen wir damit? Woran scheitern unsere guten Vorsätze? Welchen Einfluß können wir auf andere haben und was können wir für eine ökologische Verbraucheraufklärung tun?

Diese Fragen zum umweltbewußteren Verbraucherverhalten wollen wir anhand von Alltagsbeispielen behandeln. Als ökologische Inhalte sollen im Mittelpunkt stehen: „Chemie in Haushalt und Garten", „Verpackungsmaterialien und Abfallbeseitigung", „Ernährung", „Energie und Auto" Im Gespräch und im Rollenspiel wollen wir sowohl unser eigenes Handeln kritisch unter die Lupe nehmen als auch Möglichkeiten der politischen Einflußnahme als Verbraucher diskutieren.

Anmeldung:
Bildungswerk Leben und Umwelt
Alte Schule
3413 Fredelsloh
Tel.: 05555 - 522

Direktkreditvermittlung

Informationsdienst e.V., Zentrum f. alternative Medien, Frankfurt
Kreditbedarf: DM 15.000,–

Der Informationsdienst Frankfurt ist wohl das größte Alternativzeitungsarchiv in der BRD. Hervorgegangen ist das Archiv-Projekt aus den Beständen der ehemaligen Wochenzeitung „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten". Die Bestände des Archivs sind zur Zeit etwa 80.000 Zeitungen und Zeitschriften (ca. 2.000 Titel), sowie ca. 100.000 Zeitungsartikel, Broschüren und andere schriftliche Ergüsse der letzten 15 Jahre. Der Benutzerkreis umfaßt vor allem Redakteure von Alternativzeitungen sowie politische Gruppen. Da der ID weder öffentlich gefördert wird und dies von den Kollektivmitarbeitern nur im beschränkten Maße erwünscht ist, sucht der ID auf diesem Weg Kreditgeber. Die erforderlichen DM 15.000 werden für Öffentlichkeitarbeit, Verlagsprojekte, Aufarbeitung von Archivbeständen sowie für Software-Entwicklung im Archivbereich gebraucht.

Die Laufzeit des Kredits soll 2 Jahre sein.

STROEMFELD/ROTER STERN
Kreditbedarf: DM 50.000,–

Der Verlag Stroemfeld/Roter Stern wird im September 1985 fünfzehn Jahre alt, dem Verlagskollektiv gehören jetzt Leute 7 (3 Frauen, 4 Männer) an.

Zur Frankfuter-Hölderlin-Ausgabe (die seit 1975 im Verlag erscheint) soll ein Faksimilie von Hölderlin-Handschriften erscheinen. Für Farbfotos, Rasterungen der Farbauszüge und Druck werden Kredite zur Vorfinanzierung gesucht (können durch unsere Auslieferung verbürgt werden).

Jugendhof im Bessunger Forst e.V.
Kreditbedarf: 10.000,– DM
bis zu 100.000,– DM

Der Jugendhof Bessunger Forst e.V. ist eine selbstverwaltete Jugend- und Erwachsenenbildungsstätte im Rahmen eines gemeinnützigen Vereins. Das Haus und der Verein finanzieren sich hauptsächlich über die Einnahmen aus den Belegungen.

Um die Arbeit langfristig zu sichern müssen die Gebäude an der Substanz renoviert und erweitert werden. Die Bauweise ist mit Fachwerk und Leichtlehmausfachung selbsthilfefreundlich und landschaftlich wie ökologisch angepaßt gewählt worden. Alle notwendigen Genehmigungen sind vorhanden. Neben dem Block der nun bewilligten Zuschüsse von öffentlichen Zuwendern (Land Hessen, Stiftung Jugendmarke und Zivildienstamt) muß ein drittel der Bausumme von 1,5 Millionen Mark in Form von Eigenleistung durch den Verein in Form von Selbsthilfe oder Geld aufgebracht werden. Der Kredit soll als Zwischenfinanzierungshilfe in entstehende Lücken einspringen, und uns hohe Zinsbelastungen ersparen.

Laufzeiten 3 Jahre, besser länger. Sicherheiten: Privatbürgschaften des Vorstandes, oder Grundschuld (es gibt bereits bestehende Gebäude in Vereinsbesitz).

Kontakt: **Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/738 18 74**

Dringend gesucht

Suche Lehrstelle in biolog. organ. od. dyn. Gärtnerei. Tel. 06533/35 34 Christa

Suche Ausbildungsplatz in einem selbstverwalteten Fahrradladen, bzw. würde gerne in einem Fahrradladen arbeiten. Eberhard Hof, Großherzog-Friedrich-Straße 13 A, 7640 Kehl

Junger Mann, 26 J., sucht Ausbildungsplatz als Tischler im Großraum Kassel-Hannover; Tel. 05121/46 82 9. Wilfried Gemmer, Bergsteinweg 37, 3200 Hildesheim.

Suche Beteiligung an einem selbstverwalteten Bauernhof, oder biete zinsgünstigen Kredit bis 15.000 DM. Ich möchte zunächst ein Praktikum gegen Kost und Unterkunft dort machen und ab und zu Urlaub. Lage im DDR-Grenzgebiet oder Schleswig/Holstein wäre günstig.
Herbert Adamaschek, Bozener Straße 8, 1000 Berlin 62, Tel.: 030/854 57 65

Unternehmen in Selbstverwaltung sucht Mitarbeiter/in für das Sekretariat. Siehe Seite 7.

WIR SUCHEN jeman(n)d oder jefrau als **PRAKTIKANT-IN** für mindestens 3 Monate ab September/Oktober 85 für unseren Arbeitsbereich TAGUNGSHAUS – also Küche, Gästebetreuung, allgemeine Organisation + Planung.

Wir bieten: WG-Anschluß, Unterkunft und Verpflegung frei.

Alles weitere wird besprochen! Kontakt schriftlich oder per Telefon: 05044/380 (10–13/16–19 Uhr) Energie- und Umweltzentrum, 3257 Springe-Eldagsen

Wir sind ein Regionalverteiler für Naturkost und suchen möglichst bald eine Frau oder einen Mann, die/der selbstverantwortlich innerhalb unserer Gruppe (5 Leute) arbeiten kann. Führerschein, Fahrpraxis und Bereitschaft zu körperlicher Arbeit Bedingung. Kaufmännische Ausbildung und Erfahrung im Naturkost-Bereich erwünscht. Wer außerdem von sich denkt, daß er/sie einen gesunden Menschenverstand besitzt, kritikfähig ist und Auseinandersetzungen nicht scheut, neue Ideen in die Tat umsetzen kann..., die/der möge sich bitte schriftlich bis zum 15. September bei uns bewerben. Bezahlung „branchenüblich".
Sanavida Mannheim, Güterhallenstr. 36, 6800 Mannheim 1, Telefon: 0621/1 47 41

„Anzeigen, mit denen Beschäftigungsstellen versuchen, **Zivildienstleistende** für ihren Einsatzbereich zu finden, sind nicht zulässig; sie sind mit dem Wesen des Zivildienstes (§ 4 Abs. 1 ZDG) nicht vereinbar.' Aus: ‚Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes, C 8'

Deshalb: KONTAKT – Freie Alten- und Krankenpflege e.V., Leibnizstraße 5, 6000 Frankfurt/M 1, Tel. 069/43 91 60 Nach Joachim Knecht oder Stephan Schröter fragen. (Ausgebildete Alten- oder Krankenpfleger sind uns besonders willkommen.)

Wir suchen zum 1.9. oder 1.10.85 einen staatlich anerkannten Alten- oder Krankenpfleger zur Mitarbeit in unserem ambulanten (alten-)Pflegedienst. Keine Teilzeitarbeit!
KONTAKT – Freie Alten- und Krankenpflege e.V., Leibnizstraße 5, 6000 Frankfurt/M 1, Tel. 069/43 91 60

Angebote

Verkaufen vollautomatische Kuvertiermaschine Pitney Bowes 3320 (Anleger fehlen leider), neueres Modell. Kombinierbar mit zwei Anlegern, Falzmaschinen, Frankiermaschinen, Wendeeinrichtung. Doppelbogen- und Fehlerkontrolle. Preis ca. 1000,– DM.
Hinterhof-Druckerei Kollektiv
Holsteristr. 201
2000 Hamburg 50

ANZEIGE

Wollstoffe, naturbelassen, 150 cm breit, nur DM 9,50/m. Ideal für Vorhänge, Hosen, Spieltücher ....
Muster gegen ca. 1,– DM in Bfm. Außerdem gute Konditionen für Läden, die Muster u. Bestellungen auslegen.
Wollstoff-Versand
M Luckscheiter C. Rink GbR
Grabengasse 38
7407 Rottenburg 14